

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



5. Oktober 1985
Jg. 6 Nr. 20

G 7756 D

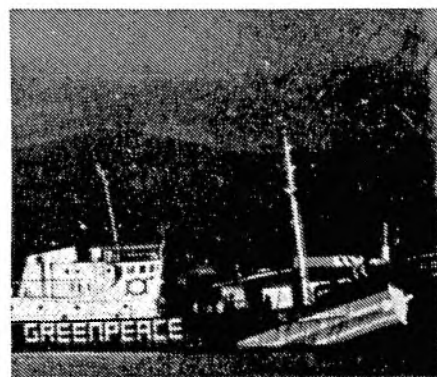
Preis:
2,50



Bonn. Arbeitgeberpräsident Esser und Kanzler Kohl besuchten gestern nach einem intensiven Arbeitssessen zum Thema "Leistung muß sich wieder lohnen" die neue Bundeskunsthalle. Vor dem altniederländischen Bild "Die Großen fressen die Kleinen" verweilten sie minutenlang schweigend.



Von Bülow's Militärreform: Wirkungs-
vollere Bundeswehr für europäische
Verteidigung Seite 8



Neuseeland/Australien: Vertrag
für atomwaffenfreie Zone im Südpazi-
fik kein Hindernis für die USA und
Frankreich Seite 15



Landtagswahlen Bayern 1986: Repu-
blikaner und andere Stoßtruppen der
CSU Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Wirtschaftslage: Die Konjunktur läuft – für die Monopole. Lage der Arbeiter wird drückender. 4

Erziehungsgeldgesetz: SPD für Erziehungshonorar. 7

§ 218: Rheinland-Pfalz rollt die Debatte wieder auf. 7

von Bülow: Wirkungsvollere Bundeswehr für europäische Kriegsführung. 8
v. Bülow und die deutschen Staaten 9

IMB-Kongreß: Sozialdemokratisches gegen Internationalismus der Arbeiterbewegung. 10
Auszüge aus Entschlüssen. 11

Auslandsberichterstattung

Dollarabwertung: Die US-Kapitalisten versprechen sich jetzt was davon. 12
Reagans Handel: "frei, aber fair". 13

Spanien: Expansion der großen Automobilkonzerne. 13

Österreich: Lohntarifverhandlungen begonnen. 14

Großbritannien: Thatcher treibt Gemeinden in den Bankrott. 14

Brasilien: "Grüne Revolution" gescheitert. 15

Südpazifik: Vertrag für atomwaffenfreie Zone kein Hindernis für USA/Frankreich. 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen

DGB zur Sozialhilfe-Zwangsarbeit 18
Gekaufte Vernunft. Der umgewandelte Betriebsrat. 18
WSI-Materialien zur DGB-Aktionswoche. 18
Grüne Programmatik zur Sozialpolitik. 18
Die Revanchisten – "Gespenster von gestern"? 19

Landtagswahlen Bayern 1986: Republikaner und andere chauvinistische Stoßtruppen für die CSU. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

Neue kommunalpolitische Schwerpunkte der CDU/CSU

"Neu" kann man das vor zwei Wochen beschlossene Programm eigentlich nicht bezeichnen. Das Hauptmotto "Den Bürgern Heimat geben!" ist so alt wie die Kommunalpolitik der CDU/CSU überhaupt. Also alte Kamellen? Nein, nur ein Beweis dafür, daß sich die christlich-soziale Reaktion auch – oder gerade – in den Kommunen sicher fühlt. Sie mobilisiert Leute, die Besitz haben oder greifbar nahe sehen. Unterstützung von Existenzgründungen, Förderung privater Investitionen, Übertragung von kommunalen Aufgaben auf freie Träger und private Firmen wo möglich, Ausbau der Teilzeitarbeit usw. fördern die Verbundenheit der Besitzenden mit der jeweiligen Gemeinde. Den Besitzlosen dagegen wird die kollektive Forderung nach Leistungen von der Gemeinde so schwer wie möglich gemacht. "Unserem Freiheitsverständnis, das auf die Verantwortung und Solidarität der Mitbürger setzt, widerspricht die Einzwängung in ein Kollektiv." Deshalb soll jeder zwar eine Wohnung erhalten, aber nur eine, "die seinen Lebensnotwendigkeiten" entspricht. Oder: Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit soll man ja nicht auf die Idee kommen, Ganztagschulen, kommunale Ausbildungsstätten, mehr Ausbildungsplätze mit qualifizierter Ausbildung bei der Stadt zu fordern: "Unterschiedliche Anlagen und Neigungen verbieten es, schematisch vorzugehen." – (baf)

CDA-Positionen zum Ausländerrecht

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) haben Mitte September ein Positionspapier "Grundzüge einer aktualisierten Ausländerpolitik" herausgegeben. Seit dem Sommer führen Kapitalisten und Regierung eine Diskussion über die Rotation (1) von ausländischen Arbeitern. Auf diesem Hintergrund muß die Stellungnahme der CDA gesehen werden. Zuerst wird dem "bleibewilligen" Ausländer die Integration versprochen, um den Zwangscharakter von Rückkehrmaßnahmen, erzeugt durch politischen, sozialen und rechtlichen Druck, zu verschleiern. Danach folgt die Forderung nach einer Zusammenfassung der rechtlichen Bedingungen für die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Rechtssicherheit solle damit geschaffen werden. Tatsächlich wird das dazu führen, daß der Aufenthalt an nichts anderes mehr gekoppelt ist als an den Nachweis von Arbeit, was den Rotationsvorstellungen der Kapitalisten sehr entgegenkommt. Auch die Einführung einer europäischen Staatsangehörigkeit, wie die CDA fordert, wirkt nicht der Rotation entgegen, die von den Kapitalisten nur für Nicht-

EG-Ausländer verlangt wird, sondern spaltet noch stärker die "EG-Ausländer" von den anderen ab. Auch die Forderung nach "Reintegrationsvorbereitungen" in der BRD zur Rückkehr ins Heimatland verdeutlicht, daß es der CDA um den flexiblen Ausländer geht, der hier oder da arbeiten soll, je nachdem, wo der Kapitalist ihn braucht. Die Ausreise eines in der BRD lebenden Ehepartners für die Dauer eines Jahres, um eine "etwaige Existenzsicherung" bei der Ehefrau z.B. in der Türkei zu überprüfen, geht



"Rückkehrhilfen"

in die gleiche Richtung. Die paar nützlichen Forderungen, die von der CDA aufgestellt werden, wie z.B. Wahlrecht bei Sozialversicherungswahlen oder Nicht-Einbeziehung der Kinder von ausländischen Arbeitern in der BRD in das Kontingent "ausländische Studenten", täuschen nicht darüber hinweg, daß kein Wahlrecht für die Ausländer verlangt wird, keine rechtliche und soziale Gleichstellung mit der westdeutschen Bevölkerung. (1) siehe auch Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, Überlegungen zu einer Ausländerpolitik, VhU 2/85) – (eve).

Bergarbeitergewerkschaften bilden neuen Verband

Am 21./22. September haben in Paris Vertreter von Bergarbeitergewerkschaften aus 33 Staaten einen neuen internationalen Dachverband von Bergarbeitergewerkschaften gebildet. Der neue Verband heißt "Federation of Miners and Energy Workers" (deutsch: Föderation der Bergleute und Energiearbeiter) und vertritt nach eigenen Angaben Bergarbeitergewerkschaften mit insgesamt 3,8 Millionen Mitgliedern. Die Bergarbeitergewerkschaften, die den neuen Dachverband gegründet haben, verstehen ihren Schritt als einen bewußten Versuch, die seit 1949 bestehende Spaltung der Bergarbeitergewerkschaften in den – sozialdemokratisch geführten – Internationalen Bergarbeiterverband (IBV) und in einen Bergarbeiterverband des Weltgewerkschaftsbundes (Sitz in Prag) zu überwinden. Der

neue Verband wird sich deshalb auch keinem der beiden internationalen Gewerkschaftsdachverbände anschließen. Zum Präsidenten des neuen Verbandes wurde Arthur Scargill gewählt, Präsident der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, die bis 1983 dem IBV angehört hatte. Ein Vertreter der sowjetischen Bergarbeitergewerkschaft und ein Vertreter der australischen Bergarbeitergewerkschaft wurden zu Vizepräsidenten gewählt. Generalsekretär ist ein Vertreter der französischen Bergarbeitergewerkschaft im CGT. Dem neuen Verband gehören nach Pressemeldungen u.a. Bergarbeitergewerkschaften aus Portugal, Spanien, Griechenland und Zypern an. Die IG Bergbau verurteilte in ihrer Zeitung die Bildung des neuen Dachverbandes als "Verrat von Scargill". Zugleich befürchtet sie, die Bildung des neuen Verbandes und die damit beendete strikte organisatorische Trennung der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften von solchen Gewerkschaften, die als unter "kommunistischer Vorherrschaft" stehend gelten, sei ein "Ereignis von historischer Dimension". — (rül)

Informationswoche gegen Kriegsvorbereitung

Die Strategiekonferenz der Friedensbewegung ruft für den 10. — 16. November zu einer bundesweiten Informationswoche auf. In dieser Zeit finden auch zahlreiche öffentliche Gelöbnisse, Empfänge für Bundeswehrangehörige und Ausstellungen aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr statt. Örtliche Kräfte der Friedensbewegung sind aufgefordert, Sachkenntnisse zu verbreiten, die die Kritik an der Bundesregierung stärken sollen. Die Info-Woche soll zur Politisierung der Bundestagswahlkämpfe beitragen und Politiker auf Forderungen gegen die Kriegsvorbereitung ver-

pflichten. Für Samstag, den 16.11., sind örtliche Veranstaltungen aller beteiligten Organisationen beabsichtigt. An einzelnen Tagen sollen bestimmte Bereiche im Mittelpunkt stehen: Sonntag, 10.11. Religionsgemeinschaften; Montag, 11.11. Bildung, Jugend, Wissenschaft; Dienstag Soldaten und Kriegsdienstverweigerer; Mittwoch Frauen; Donnerstag Internationale Solidarität (Ausländer, Betriebe, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger); Freitag Kommunale Parlamente, Verwaltungen, Bundestagsabgeordnete, Kulturelle Einrichtungen. Der Koordinationsausschuß hat Vorschläge veröffentlicht, wie Jugendliche, Studenten, Beschäftigte im öffentlichen Dienst usw. angesprochen werden könnten. Z.B. an den Schulen und Hochschulen: "Gibt es in unserer Schule Bunker und Katastrophenpläne für den V-Fall? Oder ist unsere Schule als Hilfslazarett vorgesehen? ... Was machen Jugendoffiziere an unseren Schulen? ... Was steht in den Lehrbüchern über die Ursachen von Krieg und die Möglichkeiten seiner Verhinderung? Wird an unserer Hochschule Rüstungsforschung betrieben?" In der Bundeswehr sollen Forderungen der Friedensbewegung diskutiert werden, gemeinsame Veranstaltungen mit Soldaten und Friedensgruppen stattfinden, Straßen umbenannt werden, Deserteure des 2. Weltkriegs — wie in Kassel — geehrt werden. Am 4. und 5. Oktober wird zu Aktionen unter dem Motto: "Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika — gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im südlichen Afrika" aufgerufen. Die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung will vom 21. — 28.10. Aktionen "Gegen die Macht der Kaffee-Konzerne — die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen" organisieren. — (düb)



Etwa 7000 Demonstranten protestierten am 21.9. in Bonn und 3000 am selben Tag in Westberlin gegen die Unterstützung der südafrikanischen Regierung durch die Bundesregierung. Auf der Kundgebung in Bonn sprach sich Christian Götz vom HBV-Hauptvorstand für den vollständigen wirtschaftlichen und politischen Boykott des Apartheidregimes aus. — (uld)

Würzburg: Gleichstellung der Kinderkrippen mit Kindergärten gefordert 22

Chemie: Können die Kapitalisten die unteren Löhne drücken? 22

Krankenpflegepersonal: Abbau der Überstundenschinderei dringend 23

Uni Freiburg: Senat praktiziert neues HRG 23

Bauernverband: Oppositionelle Bauerngruppen verstärken ihre Zusammenarbeit 24

"Augsburger Friedenspreis": NS-Standortpfarrer gilt als würdiger Empfänger 25

STEAG: Drohung gegen Apartheid-Gegner 25

Nahrungsmittelindustrie: Unregelmäßige Arbeitszeit soll Normalfall werden — Lohnsenkung und Arbeitshetze nehmen zu 26
Saisonarbeit 26
"KZ" Hansa-Fleisch 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Wunstorf: Bundeswehr ist kaum unter Druck gekommen 29

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Buchbesprechungen: Neuere Frauen- und Männerbücher 30
Zwischen Kaiserreich und heute .. 30
Erbarnten mit den Männern 30
Hexe gegen Magier 30
Anna Göldin — letzte Hexe 30
Vernichtung der Weisen Frauen ... 30
"... du heiratest ja doch!" 31
Geschlechterspezifische Wahrheiten? 31

Beschäftigungsförderung: Professoraler Segen für verschärfte Ausbeutung 31

Südafrika/Azania: Bischof Tutu: Antirassismus mit Hintertür für Oppenheimer & Co. 32

Dokumentiert: Aus der Diskussion der Organisation 34
Politik des BWK in der laufenden Programmdiskussion 34
Forschungsprojekt: "Die Politik der Bolschewiki in den Räten ..." 37

Wirtschaftslage

Die Konjunktur läuft— für die großen Monopole. Die Lage der Arbeiter wird noch drückender

Die westdeutschen Kapitalisten haben in den vergangenen Monaten ihren Produktausstoß und Absatz beträchtlich ausdehnen und ihre Profite stark erhöhen können. Die Bank für Gemeinwirtschaft faßt diese Entwicklung bereits als "Aufschwung auf breiterer Basis" zusammen. Der "Pkw-Stau" vom Frühjahr sei überwunden, die Investitionsnachfrage der Kapitalisten hoch und für 1986 sei wegen der zum Januar in Kraft tretenden Steuerreform für Familien mit Kindern sowie wegen der steigenden Beschäftigung auch mit einem Anstieg des Konsums der privaten Haushalte zu rechnen. Auch die Bundesbank beurteilt die Aussichten der Kapitalisten auf weitere Besserung ihrer Geschäfte in ihrem Monatsbericht als gut. Das "Handelsblatt" macht sich bereits daran, eine Erfolgsmeldung an die andere zu reißen: Aufträge der Werkzeugmaschinenkapitalisten im ersten Halbjahr '85 plus 50%, Aufträge für die Kapitalisten der Datenverarbeitungsmaschinen-Branche plus 26%, Aufträge Maschinenbau plus 6%, Aufträge für Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik und Pkw ebenfalls steigend, und auch die Beschäftigung von Lohnarbeitern ist im ersten Halbjahr '85 erstmals wieder gestiegen. Im Außenhandel rechnen die Kapitalisten damit, ihren bisherigen Ausfuhrrekord von 1984 (488 Mrd. DM) bedeutend übertreffen und die Exporte auf 560 Mrd. DM steigern zu können. Gelingt dies, so hätten die BRD-Imperialisten auch einen weiteren Rekord gebrochen: mit einem Überschuß der Aus-

fuhren über die Einfuhren von fast 75 Mrd. DM hätten sie den bisherigen Rekordüberschuß von 54 Mrd. DM (1984) um fast 40% übertroffen.

Also ein solider Aufschwung auf breiter Front? Keineswegs. Immer noch ist die Zahl der Insolvenzen von Kapitalisten, vor allem der kleinen Kapitalisten, hoch. Das "Institut der deutschen Wirtschaft" des BDI meldet im ersten Halbjahr erneut ca. 9000 Konkurse, mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Meldungen über zusätzliche Beschäftigungen, mit denen die Kapitalisten den Eindruck von Entspannung auf dem Arbeitsmarkt erwecken wollen, stammen fast ausschließlich aus dem Dienstleistungsbereich. Im verarbei-



Die VW-Kapitalisten sind mit 13% Marktanteil nunmehr "Nr. 1" in Westeuropa. Von Januar auf Juli steigerten sie ihre Exporte um 43%. Bild: Motorenmontage in Salzgitter.

tenden Gewerbe dagegen sank die Zahl der beschäftigten Lohnarbeiter nach den neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes im ersten Halbjahr 1985 erneut um 53000. Und die Einkommenszuwächse, mit denen Regierung und Kapitalisten den Eindruck einer Besserung der Lage auch der Lohnabhängigen zu erwecken versuchen, treffen nur bei Haushalten von besser verdienenden Lohnabhängigen zu.

Tatsächlich haben es die Kapitalisten geschafft, in den letzten Monaten die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Millionen Lohnabhängigen noch drückender zu gestalten, dies aber fast vollständig aus der öffentlichen Erörterung zu verdrängen. Noch nie ist es den Kapitalisten gelungen, eine weiter sinkende Zahl von Beschäftigten im verarbeitenden Sektor zu einer derartigen Steigerung des Produktausstoßes anzutreiben, wie in den letzten zwölf Monaten. Die Tabelle über die Jahresabschlüsse der größten zehn Monopole zeigt das deutlich.

Noch nie zuvor ist es auch den großen Konzernen gelungen, die Vorteile einer Konjunktur derart zu monopolisieren wie jetzt. Fast alle großen Konzerne haben ihren Maschinenpark weitgehend auf den neuesten technischen Stand gebracht. Das verschafft ihnen nun, wo zahlreiche kleinere und mittlere Kapitalisten ihren Maschinenpark noch modernisieren müssen, zahlreiche Konkurrenzvorteile. Während viele kleinere Kapitalisten Geld

Bundestag verabschiedet Hochschulrahmengesetz

Am 26.9.85 hat der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN die Novelle zum Hochschulrahmengesetz verabschiedet. Nach der zu erwartenden Zustimmung des Bundesrates sollen u.a. folgende Festlegungen des Gesetzes in die Landeshochschulgesetze binnen zwei Jahren übernommen werden:

Die "Drittmittelforschung", also die Verwendung der Gelder von Kapitalisten, Stiftungen, Verbänden etc. zu Forschungszwecken ist nicht mehr wie bisher durch die Hochschule zu genehmigen. Der "forschende" Professor hat freie Hand. Er verwaltet die Gelder, kann über etwaige Einnahmen aus seiner Forschung verfügen und erhält noch größere Kommandogewalt über die Beschäftigten.

Die Länder können "Sonderstudien-

gänge" für "besonders Begabte" einrichten mit speziellen "Eignungsprüfungen". In der Festlegung der Studienpläne erhalten die einzelnen Hochschulen weitgehende Selbstständigkeit — Zusammenarbeit mit örtlichen Kapitalisten ist erwünscht. Kein Wunder, daß Reaktion und Kapitalisten das neue Gesetz bejubeln! — (tob)

Regierung will schnell W-18-Gesetzentwurf

Schon am 2. Oktober will die Bundesregierung das Gesetz zur Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate ab dem 1. Juli 1989 in die parlamentarischen Gremien einbringen. Außerdem schlägt Familienminister Geißler vor, das Zivildienstgesetz zeitlich unbegrenzt beizubehalten. Weil danach der Zivildienst um ein Drittel länger sein muß als der Wehrdienst, würde das eine Verlängerung des Zivildienstes von 20 auf 24 Monate bedeuten. Dem Gesetzentwurf zur

Verlängerung der Wehr- und Zivildienstpflicht muß der Bundesrat zustimmen. Deshalb will die Bundesregierung die Vorlage noch vor den Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai nächsten Jahre durch den Bundesrat schleusen. Dieser soll sich bereits am 8.11. damit befassen. Gegen die Verlängerung von Wehr- und Zivildienst wenden sich zahlreiche Jugendorganisationen, darunter neun Landesbezirksjugendkonferenzen des DGB und Landesjugendringe. — (clm)

Fregatten nach Portugal

Die Bundesregierung drängte im Haushaltsausschuß auf eiligen Beschluß für eine um 70 Mio. DM erhöhte Rüstungshilfe an Portugal. Damit soll Portugal drei auf westdeutschen Werften gebaute Fregatten finanzieren. Eile sei nötig, so die Bundesregierung, denn möglicherweise übernehme nach den Wahlen eine Regierung die

Die Jahresabschlüsse der "zehn Größten"

Konzern	Jahr	Umsatz (Mio. DM)	Lohnabhängige	Gewinn (Mio. DM)	Dividende (Mio. DM)
VEBA	1984	49624	76795	697	303
	1983	49189	77430	472	253
Siemens	1984	45819	319000	1066	442
	1983	39471	313000	802	351
Volkswagen	1984	45617	238353	228	120
	1983	40089	231710	-215	—
BASF	1984	43523	115816	895	405
	1983	37850	114128	517	310
Daimler-Benz	1984	43505	199872	1104	356
	1983	40005	184877	988	355
Bayer	1984	43032	174755	1174	460
	1983	37336	174760	754	354
Hoechst	1984	41457	177940	1352	535
	1983	37189	179849	909	403
Thyssen	1984	32430	132954	181	—
	1983	28368	139197	-550	—
Ruhrkohle	1984	22415	135857	138	-10
	1983	18382	130001	47	-10
Bosch	1984	18373	131882	446	40
	1983	16126	127992	242	37
SUMME	1984	385849	1703224	7281	2651
	1983	344005	1672944	3966	2053
Anstieg		+12,16%	+1,81%	+83,61%	+29,13%

Quelle: Geschäftsberichte der Konzerne, 1984; nicht aufgeführt sind die RWE (Strom) und die Ölkonzerne BP, Esso und Shell

leihen müssen, um sich die neuen Maschinen zu beschaffen, deshalb hoch verschuldet sind und bei jeder Störung ihres Geschäfts schnell vom Ruin bedroht sind, sind die Kriegskassen der großen Konzerne übertoll und wenden diese die neuesten Technologien bereits im großem Maßstab an. Siemens etwa verfügt nach eigenen Angaben über flüssige Mittel von 19,5 Mrd. DM und will in diesem Jahr seine Investitionen gegenüber 1983 auf 3,5 Mrd. DM verdoppeln. Daimler-Benz erzielte 1984 Zinsgewinne von 607 Mio. DM. Die BASF hat nach eigenen

Angaben fast drei-Milliarden DM flüssig. Zusätzlich haben sich viele große Konzerne durch die Ausgabe von Aktien bzw. die Erhöhung des Aktienkapitals mit weiteren Barmitteln versorgt. Die BASF z.B. hat in den letzten Tagen für 760 Mio. DM neue Aktien verkauft, andere Konzerne wie Henkel planen die Umwandlung in Aktiengesellschaften, um so ihre Barmittel für große Modernisierungs- und Expansionsprogramme zu erhöhen.

Die Besonderheiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage — weitgehend stagnierende innere Märkte, eine um-

fangreiche, ständig von Rückschlägen bedrohte Exportkonjunktur, gleichzeitig aber große technologische Umwälzungen, die alle Kapitalisten bei Gefahr des Untergangs in den nächsten Jahren vollziehen müssen — sind auch der Grund für die zunehmende Zahl von Unternehmenszusammenschlüssen. Viele Kapitalisten — zu meist kleinere und mittlere — haben nicht genügend Mittel, um die Erneuerung ihres Maschinenparks in den nächsten Jahren ohne große Kreditaufnahmen vollziehen zu können, und suchen deshalb nach Geldgebern. Andere — fast durchweg große Monopole — haben diese Umwälzungen bereits in großem Stil begonnen und besitzen zudem überschüssende Barreserven. Die Folge ist eine um sich greifende Jagd insbesondere der großen Konzerne nach Beute in Form fremder Unternehmen, die einen Geldgeber suchen. Der Erwerb von SEAT durch VW, der Erwerb der MTU durch Daimler von der in Schwierigkeiten geratenen M.A.N. sind Beispiele für diese Sorte Expansion der großen Konzerne.

Im internationalen Konkurrenzkampf wird zudem immer deutlicher, daß die Vorteile der gegenwärtigen technologischen Umwälzungen vor allem denjenigen Imperialisten zugutekommen, die über einen hochentwickelten Maschinenbau verfügen. Hier aber sind die westdeutschen Kapitalisten schon lange weltweit führend. Die Folge ist: Die USA, noch vor Monaten als "Lokomotive" der Konjunktur weltweit und als Vorbild für alle anderen Kapitalisten gepriesen, fallen im internationalen Konkurrenzkampf zurück. Die westdeutschen Kapitalisten dagegen erzielen nicht nur in den Dollarraum, sondern auch in die westeuropäischen Staaten weiter steigende Exportüberschüsse. Schon tönt Bundesbankpräsident Pöhl, auf

Geschäfte, die dem "Projekt geringere Priorität" beimesse. Auch die SPD stimmte zu und erwartet jetzt, daß Portugal auch künftig der BRD den Luftwaffenstützpunkt Beja kostenlos zur Verfügung stellt. (Süddtsch. Ztg., 27.9.85 — alk)

CDU/CSU und FDP einig über späteren Ladenschluß

Ende September haben sich die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP auf spätere Ladenschlußzeiten geeinigt. Künftig dürfen Läden "innerhalb einer baulichen Anlage, die der Verknüpfung zwischen dem Personennah- und Fernverkehr dient", an allen Tagen von 6 bis 22 Uhr geöffnet sein, die Verkaufsmöglichkeiten auf Flughäfen werden erweitert. Ein entsprechender Gesetzentwurf soll so schnell wie möglich im Bundestag eingebracht werden. Die CDU versucht, die Einigung als "Ausnahmeregelung" darzustellen, die die ansonsten geltenden

Ladenschlußzeiten nicht aufhebt. Tatsächlich können mit der neuen Vorschrift an zahlreichen städtischen Verkehrsknotenpunkten künftig Ladenschlußzeiten von 6 bis 22 Uhr erstmalig eingeführt werden. Die HBV befürchtet zu recht, daß diese zahlreichen Sondergenehmigungen sehr schnell andere Einzelhandelskapitalisten veranlassen wird, mit der Forderung nach "Wettbewerbsgleichheit" eine allgemeine Ausdehnung der Ladenschlußzeiten in die Nacht und ins Wochenende hinein zu verlangen. (Quelle: Nachrichtenheft 04, 5.10.85 — rül)

Alliierte heben Verordnungen auf

Westberlin. Nach Beratungen mit dem Senat haben die Alliierten Ende August die Verordnungen 501 und 504 aufgehoben, weil sie nicht mehr notwendig und zeitgemäß seien. Aufgrund dieser Verordnungen war auch

in den letzten Jahren von Zeit zu Zeit Material faschistischer Gruppen beschlagnahmt worden. Nach den Verordnungen konnte mit bis zu fünf Jahren oder bis zu 50000 DM Geldstrafe bestraft werden, wer Schriften einführt, besitzt, verteilt, anschlügt, druckt oder vervielfältigt, die: "a) zur Verbreitung militaristischer, faschistischer oder antidemokratischer Ideen beitragen; b) abfällige Bemerkungen gegen irgendeine der Besatzungsmächte macht; c) Gerüchte verbreitet mit dem Ziele, Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen irgendeine der Besatzungsmächte hervorzurufen ..." Solche Schriften sollten aufgrund der Verordnung mit Genehmigung des Kommandanten sichergestellt oder beschlagnahmt werden. Es ist zu befürchten, daß die Faschisten in Westberlin durch die Aufhebung dieser Bestimmungen sich geradezu ermuntert sehen, ihre Tätigkeiten zu entfalten. — (gug)



Für die Lohnabhängigen bedeutet der "Aufschwung" der Kapitalisten eine beständige Steigerung der Arbeitshetze bei fortgesetzter Lohnsenkung und fast gleichbleibender Beschäftigtenzahl. Seit Anfang 1984 konnten die Kapitalisten im produzierenden Gewerbe das "Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde" um mehr als 8% steigern, die Lohnstückkosten um 4,5% senken, meldet die Bundesbank.

dem New Yorker Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten letzte Woche habe man sich darüber verständigt, daß nunmehr Japan und Westeuropa (sprich: Japan und die BRD) die Aufgaben einer "Lokomotive" im internationalen Geschäft übernehmen müßten und ihre Geschäfte ausdehnen müßten, damit auch die anderen Kapitalisten bei einer so angeführten Expansion das eine oder andere Geschäft durch Absatz ihrer Waren in die BRD bzw. nach Japan machen könnten.

Für die Masse der Lohnabhängigen, die schlecht bezahlte, schwere und monotone Arbeit machen, bedeutet eine solche Entwicklung der Geschäfte der westdeutschen Kapitalisten nichts Gutes. Die Kapitalisten werden ihre Produktionsverfahren in der nächsten Zeit noch schneller umwälzen als bisher schon. Sie werden

dies noch mehr als bisher schon zum Anlaß nehmen, um den Lohn weiter zu senken, die Arbeitslast weiter zu steigern, die Arbeitszeit weiter auszuweiten und zu entlassen, kurz: um die Lage der ungelernten und angelernten Arbeiter und Angestellten, aber auch vieler Facharbeiter, noch drückender zu gestalten. Die Konzentration und Zentralisation von Kapital wird noch schneller voranschreiten, die Macht der großen Konzerne weiter zunehmen. Ein deutliches Anzeichen dafür, daß für die Masse der Arbeiter, insbesondere die niedrig bezahlten, die Lage immer schwieriger wird, ist die fortdauernde Auswanderung vieler ausländischer Arbeiter.

Man soll sich nicht täuschen lassen, wenn nun Leute wie Stoltenberg und selbst Sprecher der Kapitalisten erklären, bei den nächsten Tarifverhandlungen müßten die Löhne "ange-

hoben" werden. Stoltenberg, die Regierung und die Kapitalisten wünschen lediglich eine "Gewinnbeteiligung nach Leistung", also eine Art Erfolgsprämie für die leitenden Teile der Lohnabhängigen, die so noch enger an den Erfolg "ihres" Unternehmens gekettet werden sollen. Einer Anhebung der unteren Lohngruppen und vieler Facharbeiterlöhne, die für die Masse der Lohnabhängigen so dringend nötig ist, werden sich die Kapitalisten dagegen mit Zähnen und Klauen widersetzen. Freilich: Gegenüber einer entschlossenen Streikbewegung, um diese dringend nötige Lohnerhöhung durchzusetzen, sind sie in der jetzigen Konjunktur auch empfindlich wie schon lange nicht mehr.

Quellenhinweis: Geschäftsberichte der größten Konzerne, 1984; Handelsblatt, div. Ausgaben; Bundesbank, Monatsberichte— (rül)

Prozeß wegen RAF-Mitgliedschaft in Isolationshaft

Die Bundesanwaltschaft hat gegen sieben politische Gefangene, denen Mitgliedschaft in der RAF vorgeworfen wird, Anklage wegen "Fortbestand der Mitgliedschaft nach der Festnahme" erhoben. Das Verfahren ist von ihr in drei Prozesse aufgeteilt worden. Der Prozeß gegen Christa Eckes, Manueala Happe und Ingrid Jakobsmeier hat am 1.10. in Stuttgart-Stammheim begonnen, gegen Stefan Frey und Helmut ist Anklage vor dem OLG Düsseldorf erhoben und gegen Barbara Ernst und Volker Staub vor dem OLG München. Die Verteidiger der Gefangenen haben Zusammenlegung der Prozesse zu einem Verfahren beantragt. Die Bundesanwaltschaft führt zum Beleg ihrer Anklage Briefe der Gefangenen an Angehörige und Bekannte an, in denen sie u.a. die Isolationshaft beschreiben und das Pronomen "wir"

verwenden, um die Gemeinsamkeiten der Haft zu beschreiben. Die Bundesanwaltschaft schafft sich mit den Verfahren weitere Vorwände für die Verschärfung der Haft und beschreitet einen Weg, mit dem jeder politische Gefangene beliebig lange im Gefängnis gehalten werden kann, sofern nur immer neue Anklagen gegen ihn gefunden werden. — (uld)

CDU, CSU, FDP, SPD beschließen Volkszählung

Die 1983 wegen des Melderegisterabgleichs vom Bundesverfassungsgericht untersagte Volkszählung soll am 25. Mai 1987 stattfinden, der Melderegisterabgleich entfällt. Die Bundesregierung hatte die Volkszählung im Frühjahr 1986 durchführen wollen, die SPD knüpfte ihre Zustimmung an einen Termin nach den nächsten Bundestagswahlen und stimmte nun für den Regierungsentwurf. Der Sprecher der Grünen Ströbele rief im Bundestag

zur "Verweigerung" der Volkszählung auf. CDU/CSU-, FDP- und SPD-Fraktion gehen davon aus, daß sie den Widerstand gegen die Volkszählung weitgehend isolieren und so auch verfolgen können. Der Hamburger Innensenator rechnet damit, daß etwa 10 Prozent der Befragten ihre Erfassungsbögen nicht zurücksenden und teilt mit, daß in den 715,7 Mio. DM, die für die Volkszählung vorgesehen sind, auch entsprechende Summen für Mahnungen enthalten sind. — (uld)

Frankfurt: Tod durch Polizeiwasserwerfer

Am 28.9.85 schützte ein großes Polizeiaufgebot eine Veranstaltung der faschistischen NPD im Frankfurter Bürgerhaus "Gallus", welches diese von der Stadt als Veranstaltungslokal zugewiesen bekommen hatte (Bild). Eine Aktionseinheit hatte zum Protest gegen die Veranstaltung aufgefordert, ein Flugblatt der Autonomen

Bundeserziehungsgeldgesetz SPD für Mutterschaftsurlaub und Erziehungs"honorar"

Am 13. September passierte das Bundeserziehungsgeldgesetz in erster Lesung den Bundestag. Mit diesem Gesetz wird mit den Worten von Herrn Geißler "ein völlig neues Kapitel in der Familien- und Frauenpolitik aufgeschlagen". An die Stelle des Mutterschaftsurlaubs vom dritten bis sechsten Monats nach der Geburt mit einer Lohnersatzzahlung von maximal 510 DM im Monat tritt ein Erziehungsgeld für zehn, ab 1988 für zwölf Monate nach der Geburt in Höhe von 600 DM, das an alle nicht oder nur teilweise erwerbstätigen Mütter oder Väter gezahlt wird, ab dem siebten Monat einkommensabhängig. Mütter oder Väter, die vor der Geburt erwerbstätig waren, haben Anspruch auf einen Erziehungsurlaub. (Zu den Regelungen im Einzelnen und ihren Auswirkungen vgl. Politische Berichte 16/85)

Richtig greift die SPD in der polemisch geführten Bundestagsdebatte an, daß die CDU den Mutterschaftsurlaub als Zeit, die die Mutter braucht, um ihre Gesundheit wiederherzustellen, abschaffen will, daß sie den achtmonatigen Kündigungsschutz wieder auf zwei Monate reduziert und an die Stelle der (wenn auch völlig unzureichenden) Lohnersatzzahlung ein "Honorar" für die Erziehungsleistung setzt. Das Ergebnis ist, daß die Frau Minister als Geschenk sechs Monate 600 DM erhält, während Frauen, die arbeiten müssen, weil 600 DM nicht reichen, nicht nur während der ersten zwei Monate nach der Geburt in der Zeit der Lohnfortzahlung keinen Pfennig sehen, sondern auch anschlie-

Bend leer ausgehen. Aus diesem Grund hält die SPD in ihrem eigenen, kurzfristig eingebrachten Gesetzentwurf an dem bestehenden Mutterschaftsurlaub fest, mit der einzigen Änderung, daß die CDU-Kürzung des Mutterschaftsgelds von 750 auf 510 DM wieder rückgängig gemacht wird.

Falsch ist der Vorwurf der SPD an die CDU, es ginge ihr darum, mit diesem Gesetz den Rausschmiß der Frauen aus dem Erwerbsleben zu fördern und aus ideologischen Gründen die Rolle der erwerbstätigen Frau zu verschlechtern. Nicht der Rausschmiß ist die Zielsetzung, sondern die Frauen werden noch stärker zur Manövriermasse der Kapitalisten. Nichts anderes wird das Ergebnis der Reduzierung des Kündigungsschutzes, der Aufhebung des Beschäftigungsverbots (Teilzeitarbeit bis 19,9 Stunden – wenn es dem jeweiligen Kapitalisten gefällt – ist zulässig) und der gesetzlich festgeschriebenen Möglichkeit von befristeten Arbeitsverträgen (für Ersatzkräfte) unabhängig von der Geltungsdauer im Beschäftigungsförderungsgesetz sein.

Daß viele Angriffe von seiten der SPD nur öffentlichkeitswirksam sein sollen, wie z.B. die CDU behandle Ungleiches gleich, wenn sie Lohnersatzzahlungen und Entgelt für Erziehungsleistungen in einen Topf wirft, wird an ihrem eigenen Gesetzentwurf deutlich. Enthält er doch neben dem Mutterschaftsurlaub genau den Erziehungsurlaub der CDU mit 600 DM monatlich für alle, verbunden noch mit einigen Schnörkeln wie drei Monate zusätzlich, wenn Mann und Frau sich den Erziehungsurlaub teilen, weiteren zwölf Monaten unbezahlten Erziehungsurlaub (wer sich den wohl leisten kann!), 750 DM monatlich und drei Monate zusätzlich für allein Erziehende. Die Überschrift dieser SPD-

Gesetzesinitiative lautet: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Während sie der CDU vorhält, daß Kindererziehung länger als ein Jahr dauert, will sie selbst sogar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch "Erziehungszeiten" fördern. Wesentliche Punkte der "Unvereinbarkeit" sind doch der lange Arbeitstag, häufig genug nicht einmal im Rahmen des Normalarbeitstages, fehlende Kindertagesstätten, erst recht fehlende Betriebskindertagesstätten mit entsprechenden Öffnungszeiten und guter Ausstattung, fehlende Ganztagschulen. Direkt peinlich wird es, wenn sich die SPD im Bundestag als Anwalt der Armen aufspielt – die gleiche SPD, die auf kommunaler Ebene z.B. die Krippen- und Kindergartengebühren hochtreibt und damit Familie und Beruf für Frauen immer unvereinbarer macht.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf zum Bundeserziehungsgeld, Bundestagsdrucksache 10/3792; Bundestagsprotokoll v. 13.9.1985. – (gea, DK-Arbeitskreis Frauen)

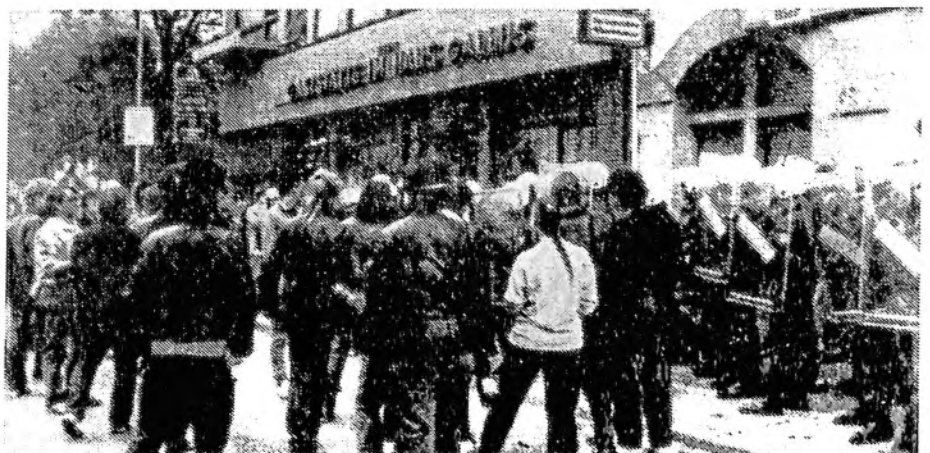
§ 218

Rheinland-Pfalz rollt die Debatte wieder auf

Den Gesetzentwurf zur "Neuregelung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch" hat die Regierung von Rheinland-Pfalz am 27.9. in den Bundesrat eingebracht.

Vorgesehen ist eine Erweiterung des § 200 der Reichsversicherungsordnung. Seit dem 1.12. 1975 ist dort der Anspruch auf ärztliche Behandlung,

rief zur Verhinderung auf. Zwischen 400 und 700 Leute demonstrierten schließlich gegen die NPD. "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" und "Nazis raus" waren die Hauptparolen. Auf das massive Polizeiaufgebot wurde mit Steinewerfen und Straßenblockaden reagiert. Im Lauf der Auseinandersetzungen setzte die Polizei einen zweiten Wasserwerfer ein, jagte den Demonstranten Günther Sare, wie Augenzeugen berichteten, allein etwa 5 bis 10 Meter mit dem Fahrzeug, bis dieser vom Wasserstrahl zu Boden geschleudert und anschließend mit dem Wasserwerfer überfahren wurde. Der tödlich Verletzte wurde sofort von einer Polizeikette umringt, durch die ein Medizinstudent längere Zeit nicht durch gelassen wurde und schließlich nur unter größten Schwierigkeiten Erste Hilfe leisten konnte. Günter Sare starb bald darauf. Als Antwort auf diesen Mord, wie er von allen Augenzeugen einhel-



lig bezeichnet wurde, brannte ein Ersatzteillager der Daimler-Benz-Niederlassung in Frankfurt nieder, viele Fensterscheiben vor allem von großen Geschäften und Banken gingen zu Bruch. Am Sonntag wurde bei einer Kundgebung von ca. 2000 Teilneh-

mern der Rücktritt von OB Wallmann (CDU) und Innenminister Winterstein (SPD) gefordert. Die DKP forderte das Verbot der NPD. Die Hessischen Grünen unterbrachen ihre Koalitionsgespräche mit der SPD. Die Aktionen gehen weiter. – (rst)

Versorgung mit Arznei-, Verband- und Heilmitteln und die Krankenhauspflege begründet für "nicht rechtswidrige Sterilisation oder für einen nicht rechtswidrigen Schwangerschaftsabbruch." Dieser Anspruch soll eingeschränkt werden dadurch, daß die Feststellung der Voraussetzungen für den Schwangerschaftsabbruch "von einem Vertrauensarzt ... oder einem nach Landesrecht bestimmten, für diese Aufgaben besonders qualifizierten Arzt getroffen wird." Dieser hat die Umstände des Einzelfalles nicht nur eingehend schriftlich zu begründen, sondern auch zu bejahen. Damit wird der Kreis der Ärzte, an die eine Frau sich wenden kann, auf das Staatsinteresse an Unterbindung von Schwangerschaftsabbrüchen zugeschnitten. Diesem Zirkel wird, da er sich das Prädikat "besonders qualifiziert" verdienen muß, die Aufgabe anvertraut, eine Notlage möglichst zu verneinen.

Um die Trefferquote bei der Erfassung der Fälle zu erhöhen, wird das System auch von der Seite des behandelnden Arztes dichtgemacht. Er muß der Krankenkasse mitteilen, daß ihm der Befund eines der "qualifizierten" Kollegen vorliegt und wer das ist. Schließlich hat die Krankenkasse die gebündelten Informationen dem Statistischen Bundesamt zu übergeben.

Dieselben Rechtsvorschriften sollen in das Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte eingeführt werden.

In der Begründung stützt sich die rheinland-pfälzische Regierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Sie argumentiert, von 200 000 erfaßten Schwangerschaftsabbrüchen seien 1984 80% auf Grund einer "sonstigen schweren Notlage" vorgenommen worden, und daher dränge sich die Frage auf, "ob das geltende Recht ... in der Lage ist, der grundgesetzlichen Schutzpflicht für das werdende Leben gerecht zu werden".

Ministerpräsident Vogel erklärte, Absicht der Landesregierung sei, "einen Stein ins Wasser zu werfen". Der Entwurf hat diesen Zweck erfüllt. Die Kreise, die an der Verschärfung des §218 interessiert sind, zeigen sich. Vertreter von anderen CDU-Ländern wandten sich dagegen. Schwarz von Schleswig-Holstein sah sogleich, man könne "in den Sog einer Grundsatzdebatte" über den Schwangerschaftsabbruch geraten. Mit der Neueröffnung der Debatte durch die Gesetzgeber kann aber auch die von Vogel angegebene "Alternative" wieder verhandelt werden, nämlich der Gesetzesantrag von 74 CDU-Abgeordneten, die Leistungen bei Schwangerschaftsabbrüchen im Rahmen einer "sonstigen schweren Notlage" ganz aus den Verpflichtungen der gesetzlichen Krankenkassen herauszunehmen.

Quellenhinweis: Bundesratsdrucksache 398/85; FAZ 28.9.1985— (anl)

von Bülow's Militärreform

Wirkungsvollere Bundeswehr für europäische Kriegsführung

Andreas von Bülow, Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand, hat mit einem Papier für großes Aufsehen gesorgt, in dem ein Konzept für die Bundeswehr und die Armeeorganisation in Westeuropa für die Zukunft vorgestellt wird. (1) Die Regierungsparteien und die Presse haben sofort Alarm geschlagen; die Grünen klatschten dem SPD-Mann Beifall. Von Bülow's Vorstellungen sind nicht so neu. Seit dem SPD-Parteitag im Mai bastelt die SPD bereits unter Federführung von Bülow an einem neuen Sicherheitskonzept. Grundlage für weitere Überlegungen ist eine "Bedrohungsanalyse" von Anfang 1984. In dieser Analyse kommt von Bülow zu dem Ergebnis, daß die Sowjetunion zwar eine gefährliche Bedrohung darstelle, aber weder konventionell noch mit atomaren Waffen einen Krieg gegen die NATO gewinnen könne. (2)

Das aktuelle Papier enthält drei

Kriegsplanern in der Bundeswehr hoch im Kurs. Nachdem die Bundeswehr in den letzten Jahren zu einer an Schnelligkeit und Schlagkraft kaum zu übertreffenden Panzerarmee ausgebaut worden ist, richtet sich die Forschung und Entwicklung für die neuen Waffengenerationen stark auf die Panzerabwehr, also auf die Möglichkeit, Panzer (und anderes) unabhängig von eigenen Panzern zu zerstören. Das ist eine wichtige Aufgabe der die Panzer begleitenden Infanterie. Von Bülow macht sich ebenfalls für die Panzerabwehr mit dem Schlagwort von der "strukturellen Nichtangriffsfähigkeit" stark. Die Panzer will von Bülow natürlich nicht abschaffen: "Dies schließt nicht aus, daß auch die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte über Panzer verfügen, mit denen im Ernstfall verlorengegangenes Gelände wieder zurückgewonnen werden kann."

Zu b.: Ausdrücklich betont von Bü-



Stärkung der Infanterie: Verbesserung infanteristischer Bekämpfung von Panzern— hier mit der Panzerabwehrwaffe Milan

wichtige Forderungen an die BRD-Kriegsführung:

- Änderung der Rüstungsplanung "weg vom Panzer hin zur Panzerabwehr", verbunden mit einer Verstärkung der Infanterie
- Änderung der Wehrstruktur, keine Verlängerung des Wehrdienstes, mehr Reservisteneinsätze
- Europäische Vorneverteidigung in der BRD; Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und CSSR, anschließend Abzug der US-Truppen aus der BRD

Zu a.: "Nur Infanterie kann Gelände nehmen und halten" — dieser zum Einmaleins jeden militärischen Führers zählende Lehrsatz steht bei den

low, daß es bei der Vorneverteidigung, also der Frontkriegsführung, bleiben soll, um sich von den verschiedenen Modellen "alternativer Verteidigung" abzugrenzen. Für die Heeresstruktur schlägt er die Zusammenlegung von Territorial- und Feldheer vor. Das Feldheer ist das stets präsente Heer der Bundeswehr, in dem alle Wehrpflichtigen "dienen". Das Territorialheer wird zum großen Teil von Reservisten bestritten, ist also im Frieden nicht voll präsent, und soll Aufgaben der Absicherung des Feldheeres, aber auch eigene Kampfeinsätze wahrnehmen. Die BRD-Kriegsstärke aus dem Stand von über 1,3 Millionen Soldaten bezieht beide Heere ein. Von Bülow's

v. Bülow und die deutschen Staaten

Der nebenstehende Auszug aus dem Bülow-Papier gibt dessen Haltung zu den Grenzfragen erschöpfend wieder. Bülow gibt zu, daß das Offenhalten von Grenzfragen aggressive Politik ist. Er verspricht eine Abwendung von dieser Politik. Wirklich? In Bülows Text ist ausdrücklich gesagt, man müsse auf lange Sicht vom Bestehen zweier deutscher Staaten auf dem Boden des ehemaligen deutschen Reiches ausgehen. Westberlin liegt auf diesem Boden. Bülow schreibt stillschweigend die Zugehörigkeit Westberlins zur BRD fest. Er hält die Grenzfrage offen, während und indem er vom Gegenteil spricht. Das leistet sich Bülow locker, weil im Punkte Staatszugehörigkeit Westberlins imperialistische Anmaßung fast unbestritten die öffentliche Meinung beherrscht.



von Bülow, 1982 Forschungsminister unter Helmut Schmidt

- dokumentiert -

Wer Grenzfragen offenhält, kann einen Abbau der militärischen Spannungen in Europa nicht erreichen.

Hierzu werden eine Vielzahl von teils einseitig, teils nur in Abstimmung miteinander zu gehender Einzelschritte notwendig sein. Ein solcher Prozeß des Vertrauensaufbaus wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte währen. So sehr beide Seiten den für sie jeweils ungünstigsten Fall im Auge behalten müssen, so ist es gleichwohl falsch, Politik nur nach den pessimistischsten Annahmen zu gestalten. Zwischen unsinnigem Wunschdenken einerseits und Annahmen des schlimmsten Falles andererseits muß es jedoch für Europa einen Weg geben, der bei realistischer Betrachtung der beiderseitigen Interessen den langwierigen Ausweg aus der Konfrontation erlaubt. Wer jedoch Europa in Ost und West eine gesicherte und friedliche Zukunft verschaffen will, muß mit großer Sorgfalt und Nüchternheit bedenken, was jede Seite der anderen meint zumuten zu können und zu müssen. Einige Voraussetzungen liegen im politischen Bereich, der auf den militärischen zurückwirkt. So wird es in Europa keinen West/Ost übergreifenden Abbau von Mißtrauen geben können, solange auch nur zweifelhaft bleibt, ob die Deutschen bereit sind, die Grenzen von 1945 hinzunehmen und anzuerkennen. Wer die Grenzen in Frage stellt, zwingt die betroffenen Völker zu einer Politik der militärischen Absicherung. Für Polen kann diese Absicherung nur durch die Sowjetunion gewährleistet werden. Auch die DDR Führung wird die Sicherheit ihres Staatswesens in sowjetischer militärischer Präsenz finden müssen. Wer Vertrauen in Europa schaffen will, muß die Existenz der DDR nicht nur zur Kenntnis nehmen, er muß davon ausgehen, daß zwei deutsche Staaten auf absehbare Zeit auf dem Boden des ehemaligen deutschen Reiches bestehen. Nur mit der DDR und mit Polen, aber auch mit der Sowjetunion können die Verhältnisse gestaltet werden, nicht gegen sie. Wenn überhaupt, dann hätten unmittelbar nach Kriegsende im Zusammenwirken mit der Sowjetunion Lösungen für ein nicht geteiltes Deutschland im Rahmen einer auch die Sowjetunion einschließenden europäischen Friedensordnung gefunden werden müssen. Der bedenkenlose Weg in die Westintegration hat die Ostintegration der heutigen DDR aus den machtpolitischen Verhältnissen der Nachkriegszeit zwingend gemacht. Die verspochene Wiedergewinnung der Einheit aus einer Politik der Stärke war nichts anderes als eine Täuschung der damaligen Wähler, um die bitteren Konsequenzen der CDU-Politik zu verheimlichen. Die Möglichkeiten der Politik der fünfziger Jahre sind nicht zurückzuholen. Inzwischen steht mit der Absicherung der Grenzen der DDR und Polens auch sowjetisches Weltmachtprestige auf dem Spiel. Die Sowjetunion kann sich nach menschlichem Ermessen eine Abwendung von der Unterstützung der politisch nahestehenden Regime in ihrem Vorfeld nicht leisten.

Militärreform läuft darauf hinaus, daß die Reservisten nicht mehr ins Territorialheer gesteckt werden, sondern daß sie in den Einheiten, in denen sie ihren Wehrdienst abgeleistet haben, zum Einsatz kommen. Mit diesem Konzept steige die Kampfkraft der Armee und man brauche nicht schematisch an der Friedensstärke der Bundeswehr von 495 000 Soldaten zu kleben. Die Kriegsstärke von über 1,3 Millionen Soldaten bleibt bestehen. Trotzdem hat die Reaktion auf diesen Punkt besonders heftig reagiert, denn die Frage, wie Wehrpflichtige bei verkürztem Grundwehrdienst noch ausreichend für den Kriegseinsatz zu rechtgedrillt werden können, stellt von Bülow nicht.

Zu c.: Bei seinen Planungen bezieht von Bülow ausdrücklich die Überlegungen der europäischen Verbündeten mit ein und plant bereits mit der britischen Rheinarmee und der gerade aufgestellten französischen

schnellen Eingreiftruppe von 47 000 Mann. Diese "europäische Verteidigung" muß nach seinen Vorstellungen "zumindest konventionell" allein in der Lage sein, einen Krieg zu führen. Dies und der Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR und der CSSR sollen die Voraussetzung dafür sein, daß die amerikanischen Truppen in der BRD abgezogen werden können. Die NVA der DDR stünde dann mit ihrem Heer von 120 000 Mann und 1 500 Panzern der Bundeswehr mit einem Heer von 335 000 Mann und 3 500 Panzern gegenüber. Die verbündeten Truppen in der BRD sind dabei nicht einmal berücksichtigt, genausowenig wie die Tatsache, daß sich das BRD-Heer im Ernstfall sofort verdreifachen könnte, während die NVA gerade eine Verdoppelung hinbekäme. (3) Die Sowjetunion zu zwingen, dem Krieg um die europäischen Lösung der deutschen Frage tatenlos zuzusehen, hält von Bülow so für möglich: Wir verzichten

bei unserer Rüstung auf die Möglichkeit, mit Raketen die Zentren der Sowjetunion direkt anzugreifen, nehmen ihr dadurch die Rechtfertigung, sich bedroht zu fühlen; im Übrigen soll die Bedrohung der Sowjetunion mit US-Atomwaffen einseitig keineswegs abgebaut werden. An diesem Punkt unterscheidet sich von Bülow von der Kriegsplanung der Regierung, die bei der Lösung der deutschen und europäischen Frage eine Bekämpfung der Sowjetunion mit einschließt. Daher auch der große Ärger.

(1) Andreas von Bülow, Strategie vertrauensschaffender Sicherheitsstrukturen in Europa, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 13. und 14.9.85

(2) Andreas von Bülow. Alpträume West gegen Alpträume Ost. Ein Beitrag zur Bedrohungsanalyse, Bonn 1984.

(3) Österr. Militärische Zeitschrift 1/85— (jok, maf)

Internationaler Metallgewerkschaftsbund

IMB-Kongreß: Sozialdemokratisches gegen Internationalismus der Arbeiterbewegung

Zum ersten Mal in Asien, in Tokio, tagte vom 9. bis zum 14.6. 1985 der 26. Weltkongreß des Internationalen Metallgewerkschaftsbunds (IMB). 145 Organisationen mit etwa 13,5 Mio. Mitgliedern aus 72 Ländern waren vertreten.

Ein erster Eindruck ist: Die dort für die nächsten vier Jahre beschlossene Politik der Metallgewerkschaften ist über die IG Metall stark von den Vorstellungen der SPD geprägt. So ist die zentrale Entschliebung "Wirtschafts- und Sozialpolitik" (siehe nebenstehende Dokumentation) von dem Gedanken bestimmt, über die Förderung von Wirtschaftswachstum die Beschäftigung zu fördern und dadurch die Lage der Lohnabhängigen zu bessern. Grundsätzliche Kritik der kapitalistischen Verhältnisse ist nicht enthalten, nicht einmal angedeutet. Die konkreten Maßregeln sind von der SPD bekannt: Schaffung staatlicher Nachfrage nach Arbeitskraft durch Beschäftigungsprogramme, aber auch Dinge wie Zinssenkungen zur Erleichterung von Investitionen. Dazu Arbeitszeitverkürzungen zur Umverteilung von Arbeit. Die Festlegungen machen der internationalen Arbeiterbewegung verschiedene schwerwiegende Probleme. So zieht die Vorstellung, "daß der Welthandel zur Schaffung von Arbeitsplätzen weltweit beiträgt", die Arbeiterbewegung in den internationalen Konkurrenzkampf der jeweiligen nationalen Kapitale hinein. Ein schlimmes Beispiel lieferte die Debatte des Weltkongresses selber. So berichten die "imb-Nachrichten" 7/85 unter dem Stichwort "Höhepunkte des Kongresses" über "eine offenerzige Aussprache japanischer, nordamerikanischer, europäischer und südostasiatischer Delegierter über das Niveau japanischer Exporte und die geringfügigen Importe nach Japan". Und die Funktionärszeitschrift der IG Metall "Der Gewerkschafter" 7-8/85 ergänzt: "Die japanischen Kollegen haben zu erkennen gegeben, daß sie im exportorientierten Wachstum ihres Landes nicht das Allheilmittel auf Dauer sehen ...". Also: Westeuropäische und nordamerikanische Gewerkschaftsvertreter greifen japanische Gewerkschaftsvertreter wegen japanischer Handelspolitik an und drängen sie, sich in Japan für Freihandel stark zu machen. Es ist blanker Sozialchauvinismus, die Übernahme von Zielsetzungen der jeweils eigenen Kapitalisten gegen andere (hier die Forderung der BRD u.a. nach Öffnung der japanischen Märkte), bemäntelt als internationales Bemühen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Ein anderes Beispiel: Die Abhängigkeit der unterentwickelten Länder wird nicht gelockert, sondern verfestigt, wenn verlangt wird: "Schaffung und Durchführung eines Weltentwicklungsprogrammes gestützt auf umfassenderen Kapitaltransfer wie auch auf erhöhte Hilfe an Entwicklungsländer". Die Entwicklung gerade der letzten Jahre hat gezeigt: Nicht der "umfassendere Kapitaltransfer" aus den kapitalistischen Ländern kann die unterentwickelten Länder voranbringen, sondern im Gegenteil ein sozialistischer Aufbau, gestützt auf die eigenen Kräfte verbunden mit der Lösung aus dem kapitalistischen Weltmarkt. Die sozialdemokratische Vorstellung, nicht gegen, sondern als kritischer Begleiter des imperialistischen Kapitals eine fortschrittliche Entwicklung in den Zielländern des

Linie die Schwarzen treffen ... Dies jedoch würde gerade den schwarzen IMB-Mitgliedsgewerkschaften die Mitgliederbasis und damit ihre Aktionsfähigkeit entziehen ..."

Abgesehen davon, daß nicht gesagt wird, welche Vertreter welcher schwarzen Gewerkschaften sich gegen Wirtschaftsboykott ausgesprochen haben; abgesehen davon, daß sich die südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbände CUSA und FOSATU in unterschiedlicher Weise für Wirtschaftsboykott ausgesprochen haben: Nach dieser Logik dürfte das imperialistische Kapital in Südafrika überhaupt nicht geschwächt werden. Es ließe sich sogar seine Stärkung als Interesse der Arbeiterbewegung rechtfertigen. Die Sache steht auf dem Kopf. In Wirklichkeit bilden die schwarzen Arbeiter die Gewerkschaften zum Kampf gegen die Kapitalisten, einheimische wie ausländische, für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Beseitigung der rassistischen Unterdrückung und der Ausbeutung. Diese Ziele verlangen eine Schwächung gerade auch der ausländischen



Letztes Jahr nahm der IMB-Ausschuß Südafrika die Arbeit wieder auf, nachdem zwei weiße rassistische Gewerkschaften ausgeschlossen worden waren und sich drei nichtrassistische Gewerkschaften neu angeschlossen hatten.

Kapitalexports zu fördern, schadet Emanzipationsinteressen dieser Länder bzw. der Arbeiter und Bauern in diesen Ländern.

Das wird auch an der Entschliebung "Südafrika" deutlich. Einerseits spiegelt sie die Stärkung und große Bedeutung der schwarzen Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften wider. Andererseits spart sie die Forderung nach Wirtschaftsboykott Südafrikas sorgsam aus. "Der Gewerkschafter" 7-8/85 schreibt zur Begründung: "Gestützt auf die Diskussionsbeiträge der schwarzen Kollegen aus Südafrika nahm der IMB die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott oder Desinvestment nicht in seiner Südafrika-Entschliebung auf. Ein Wirtschaftsboykott oder ein Rückzug von ausländischen Investitionen würde in erster

Kapitale in Südafrika. Die Beseitigung der Ausbeutung ist nicht möglich ohne Enteignung auch des ausländischen Kapitals und Unterbindung seiner Betätigungsmöglichkeiten. Diesen Interessen widerspricht ein Wirtschaftsboykott gegen Südafrika nicht, ganz im Gegenteil.

Wenn sich Hans Mayr als alter und neuer Vorsitzender des IMB und Franz Steinkühler als Mitglied der Entschliebungskommission nicht für Wirtschaftsboykott stark machen wollten, dann nicht aus Sorge um die schwarzen Gewerkschaften, sondern weil sie den Konflikt mit den (westdeutschen) Monopolen in dieser Frage scheuen. In Bonn, aber auch in den Chefetagen in Wolfsburg, München, Stuttgart usw. wird man es dankbar registriert haben.— (rok)

Auszüge aus Entschliefungen des 26. IMB-Weltkongresses

Der Kongreß faßte Entschliefungen zu den Themen Weltfrieden; Menschen- und Gewerkschaftsrechte; Wirtschafts- und Sozialpolitik; Technologien, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse; Neue Trends in der gewerkschaftlichen Erfassung der Angestellten; Gesundheit und Sicherheit; Entwicklungsländer; Jugendarbeitslosigkeit; Chancengleichheit und Gleichberechtigung; Südafrika; Für die Rechte ausländischer Arbeitnehmer und gegen Rassismus und Fremdenhaß; Ideenkommunikation und Massenmedien; Neukaledonien.

Aus der Entschliefung "Wirtschafts- und Sozialpolitik"

... Maßnahmen für Vollbeschäftigung und verbesserte Lebensstandards

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund, in Verfolgung seines "Aktionsprogramms zur Schaffung von Arbeitsplätzen"

* konzentriert sich auf nachstehende wichtigste wirtschaftliche und soziale Forderungen:

- konzentrierte nationale, regionale und globale Anstrengungen von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften für eine gezielte Wirtschaftsentwicklung und qualitatives Wachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit gerechten Arbeits- und Sozialbedingungen, um die gewaltigen menschlichen Bedürfnisse in der ganzen Welt befriedigen zu können;

- die Anpassung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen an den technologischen Wandel und gerechte Handelsbedingungen, falls erforderlich auf dem Weg über vorübergehende Beihilfen zur Sicherung der Beschäftigung und für bessere Lebensstandards;

- energische öffentliche Programme und spezifische Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen, um die Wirtschaft zu beleben und eine langfristige Beschäftigungssicherung einzuleiten;

- umfassende Vorkehrungen und Einrichtungen für Allgemeinbildung, Grundausbildung, ständige Weiterbildung und Stellenvermittlung als ein Hauptinstrument einer Vollbeschäftigungspolitik, mit besonderem Nachdruck auf die am schwersten Betroffenen wie Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Wanderarbeiter und Frauen;

- fristgerechte Planung und wirksame Durchführung von Industrie- und Regionalmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Vorbereitung auf den strukturellen Wandel;

- Senkung der Zinssätze auf ein Niveau, das arbeitsplatzschaffenden Investitionen förderlich ist;

- eine Steuerpolitik und Strukturreformen, spezielle steuerpolitische Maßnahmen und eine Kreditpolitik mit bindenden Verpflichtungen, um die Ziele einer auf Vollbeschäftigung ausgerichteten Politik zu erreichen;

- wirksame Zusammenarbeit der Regierungen zur Förderung und Koordinierung von Investitionen in Unterstützung auf nationaler Ebene durchzuführender gezielter Beschäftigungs- und Sozialmaßnahmen;

- wirksame Maßnahmen im Kampf gegen Einkommensungleichheiten und für bessere Lebensbedingungen zur Befriedigung der Bedürfnisse in so lebenswichtigen Bereichen wie Wohnungsbau, Städtesanierung, Bildungswesen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und Umweltschutz;

* fordert die umfassende Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Rechte sowie die Ausdehnung des Tarifwesens unter voller Autonomie der Sozialpartner und besteht nachdrücklich auf nachstehenden wesentlichen Maßnahmen auf dem Weg über Tarifverhandlungen wie durch Gesetze:

- Einkommenssicherheit, Verbesserungen der Sozialleistungen und Lebensstandards;

- umfassende Arbeitszeitverkürzungen in ihren verschiedenen Formen ohne Einkommensverlust und ohne überhöhte Arbeitslast mit besonderem Nachdruck auf ihre Möglichkeiten zur Sicherung und Schaffung von Beschäftigungen;

- Abschluß von Abkommen über neue Technologie und Schaffung nationaler dreigliedriger Gremien zur Überprüfung und Kontrolle der Fortschritte neuer Technologie und ihrer Folgen für die Arbeitsplätze ...

Aus der Entschliefung "Südafrika"

... Der Kongreß stellt fest, daß

- * die IMB-Mitgliedsverbände in Südafrika trotz der Schwierigkeiten, in einem Apartheidstaat zu arbeiten, seit dem 25. Kongreß in Washington im Jahre 1981 ihren Kampf erfolgreich fortgesetzt haben;

- * die Reihen schwarzer Metallgewerkschaften erheblich gestärkt worden sind. Die Gewerkschaftsrechte sind in den Bereichen Anerkennung und Betriebsratswahlen erweitert worden;

- * erfolgreiche Streiks und Rechtsstreite zu Lohnerhöhungen, verbesserten Arbeitsbedingungen, Mutterschutz und Wiedereinstellung gemäßregelter Arbeitnehmer geführt haben;

- * die Bildungsarbeit das gewerkschaftliche Selbstbewußtsein gestärkt hat;

- * der Ausschluß zweier rassistischer Gewerkschaften aus dem IMB die Organisation bei weitem nicht geschwächt hat, sondern vielmehr die Wiederbelebung des südafrikanischen IMB-Ausschusses und den Beitritt dreier zusätzlicher Gewerkschaften zur Folge hatte;

- * Metallarbeiter in der Vereinigungsbewegung, die mindestens 30000 Gewerkschafter aus allen Sektoren erfassen wird, eine führende Rolle spielen.

Der Kongreß

- * beklagt, daß im wirtschaftlichen Bereich vor allem die Schwarzen weiterhin die Opfer von Inflation und Arbeitslosigkeit sind;

- * appelliert an alle IMB-Mitgliedsverbände, ihre materielle, politische und moralische Unterstützung an die IMB-Verbände in Südafrika zu intensivieren.

- * Dies sollte Proteste an die südafrikanischen Behörden gegen an der Bevölkerung begangene Greuelthaten umfassen, Streikhilfe, Unterstützung bei Bildung und Organisation, Mobilisierung von Gewerkschaften in Muttergesellschaften zur Hilfe an Arbeitnehmer in deren südafrikanischen Tochterunternehmen.

- * Alle Formen von Druckausübung einschließlich wirtschaftlicher Art, wie Rückzug von Investitionen aus Gesellschaften, die sich weigern, Gewerkschaftsrechte anzuerkennen, oder sich dem Abbau der Apartheid entziehen, müssen aktiv unterstützt werden im Rahmen der von den unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika gesteckten Ziele ...

Der Kongreß ...

- * verurteilt in schärfster Form die Länder und Sympathisanten des Apartheidregimes in Südafrika, die es möglich gemacht haben, daß dieses unrechtmäßige System auf Kosten der Menschenrechte existieren kann und ruft dazu auf, die Lieferung sämtlicher militärischer Ausrüstungen an Südafrika einzustellen;

- * verpflichtet sich zur aktiven Solidarität im Kampf für seine Beseitigung mit dem Ziel, eine Gesellschaftsordnung auf der Grundlage gleicher Rechte, sozialer Gerechtigkeit und des allgemeinen Wahlrechts für alle Südafrikaner zu schaffen, damit dieses Land ein würdiges Mitglied der internationalen Völkergemeinschaft wird.

USA

Dollarabwertung: Die US-Kapitalisten versprechen sich jetzt was davon

Präsident Reagan ist 1981 mit dem Versprechen angetreten, die USA wieder an die Weltspitze zu setzen, und zwar politisch, ökonomisch und militärisch. Die ersten Maßnahmen waren umfangreiche Steuersenkungen für die Kapitalisten, Senkung der Sozialausgaben und starke Steigerung der Rüstungsausgaben. Zugleich setzte die neue Regierung mit der Entlassung aller streikenden Fluglotsen ein amtliches Signal für den Angriff auf den Lohn mittels der Zerschlagung der Gewerkschaften in den Betrieben. Die Rezession und Produktionsverlagerungen ins Ausland erzeugten den Druck auf dem Arbeitsmarkt, der es den Kapitalisten erlaubt, Lohnsenkungsabschlüsse durchzusetzen. Dennoch: Bis 1983 haben die Kapitalisten für die Steuergeschenke offensichtlich profitablere Anlage gefunden als neue Industrieanlagen. Es fand ein gewaltiger Kapitalfluß ins Ausland (über 100 Mrd. Dollar 1981 sowie 1982) statt. Weniger als 10% davon waren Direktinvestitionen. Der größte Teil waren Kredite.

Die frohe Botschaft einer neuen US-Regierung, die vehement gegen die Arbeiterklasse vorzugehen und die Profitaussichten zu bessern versprach, verbunden mit einem hohen Zinssatz, lockte das frei vagabundierende Geldkapital aus der ganzen Welt an, was den Dollarkurs in die Höhe trieb. Auch dieser Kapitalzufluß war nur zu einem Viertel in Direktinvestitionen. Der hohe Dollarkurs verschlechterte die Konkurrenzsituation der US-Kapitalisten im Warenexport. Dafür dämpften die verbilligten Importe von Waren für den Konsum der Massen die Inflation und verschleierten die Auswirkungen der Lohnsenkungen. Die US-Bourgeoisie ist zunächst über das Warenhandelsbilanzdefizit nicht übermäßig beunruhigt: Der Export macht nur 7% des Brutto-sozialprodukts aus, gegenüber 20 bis 25% bei den europäischen Konkurrenten und 13% bei Japan, etwa 25% der produzierten Waren gehen in den Export gegenüber 50 bis 60% bei den europäischen Ländern und knapp 40% bei Japan. Die Verschlechterung der Warenhandelsbilanz von Überschüssen zu Defiziten ist nichts Neues, sondern eine seit 20 Jahren anhaltende Tendenz trotz aller Schwankungen des Dollarkurses. Bis 1982 konnten die USA ihre Zahlungsbilanz aus dem Überschuß von transferierten Gewinnen in etwa ausgleichen.

Das andere Defizit, das Haushaltsdefizit, ist bewußt erzeugt und entspricht in seiner Höhe etwa den Steuernachlässen an die Kapitalisten. Die

US-Bourgeoisie hat nichts dagegen, daß das ausländische Kapital sich in festverzinslichen Schuldverschreibungen anlegt und das Defizit finanziert. Denn unter dem Strich bleibt, daß das ausländische Kapital den US-Kapitalisten langfristige Kredite zu festem Zinssatz gibt, ohne direkten Zugriff auf die mit Hilfe dieser Kapitalien gewonnenen Profite zu haben.

Seit Mitte 1983 scheint den US-Kapitalisten "das Klima" wieder günstiger, die Investitionen in Produktionsanlagen steigen kräftig an. Von 1982 bis 1985 gelingt es ihnen, weitere Lohnsenkungsabschlüsse zu erzwingen und in den Konzessionen "Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung" festzuschreiben. Im Anschluß an Firmenaufkäufe sind überschüssige und weniger profitable Produktionsanlagen beseitigt worden. Der riesige amerikanische Binnenmarkt zeigt eine beständige Ausweitung. Die neuen großen Rüstungsprojekte kommen ins Rollen und garantieren sichere Profite. Die Grundlagen für einen neuen Vorstoß auf dem Weltmarkt sind gelegt.

Politisch fällt diese Phase mit dem

wachsendes Budgetdefizit, Außenhandelsdefizit und ein auf Dauer überhöhter Dollarkurs zu einem internationalen Währungskrach führen. Es muß etwas geschehen. Interessant ist, zu sehen, wer bestimmt, wann was geschieht. Das scheinen die US-Imperialisten zu sein. Seit zwei Jahren verlangen die EG-Imperialisten, daß die USA zusammen mit ihnen etwas unternehmen, um den Dollarkurs zu senken. Im Februar 1985 erklärt sich die USA endlich bereit, an einem konzentrierten Dollarverkauf teilzunehmen. Zehn Milliarden Dollar werfen die EG-Länder auf den Markt. Die US-Bundbank steuert ganze 700 Mio. Dollar bei. Der Dollar fällt kurz und zieht dann wieder an. Jetzt im August, September ist man in US-Kapitalistenkreisen zu der Ansicht gekommen, daß es Zeit ist, den Dollarkurs zu senken. Wie überzeugt man die europäischen Konkurrenten, daß es je t z t sein soll, wo man sie noch beim Bonner Wirtschaftsgipfel hingehalten hat? Man heizt die seit Jahren im Kongreß schwelende Protektionismusdebatte in den Medien kräftig an und bringt einige der über 300 eingebrachten Gesetzesvorlagen durch die entsprechenden Ausschüsse. Die ganzen letzten Jahre haben die USA protektionistische Gesetze erlassen, z.B. die Importquoten für Textilien ständig herabgesetzt. Dennoch, die Drohung mit



Am 22.9. berieten in New York die Finanzminister und Notenbankchefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Japans und der BRD. Offiziell hieß es nachher, man wolle den Dollarkurs senken und einen Handelskrieg vermeiden.

Beginn der zweiten Amtszeit Reagans zusammen. "Das war noch gar nichts", war Reagans überschäumende Parole nach seiner Wiederwahl. War Reagans erste Amtszeit die Vorbereitung, so soll in seiner zweiten Amtszeit der Plan, die USA wieder in ihre alte Weltmachtposition zu bringen, in die Tat umgesetzt werden. Die Unverschämtheit, mit der die US-Imperialisten seit Reagan in der ganzen Welt auftreten, zeigt, daß sie sich ziemlich sicher sind.

Es ist klar, daß ein ungehemmt

Protektionismus macht die exportabhängigen europäischen Kapitalisten unruhig, auch wenn die Importbarrieren hauptsächlich gegen Japan, Taiwan, Südkorea, Hongkong und Brasilien gerichtet sein würden, die Länder, mit denen die USA etwa die Hälfte des Außenhandelsdefizit hat. Auch sind sie besorgt, daß es ihnen so gehen könnte wie den US-Imperialisten mit ihren faulen Krediten an lateinamerikanische Länder. Die Gläubigerländer der USA müssen sich Sorgen machen über das Wohlergehen ihres Konkur-

renten. Es ist schon grotesk und eine Umkehrung des bekannten Klagelieds — "Der hohe DM-Kurs behindert unsere Exporte" —, daß die Exportkapitalisten die Abwertung des Dollars verlangen.

Bei einer kontrollierten Dollarabwertung gewinnt die US-Bourgeoisie, weil die Gläubiger ihrer Staatsschuld und Kredite weniger für die Zins- und Rückzahlungs-Dollars bekommen, es sei denn, sie kaufen in den USA. Die Exporte der US-Kapitalisten werden billiger, die ihrer Konkurrenten in die USA teurer. Für alle Länder außer den USA werden die Erdölimporte, weil in Dollar gehandelt, billiger. Die erdöl-exportierenden Länder können weniger dafür kaufen, es sei denn, sie kaufen bei den US-Imperialisten. Die Imperialisten aller Länder versprechen sich eine Belebung des Welthandels. Die US-Imperialisten sind offensichtlich der Ansicht, daß sie jetzt gerüstet sind, um sich von dieser Belebung einen großen Brocken einheimsen zu

können. Wallstreet habe sehr freundlich auf die Konferenz und Beschlüsse der Außenminister und Notenbanker reagiert, schreibt "Business Week". Die Aktien stiegen.

Die US-Kapitalisten werden den neuen, gesenkten Lohnstandard als Ausgangspunkt für weitere Lohnsenkungen nützen. Verteuerte Importe und protektionistische Maßnahmen, die trotz Dollarabwertung kommen werden, werden die Inflation anheizen. Das Budgetdefizit dient dazu, jede Schweinerei gegen die Werktätigen zu begründen. Und wenn wegen des gefallen Dollars sich nicht mehr genügend Geldkapital andient, das Defizit zu finanzieren, wird das den Grund liefern, die Sozialausgaben noch viel brutaler zu kürzen. Der Pakt zwischen den Gewerkschaften und den Kapitalisten für Protektionismus fördert die Verbreitung von Reagans reaktionärer Ideologie der Volksgemeinschaft. Das Vorgehen der US-Kapitalisten setzt einen Standard für das Vorgehen der



Gewerkschaftstag Handelsschiffahrt Februar 85. Transparentbeschriftung: "Neue Tagesordnung. Produziere in den USA, kaufe US-Produkte, transportiere auf US-Schiffen".

Kapitalisten der anderen Länder gegen ihre jeweilige Arbeiterklasse. Bei dem Treffen der Außenminister und Banker haben sich alle gegenseitig versprochen, die negativen Auswirkungen ihrer Beschlüsse von der eigenen Arbeiterklasse wieder reinzuholen.

Quellenhinweis: Statistical Abstract of the United States 1985; Survey of Current Business, Juli 1985; Economic Indicators, Sept. 1985; International Economic Indicators, März 1985 — (ger, her)

Reagans Handel: "frei, aber fair"

Einen Tag nach dem Treffen der Fünf (USA, Frankreich, Großbritannien, Japan, BRD) zur Frage der Dollarabwertung verkündete Reagan seine Version eines freien und fairen Welthandels durch insbesondere drei Maßnahmen, für die sich seine Regierung einsetzen werde:

- ein 300 Mio. Dollar-Fonds für Exportkredite, um solchen Unternehmen fairen Zugang zum Weltmarkt zu verschaffen, deren Konkurrenten durch Subventionen ihrer Regierung gestützt werden.

- Einrichtung einer "Feuerwehr", die unfaire Handelspraktiken aufdecken soll, sowie die Entwicklung und Ausführung von Gegenmaßnahmen.

- Einberufung einer neuen GATT-Runde zur internationalen Koordinierung des Welthandels.

Nicht erwähnt hat Reagan in seiner Rede, daß er z.B. amerikanische Pharmaprodukte zum Export freigeben will, auch wenn sie in den USA noch nicht zugelassen sind.

Protektionismus

Die AFL-CIO News vom 31.8.85 enthält einen Vordruck mit der Aufforderung an seine Mitglieder, ihn an ihre Kongreßabgeordneten zu schicken: "Lieber ..., ich beschwöre Sie hiermit, eine Handelsgesetzgebung zu unterstützen, die unfaire Handelspraktiken des Auslands und die Importschäden eindämmt. Nur eine entsprechende Gesetzgebung ist in der Lage, Millionen amerikanischer Arbeitsplätze zu retten."

Congressional Quarterly, 14.9.85: Gesetzgebungen betreffend den internationalen Handel sind in der Wo-

che vom 9. September an die Spitze der Tagesordnung im Kongreß gerückt. Mitglieder beider Parteien beeilten sich, die Initiative zu ergreifen.

Prominenter Demokrat im Repräsentantenhaus: "Der Kongreß soll sich zum Jahresende nicht vertagen, bevor wir nicht ein strenges Gesetz verabschiedet haben, daß endlich eine nationale Handelspolitik festlegt."

Der Führer der republikanische Senatsmehrheit sagte, nichts könne die Verabschiedung eines irgendwie gearteten protektionistischen Gesetzes aufhalten.

Drei Gesetzentwürfen werden aus einer Vielzahl von Vorlagen die besten Chancen eingeräumt:

- Entwurf 1 würde Importe insbesondere aus Japan, Taiwan, Südkorea und Brasilien mit 25% Einfuhrabgaben belegen, wenn diese Länder nicht bereit seien, ihre Märkte für US-Exporte zu öffnen.

- Entwurf 2 sieht weltweite Textileinfuhrbeschränkung in die USA um etwa 30% vor.

- Entwurf 3 würde insgesamt eine Handelspolitik festschreiben, nach der vom Import bedrohte US-Industrien geschützt werden und wonach die US-Regierung Maßnahmen gegen sogenannte unfaire Handelspraktiken anderer Länder ergreifen werde.

Presse zum Dollarkurs

New York Times, 24.9.85: Aktienkurse ziehen an als Antwort auf die Abmachungen über den Dollar ... Hersteller von Pharmazeutika, Computerhersteller und andere Firmen mit großem Anteil von internationalem Geschäft verbuchten die größten Gewinne.

Spanien

Expansionsbasis für internationale Automobilkonzerne

Die gegenwärtigen Verkaufsverhandlungen zwischen dem VW-Konzern und der spanischen Regierung über einen 51%-Anteil am SEAT-Konzern sind nur der vorläufige Abschluß für eine Entwicklung, die Mitte der 70er Jahre begonnen hat: Die internationalen Automobilkonzerne haben die spanische Automobilproduktion zur Expansionsbasis für Niedriglohnproduktion und für den Export in die EG, nach Nordafrika und Lateinamerika ausgebaut. Die spanische Regierung wurde zu Sanierungsinvestitionen wie im Falle SEAT — nach dem Rückzug von Fiat aus dem SEAT-Konzern — und zu riesigen Erschließungsinvestitionen für neue Produktionsanlagen z.B. in Valencia genötigt.

Seit Mitte der 70er Jahre steigt die Zahl der in Spanien produzierten Fahrzeuge sprunghaft an. 1976 betrug die Gesamtproduktion an PKWs 753000, 1977 bereits 999000, 1981 858000, 1982 925000 und 1983 1162000. Damit wurden im Jahre 83 in Spanien etwa halb soviel PKWs produziert wie in Frankreich und etwas weniger als 1/3 der westdeutschen Produktion. In der LKW-Produktion

sind die Größenverhältnisse ähnlich.

Diese Gesamtproduktion teilen sich internationale Konzerne, in der Reihenfolge ihrer Produktionsgrößen: SEAT, bis zum Verkauf seiner Beteiligung an den spanischen Staat eine Lizenzproduktion von FIAT, Renault, Ford, Citroen und Chrysler. Die Produktionssteigerung von 1976 auf 1977 ist im wesentlichen das Ergebnis der Großinvestitionen von Ford. Ford verzehnfachte 1977 seine Produktion mit der Herstellung des Modells "Fiesta" in Valencia. Gleichzeitig nötigte Ford die spanische Regierung bereits damals zu richtungsweisenden Zugeständnissen: 66% der Ford-Produktion sind für den Export bestimmt, bis zu 50% der Vorprodukte können importiert werden.

In der Rangliste der westdeutschen Direktinvestitionen steht Spanien an vierter Stelle. Wenn der SEAT-Verkauf abgeschlossen ist, wird der VW-Konzern damit den größten Anteil der spanischen Automobilindustrie kontrollieren. Die westdeutschen Konzerne demonstrieren derweilen, daß das nur der Anfang sein soll. Den Chef der BMW-Niederlassung in Madrid zitiert die "Wirtschaftswoche": "Ich teile das immer in eine Vor- und Nach-Ford-Epoche ein. Ford hat Qualitätsstandards geschaffen, und der Anpassungsprozeß hat stattgefunden." Und für die Zukunft: "Firmen, wie der Computerbauer Nixdorf, die seit kurzem auch in Toledo produzieren, mögen demnächst ähnliche Wirkungen zeigen."

Quellenhineis: Worldwide Automotive Activity 1977, Punto y Hora 8/85, El Pais, Wirtschaftswoche, versch. Ausgaben.— (chc)

Österreich

Lohntarifverhandlungen begonnen

Am 23.9. begann in Wien die erste Gehaltsverhandlungsrunde für die 770000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Sie fordern ab dem 1.1.1986 eine Gehaltserhöhung von 5,5% — mindestens aber um 600 Schilling (ca. 84 DM). Die Arbeitszeitverkürzung sei nicht zur Sprache gekommen, erklärte der Vorsitzende der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, Rudolf Sommer, nach einstündiger Verhandlung. Für die Arbeitgeber betonte Staatssekretär Löschnak, die Arbeitszeitverkürzung sei derzeit kein vorrangiges Problem im öffentlichen Dienst. Ein Angebot für Gehaltserhöhungen wurde nicht unterbreitet. Finanzminister Vranitzky hat für die Erhöhung der Beamtengehälter maximal 2,5% vorgesehen. Die Verhandlungen werden am 17. Oktober fortgesetzt.

Die Beschäftigten im öffentlichen

Dienst — immerhin ein Zehntel der Gesamtbevölkerung — werden im Vorfeld der Lohnrunde seit Monaten in der Presse als Faulenzer und Großverdiener miesgemacht: Wie soll "der Österreicher" sich identifizieren mit Beamten, die mittels versteckter Kamera angeblich während der Arbeitszeit beim Tischtennis- oder Schachspielen aufgenommen wurden; wie soll er sich identifizieren mit einem Beamten, der laut "Profil" mit seinem Einkommen um das Zehnfache über dem eigenen liegt? Wohlgerichtet: die Zeitschrift hat das "durchschnittliche" Einkommen der Beamten veröffentlicht — danach steht der ORF-Generalintendant Bacher mit seiner einer Mio. Schilling pro Jahr auf der gleichen Stufe wie der Kabelzieher beim ORF mit höchstens 100000 Schilling. Die ganze Kampagne sollte die Beschäftigten im öffentlichen Dienst vor der Bevölkerung schlecht machen — es ist nicht geglückt, und die Forderung ihrer Gewerkschaft ist eher erfreulich.

1984 haben die österreichischen Arbeiter und Angestellten durchschnittlich Reallohnverluste um 1,5% hinnehmen müssen, nachdem 1982/83 die Reallöhne jeweils im Schnitt um 0,5% sanken. Für eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche, die betriebsintern aufs Jahr verrechnet werden kann, haben sich die Arbeiter in der Druck- und Zuckerindustrie, die ohnehin saisonal abhängig ist, verpflichtet müssen, ab April 1985 auf die Hälfte der vereinbarten Lohnerhöhung zu verzichten.

Im Oktober stehen die Lohntarifverhandlungen in der Metallindustrie an. In bezug auf die Arbeitszeitverkürzung erklärte bereits im Mai der Arbeitszeitexperte der Bundeskammer, Dollinger: "Ein paar Dinge kann man für die Metaller-Runde klar ausschließen: Darunter ist erstens ein 35-Stunden-Abschluß, so was kommt keinesfalls, auch nicht in Etappen. Und zweitens kann ich mir nicht vorstellen, daß es irgendeine Form der AZV gibt, ohne daß gleichzeitig auch in Richtung Flexibilisierung der Arbeitszeit etwas geschieht."

Die Metallarbeitergewerkschaft steht da tatsächlich vor einem Problem: Der ÖGB-Kongreß Ende 1983 hat sich nicht für eine einheitliche, gesetzlich festgelegte Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, es aber den einzelnen Betrieben und Branchen freigestellt, kürzere Arbeitszeiten je nach Lage auszuhandeln. Mittlerweile existieren etliche Betriebsvereinbarungen — vor allem in krisenabhängigen Betrieben —, in denen auf Zeit (z.B. Steyr-Daimler-Puch) die 38-Stunden-Woche praktiziert wird. Das bedeutet eigentlich unbezahlte Kurzarbeit.

Quellenhinweis: Salzburger Nachrichten 24.9.; Presse 31.8./1.9., Profil, div. Ausgaben — (rua)

Großbritannien

Thatcher treibt Gemeinden in den Bankrott

Der von der Labour-Partei kontrollierte Stadtrat von Liverpool hat "vorsorglich" mehr als 30000 Beschäftigte zum Jahresende entlassen. Dann nämlich wird der Stadtrat über keinerlei Mittel mehr verfügen. Grund für den bevorstehenden Bankrott ist die Politik der Regierung Thatcher gegenüber den Gemeinden und ihren Finanzen.

In Großbritannien erheben die Gemeinden die Steuern auf Grund und Boden, die "Rates". Weil diese Steuern lageabhängig und damit für Innenstadtbereiche sehr hoch sind, die Kapitalisten mit ihren Läden und Büros entsprechend zahlen müssen, ist die



Sheffield: Eintägiger Streik gegen Haushaltskürzungen.

Kürzung — möglichst Abschaffung — dieser Steuer ein erklärtes Ziel der Regierung Thatcher. Von den Hauseigentümern in teuren Gegenden erfährt sie dabei lebhafteste Unterstützung. Den Gemeinden wurde als Einstieg die Kürzung der Rates auferlegt, bei Nichteinhaltung dieser Weisung kürzt die Regierung ihren Zuschuß.

In Liverpool erhöhte der Stadtrat entgegen dieser Vorschrift die Rates um 9%. Aber selbst diese Erhöhung resultierte in einem Haushaltsdefizit von 30 Mio. Pfund. Als Strafe für die Erhöhung strich die Regierung Zuschüsse in Höhe von 87 Mio. Pfund, so daß die Stadt Ende des Jahres pleite sein wird. Der Stadtrat lehnt die von der Regierung geforderte Alternative ab, die Kürzung der Beschäftigtenzahl um etwa 10000 und Streichung entsprechender Dienstleistungen bzw. "Privatisierung" städtischer Betriebe und Einrichtungen.

In Liverpool und anderen Städten Großbritanniens wird die Kampagne gegen die Erpressung der Regierung mit gutem Grund von den Gewerkschaften unterstützt. Denn ganz ab-

gesehen von den geplanten Entlassungen und den Verschlechterungen der Lebensbedingungen bedeutet die "Privatisierung" niedrigere Löhne für die danach bei den Kapitalisten beschäftigten Arbeiter.

Die Kürzung der Gemeindehaushalte hat direkte Auswirkungen auf die Wohnsituation der armen Arbeiter, die keine eigenen Häuser haben. Sie können praktisch nur in der Gemeinde gehörenden Sozialwohnungen leben, private Mietwohnungen gibt es kaum. Aber die Gemeinden bauen jetzt keine Wohnungen mehr und sanieren vorhandene Bestände nicht. Der Stadtrat von Edinburgh in Schottland z.B. hat 13 000 Familien und Einzelpersonen auf den Wartelisten für Sozialwohnungen. 15 000 seiner Wohnungen sind feucht, es fehlt das Geld zur Abhilfe.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot lassen die Obdachlosigkeit ansteigen: Allein in England gibt es jetzt mehr als 80 000 gemeldete Obdachlose. Damit deren "Mobilität bei der Arbeitssuche" nicht erlahmt, hat die Regierung sich Maßnahmen einfallen lassen, die stark an die Gesetzgebung gegen Vagabunden von 1530 an erinnert: Arbeitslose Obdachlose unter 26 dürfen sich in der Regel nur vier Wochen an einem Ort aufhalten (zwei Wochen in Küstenstädten, acht Wochen in London und anderen Großstädten). Bleiben sie länger, wird ihre Sozialhilfe gestrichen. Mehr als 50 000 Leute sind von dieser Regel betroffen. Außerdem hat die Regierung Thatcher die Sozialhilfesätze für arbeitslose Obdachlose gesenkt, früher lagen sie zwischen 40 Pfund und 110 Pfund pro Woche (umgerechnet 620 DM bis 1 700 DM im Monat), jetzt nur noch zwischen 40 Pfund und 70 Pfund (1 100 DM im Monat). Früher erhielten Paare das Doppelte, jetzt 1,75 mal den Satz für Einzelne.

Quellenhinweis: Financial Times, Economist, Labour Research, versch. Ausgaben— (hef)

Brasilien

Agrarreform: "Grüne Revolution" gescheitert

Im Nordosten, dem Gebiet der riesigen Latifundien, machen ihre Besitzer Front gegen die Regierungspläne, mit Entschädigung zunächst brachliegendes staatliches und privates Land an 150 000 Landlose zu verkaufen. Auf Versammlungen erklärten ihre Vertreter, "ihr Eigentum mit Waffengewalt zu verteidigen".

Der Druck der "Landlosen-Bewegung", die Erfolge der Landarbeitergewerkschaften und der fortschreitende Organisationsgrad unter der Landbevölkerung und die politische Unterstützung durch Oppositions- und

Teilen der Regierungspartei verstärken die Kritik am Großgrundbesitz und an der Agrarexportwirtschaft. Die Regierung führt die katastrophale Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln als wichtigen Grund für die Agrarreform an.

Tatsächlich sank die Produktion der wichtigsten Nahrungsmittel von 1979 auf 1983 bei Reis von 65,4 auf 60,4 kg/Kopf; bei Kartoffeln von 18,5 auf 14,2; bei schwarzen Bohnen von 18,8 auf 12,4; bei Maniok von 214,8 auf 169,5 und bei Weizen von 25,2 auf 17,7. Während der Dürre im Nordosten in den letzten Jahren starben fast 3 Mio. Menschen an Hunger und Durst. Die brasilianische "grüne Revolution" der Militärs und ihrer imperialistischen Freunde bestand vor allem darin, durch Agrarkredite, Steuergutschriften, Währungsabwertungen, Exportsubventionen usw. die Konzentration des Landbesitzes und die Produktion von Exportkulturen voranzutreiben.

Noch 1967 wurden 63% der Landwirtschaftsfläche für die Binnenversorgung und 37% für Exportkulturen genutzt, heute lassen Großagrarien

bei einer Ausweitung der Gesamtanbaufläche um 55% auf fast 50% der Fläche produzieren. Mit den Kleinbauern verschwand auch die Grundnahrungsmittelproduktion. Gleichzeitig stiegen Kosten und Auslandsverschuldung: 1979 mußten für 1,6 Mrd. US\$ Agrargifte, Kunstdünger usw. importiert werden; für weitere 1,5 Mrd. US\$ Weizen, Mais, Reis und Bohnen. Trotz gestiegenen Verbrauchs von Kunstdünger auf den Monokulturen der tropischen Böden um über 1 000%, von Agrargiften um 400% und trotz gestiegenen Bestandes an Traktoren um 380% nahm die Produktivität der Exportwirtschaft nur um 4,8%, in den bäuerlichen Kleinbetrieben hingegen noch um 6,1% zu.

Die Agrarreformpläne deuten daraufhin, daß die Regierung die exportorientierte Latifundienwirtschaft nicht wesentlich antasten will. Über die Förderung des kleinbäuerlichen Eigentums soll die Versorgungslage entschärft werden.

Quellenhinweis: Brasilienauschnittendienst 8/85; Lateinamerika. Analysen — Daten — Dokumentation, 3/85. — (sie)

Südpazifik

Vertrag für atomwaffenfreie Zone im Südpazifik kein Hindernis für USA/Frankreich

Auf ihrem letzten Treffen Anfang August im Rahmen des South Pacific Forum beschlossen die Staatschefs von Australien, Neuseeland, Fiji, der Cook-Inseln, von Niue, Kiribati, Tuvalu und West-Samoa einen Entwurf für eine regionale atomwaffenfreie Zone im Südpazifik. Der Vertragsentwurf war vom Ministerpräsidenten der australischen Labour-Regierung, Hawke, vorgelegt worden. Auch die Staaten Tonga, Nauru, Papua-Neu-

Guinea und Solomon-Inseln haben sich bereit erklärt, dem Vertrag beizutreten. Der Staatschef von Vanuatu dagegen erklärte, der Vertragsentwurf gehe nicht weit genug, deswegen werde sein Land den Vertrag nicht unterzeichnen.

Der verabschiedete Vertragsentwurf, der noch von den einzelnen Länderparlamenten ratifiziert werden muß, bindet die Unterzeichner, keine Atomwaffen zu entwickeln bzw. auf



Die auch von Neuseelands Premier Lange unterstützte "atomwaffenfreie Zone Südpazifik" schränkt die Operationsfreiheit Frankreichs und der USA nicht ein.



Die jetzt abgeschlossene außerordentliche Delegiertenkonferenz der KP Chinas hat den Entwurf des Fünfjahrplans 1986–1990 beraten und mit dessen Billigung die Wirtschaftspolitik der KPCh bestätigt. Das im Rahmen der Konferenz stattfindende Plenum des ZK der KPCh hat zudem das Politbüro des ZK teilweise neu besetzt, nachdem u.a. der als Kritiker des gegenwärtigen Kurses geltende Ye Jianying sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Wenige Tage nach Konferenzende warnte Chen Yun, Wirtschaftsexperte und langjähriges Politbüromitglied, vor den schädlichen sozialen Folgen der neuen Wirtschaftspolitik der KPCh. — (wom)

Südkorea: Umerziehungslager für Studenten

Das südkoreanische Militärregime unter Chun Doo Hwan will in das von ihm kontrollierte Parlament ein Gesetz einbringen, nach dem Studenten, die gegen das Militärregime demonstrieren, sechs Monate in Umerziehungslager eingesperrt werden sollen. Rädelsführer können bis zu sieben Jahren eingesperrt werden. Die "Umerziehung" soll u.a. Kurse über Marxismus beinhalten sowie Besichtigungen der Grenzen zu Nordkorea und von Fabriken mit "gutem Arbeitsklima". Vor der Umerziehung sollen die Studenten bis zu 15 Tagen durch die Polizei verhört werden. Nicht Gerichte, sondern spezielle Komitees aus Professoren

und Rechtsanwälten sollen über die Lagereinweisung entscheiden. — (wom)

Uruguay: Streiks im öffentlichen Dienst

Seit Mitte August streiken nahezu alle Eisenbahnbeschäftigten, die Arbeiter und Angestellten der Staatsverwaltung und anderer Staatsbetriebe haben mehrere Warnstreiks durchgeführt. Sie kämpfen angesichts der Inflationsverluste der letzten fünf Jahre für die Anhebung des Mindestlohns um 100% und für eine Lohnerhöhung von 30%. Die Regierung droht damit, mit Notverordnungen und Armee-Einsatz die Streikbewegung zu zerschlagen, und verweigert Verhandlungen mit den Gewerkschaften. — (uld)

Wahlen im Punjab

Die Akali-Dal-Partei hat die Wahlen im indischen Unionsstaat Punjab bei 60% Wahlbeteiligung zum ersten Mal gewonnen. Bislang hatte stets die Kongreß-Partei die Wahlen gewonnen, und nicht zuletzt deswegen fühlten sich die Sikh als Volksgruppe im Nachteil. Die Partei, die die Interessen der mittleren und großen Bauern im Punjab vertritt und als gemäßigt angepriesen wird, hält jetzt ca. 70 der 115 Sitze. Nach zwei Jahren unter direkter Regierung durch Neu Delhi kann sie die Regierung nun allein bilden. Die Kongreß-Partei hat mehr als die Hälfte ihrer Mandate verloren. Radikale Sikh-Gruppen haben zum Boykott der Wahl aufgerufen und der neu zu bildenden Regierung die Aner-



kennung versagt. Die Zentralregierung in Neu Delhi unter R. Gandhi ist gar nicht unglücklich über die Wahlniederlage. Sie weiß nach eingehenden Gesprächen mit der Akali-Dal, daß die wohlhabenderen Bauern im Punjab mit den im Juli gemachten Zusicherungen leben können. Außerdem ist sie damit aus der Schußlinie. — (cog)

ihren Territorien zu stationieren. Die Atommächte werden in dem Vertrag aufgeführt, in der Region – begrenzt durch Südamerika, die Antarktis, die Grenze zwischen Papua-Neuguinea und den Äquator – keine Atomtests durchzuführen und keinen radioaktiven Müll im Meer zu versenken. Dennoch können nach dem Vertragsentwurf Staaten wie Australien nach wie vor atomwaffenbestückten Kriegsschiffen den Zugang zu ihren Häfen gestatten und Manöver mit Alliierten durchführen, die im Besitz von Atomwaffen sind. Gerade in diesen Tagen haben zwei US-Fregatten, die wahrscheinlich mit Atomwaffen bestückt sind, den australischen Hafen Sidney angelaufen. Außerdem sieht der Vertrag keinerlei Vorkehrungen gegen den Uranexport vor. Der Vertrag soll den Atommächten zur Unterzeichnung vorgelegt werden; China und die UdSSR haben bereits ihre Unterschrift angekündigt.

Die Anti-Atom- und die antimilitaristischen Bewegungen in Australien und Neuseeland bezeichnen den Vertrag als "zahnlos", weil er keinerlei Vorkehrungen gegen die dominierende Militärmacht in der Region, die USA, vorsieht, weil US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen weiter in der Region kreuzen können und nach Absprache mit den Regierungen einzelner Länder auch die Häfen anlaufen können. Damit hat sich der Vorstoß der neuseeländischen Labour-Regierung, die atomwaffenbestückten oder mit Atomenergie angetriebenen US-Kriegsschiffe den Zugang zu neuseeländischen Häfen verweigert und damit die faktische Auflösung des ANZUS-Militärpaks mit den USA und Australien riskiert hat, nicht durchgesetzt. Die konservative Opposition in Australien bezeichnete den Vertrag als genauso wertlos wie die Deklarationen verschiedener australischer Kommunen, die sich zu "atomwaffen-

freien Zonen" erklärt haben. Allerdings erklärte das australische Außenministerium, daß der Vertrag jede Möglichkeit ausschließt, der US-Marine Basen in Australien zu gewähren; entsprechende Überlegungen hatte das US-Verteidigungsministerium aufgrund der ungewissen Zukunft der US-Basen auf den Philippinen angestellt.

Die beschlossene "atomwaffenfreie Zone Südpazifik" wird auch die französische Regierung nicht daran hindern, ihre Atomwaffentests im Mururoa-Atoll in der Nähe von Tahiti durchzuführen. Denn der Vertrag sieht keine Mittel vor, die gegen Vertragsverstöße von Seiten der Atommächte angewandt werden sollen. Es wird – wie in der Vergangenheit – bei verbalen Protesten durch die Staaten des Südpazifik gegen die französischen Atomversuche bleiben. Die Labour-Regierung von Neuseeland hat jetzt – trotz der Provokation durch

Frankreich: Dreitägiger Eisenbahnerstreik

Auf Aufruf der drei wichtigsten Gewerkschaften bei den staatlichen Eisenbahnen (SNCF) streikte die große Mehrheit der Beschäftigten vom 26. – 28.9. Neben den Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Steigerung der Sicherheit im Zugverkehr verlangten die Streikenden v.a. die Einbeziehung des Prämienanteils am Lohn (bis 40%) in die Berechnungsgrundlage der Renten. Der Zugverkehr war weitgehend lahmgelegt, erneute Verhandlungen wurden ange-setzt. — (pel)

Mohawks gehen eigene Wege in der Schule

Mit dem Beginn des neuen Schuljahrs wurde im Reservat Kahnawake der Mohawks ein neuer Schultyp eingeführt: die Kahnawake-Überlebensschule. Kahnawake liegt am St. Lorenz in der Nähe von Montréal, Québec, Kanada. Es geht um das Überleben der Mohawk-Sprache, -Tradition und -Kultur. Bisher gab es auf dem Reservat nur zwei Grundschulen (bis Klasse 6), danach mußten die Schüler auf Internatsschulen außerhalb, wo ihre Kultur unterdrückt wurde. Viele verließen diese Schulen ohne Abschluß. Die Errichtung der eigenen Schule, die 1978 in Angriff genommen wurde, ist auch eine Reaktion auf die Sprachgesetzgebung Québecs: Zum Schutz gegen die Übermacht des Englischen in Nordamerika wird in allen Schulen Französisch als Unterrichtssprache verlangt. Ausnahmen für indianische Schulen sind nicht vorgesehen.

Das Reservat ist dagegen dreisprachig — die Straßenschilder sind in Englisch, Französisch und Mohawk. Seit 1980 erhält jeder Schüler täglich

eine Stunde Unterricht in Mohawk. Auch der Geschichtsunterricht ist eigenständig: In Klasse 7 wird Irokesische Kosmologie unterrichtet, in Klasse 8 die Geschichte des Irokesischen Völkerbundes. — (mfr)

USA: Streik in Rüstungsfabriken

In fünf Fabriken des US-Konzerns General Dynamics, der nahezu ausschließlich Rüstungsgüter herstellt, streiken in der Panzerfertigung über 5000 Arbeiter, Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW. Die UAW fordert höhere Löhne und eine

Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen in der Produktion. Daraufhin hat die Konzernleitung 1000 Verwaltungsangestellte in den zwei Montagewerken der Panzerfertigung zum Produktionseinsatz befohlen, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Nach den Produktionsplänen sollen monatlich 35 Panzer in beiden Werken gefertigt werden. Die Konzernleitung erklärte, sie sei zuversichtlich, "das Fertigungsziel für die Armee im September erreichen zu können". Inzwischen haben UAW und die Konzernleitung die Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt. — (wom)



300000 Obdachlose, 11000 Verletzte, 5000 Tote sind die bisherige Bilanz des Erdbebens, das am 19.9. Mexiko-Stadt verwüstete. Viele Todesopfer sind ein Ergebnis liederlicher Bauweise — zahlreiche Hochhäuser stürzten wegen völlig unzureichender tragender Teile zusammen. Während Teile der westdeutschen Presse das Beben in abstoßender Weise zum "Gottesurteil" machen (FAZ: "Zum Untergang geweiht? Das Monstrum Mexiko-Stadt", Bild: "Gott beschützte 58 Babys"), sind andere dabei, ihre Ernte einzufahren. Der IWF verweigerte der mexikanischen Regierung nach dem Beben einen 900 Mio. Dollar-Kredit. Die Regierung habe die IWF-"Sanierungsaufgaben" (Streichung von Lebensmittelsubventionen, Kürzungen im Sozialhaushalt, Lohnsenkungen) nicht rigoros genug befolgt. Angeblich sollen jetzt IWF, Weltbank, US-Regierung und Bundesregierung zu "günstigen Krediten" zwecks Beseitigung der Erdbebenschäden bereit sein. Die Bedingung wird sein: Fortführung der Zinszahlung und Einhaltung aller IWF-Auflagen. So soll ein angeblich göttliches Erdbeben imperialistischen Gläubigern helfen, sich einen Schuldner gefügig zu machen. — (rül)

die Versenkung des Greenpeace-Schiffs durch den französischen Geheimdienst im Hafen von Auckland — darauf verzichtet, neuseeländische Schiffe in das französische Atomwaffentestgebiet zu entsenden und damit der Gewaltandrohung Mitterands entgegenzutreten. 1972 waren neuseeländische Schiffe, mit dem heutigen Labour-Premier Lange an Bord, wiederholt in das französische Testgebiet eingedrungen.

Die Schwäche des Vertragswerks liegt in den Interessen der Hauptmächte in der Region, Australien und Neuseeland, begründet. Auch wenn die neuseeländische Regierung ihre Häfen faktisch für US-Kriegsschiffe gesperrt hat, hat sie niemals die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis-system und die Notwendigkeit einer starken US-Militärpräsenz im Südpazifik in Frage gestellt. Das gilt noch mehr für die australische Regierung, die nicht einmal dem Beispiel der neu-

seeländischen Labour-Parteifreunde gefolgt ist und ihre Häfen nach wie vor für US-Kriegsschiffe offenhält. Für die herrschenden Klassen beider Länder hat der pazifische Wirtschaftsraum mit seinen Rohstoffquellen und Absatzmärkten immer größere Bedeutung. Australische Konzerne sind in der Region, z.B. in Papua-Neuguinea oder in der französischen Kolonie Neu-Kaledonien, vielfältig engagiert. Deswegen haben auch Labour-Regierungen in beiden Staaten die Bedeutung der eigenen Militärmacht sowie den Schutz ihrer regionalen Interessen im Bündnis mit dem US-Imperialismus niemals in Frage gestellt. Noch heute sind neuseeländische Truppen in Singapur und Malaysia stationiert.

Andererseits haben sich in diesen Siedlergesellschaften Umwälzungen vollzogen, die ihren Ausdruck u.a. in der sehr großen Anti-Atom-Bewegung finden und die Regierungen unter

Druck bringen. Die engen wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bindungen an Großbritannien, die in den beiden Weltkriegen zum Einsatz starker australischer und neuseeländischer Truppenverbände an der Seite Großbritanniens führten, sind zerrissen. Die Möglichkeit, der Proletarisierung durch Landnahme und Aufbau einer eigenen Farm zu entgehen, gibt es nicht mehr. In den Gesellschaften ist eine zahlenmäßig starke lohnabhängige Mittelklasse entstanden, die ihre Identität nicht mehr in Europa oder den USA sucht und sich teilweise an der starken Gewerkschaftsbewegung und der Linken in den Labour-Parteien orientiert. In Australien sind zudem zwei Parteien entstanden mit ähnlicher Programmatik wie die GRÜNEN und inzwischen mit Sitz und Stimme im Parlament.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Handelsblatt v. 6.9.85; Asien 2/85 — (wom)

* Veröffentlichungen *

DGB-Untersuchung zur Sozialhilfe-Zwangsarbeit

Die 1985 von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB veröffentlichte Studie "Die Praxis der Hilfe zur Arbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz" leistet eine empirische Bestandsaufnahme über die von den Sozialhilfeträgern in der BRD und Westberlin nach §§ 18 ff. BSHG verordnete Zwangsarbeit für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Die Erhebung, die sich auf das zweite Halbjahr 1983 bezieht, ist repräsentativ. Danach ergibt sich, daß im Untersuchungszeitraum 40 bis 50% aller arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Vergleichszahlen der Sozialhilfeträger aus den Jahren vor 1983 belegen die drastische Zunahme der Zwangsarbeit. Allgemein üblich ist für die Zwangsarbeiter eine Entschädigung für Mehraufwendungen von 1 DM pro Stunde. Bei Nichterscheinen zur Zwangsarbeit kürzen die Sozialämter die Sozialhilfe, um sie nach drei Monaten ganz zu streichen. Trotz dieser und anderer nützlicher Informationen zur Kritik an der Praxis der Zwangsarbeit ist der theoretische Rahmen der Studie fragwürdig. "Sozialhilfe soll Hilfe zur Selbsthilfe sein, und ohne Bemühungen zur Reintegration Sozialhilfebedürftiger ist die praktische Umsetzung dieses Grundprinzips der Sozialhilfe unvorstellbar." Zu Deutsch: Der DGB anerkennt den moralischen Nutzen der Gewöhnung an die Arbeit mittels Zwangsarbeit, jedoch soll davon die Masse der Arbeitslosen, die in den letzten Jahren zu Sozialhilfeempfängern wurden, ausgenommen bleiben. (Helmut Hartmann, Die Praxis der Hilfe zur Arbeit ..., Graue Reihe Nr. 20 der Hans-Böckler-Stiftung, — wom)

Gekaufte Vernunft

Der umgewandelte Betriebsrat

Eine im Juni dieses Jahres erschienene Dokumentation über den Verlauf der Auseinandersetzungen bei BMW Westberlin zeigt auf, wie die Betriebsführung den Betriebsrat umgestaltet. Ziel der Bemühungen der Betriebsführung war der Aufbau eines gelben Werkvereins statt eines gewerkschaftlich beeinflussten Betriebsrates. Im Falle der Nichtwahl seiner sogenannten "Mannschaft der Vernunft", einer der Unternehmensleitung genehmen Liste, hatte der Betriebsführer mit massiven Streichungen von Sozialleistungen gedroht. Die Vernunftliste erhielt die Mehrheit der Stimmen und infolge des Wahlrechts alle Betriebsratssitze. Auf Grund eines Flugblattes wurden drei ehemalige Betriebsräte anschließend fristlos gekündigt.

In der Dokumentation des Solidari-

tätskomitees für die entlassenen Betriebsräte heißt es:

"Der Betriebsrat der 'Mannschaft der Vernunft' hat seine Wahlwerbung vom Arbeitgeber durch Zuwendung von Geld und Dienstleistungen bezahlen lassen. BMW-Anwälte haben vor Gericht betont, diese Zuwendung habe keine inhaltliche Einflußnahme der Firma auf das Programm dieser 'Mannschaft' bedeutet. Aber darauf kommt es weder rechtlich noch politisch an. Wer Geld nimmt, muß damit rechnen, daß Gegenleistungen verlangt werden. Und diese Gegenleistungen wurden auch prompt geliefert. Als Betriebsrat hat die 'Mannschaft der Vernunft'

— den Kündigungen von Knirsch, Köb-



Warnstreik der IG Metall 1982 in Westberlin

rich und Vollmer jedesmal ohne nähere Prüfung oder Anhörung der Betroffenen zugestimmt — und dies auch, als klar wurde, daß es sich um haltlose Kettenkündigungen handelte,

— dem Arbeitsgericht einen Schmähebrief gegen die drei Gekündigten zugesandt, und diesen Brief dann, als das Arbeitsgericht ihn zurückwies, weil der Betriebsrat gar nicht Beteiligter des Verfahrens war, dem Arbeitgeber zugestellt, damit dieser ihn in das Verfahren einbringen konnte, — der Rücktrittsaufforderung der IG Metall, nachdem das Arbeitsgericht die Betriebsratswahl für unwirksam erklärt hatte, ein trotziges 'Nun erst recht!' entgegengesetzt, — mit dem Austritt aus der Gewerkschaft gedroht, falls diese sich deutlich gegen sie stellen sollte."

(Gekaufte Vernunft — Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit bei BMW, 7,00 DM, Hrsg.: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal — brr)

WSI-Arbeitsmaterialien zur DGB-Aktionswoche

Das WSI richtet sich mit der Aufsatzsammlung vor allem an Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Die Aufsätze sollen Hintergrundmaterial für Reden und Veröffentlichungen während der DGB-Aktionswoche im Oktober liefern. Enthalten sind mehrere Aufsätze zur Sozialpolitik der Regierung und der sozialliberalen Koalition. Sie enthalten zwar Argumente gegen die Politik von Regierung und Kapitalisten, eine Zusammenfassung oder Erörterung der gewerkschaftlichen Diskussion, an welchen Punkten und mit welchen Zielen der Regierungspolitik und dem Vorgehen der Kapitalisten entgegenzutreten sei, liefern sie nicht. Die Erörterungen, die sich mit Gesetzen und Gesetzesvorhaben der Regierung für die Flexibilisierung der Arbeitszeit befassen, stellen die Auseinandersetzung um die Betriebsverfassung in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit, und selbst die Gestaltung der Arbeitszeit soll schließlich den Betriebsräten aufgehalst werden. (G. Bäcker, R. Bispinck, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 9, Der Angriff auf den Sozialstaat, 8,00 DM, Bezugsadresse: WSI, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30 — uld)

Grüne Programmatik zur Sozialpolitik

M. Opielka, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Grünen, hat gerade eben eine Sammelband "Die ökosoziale Frage — Alternativen zum Sozialstaat" herausgegeben. Die Aufsätze geben einen Überblick über verschiedene Strömungen der Grün-Alternativen; zur Klärung von Bündnismöglichkeit kommen ein DGB-Funktionär, ein SPD-Landesgeschäftsführer und ein Abteilungsleiter im Familienministerium zu Wort. Der abschließende Aufsatz von M. Opielka versucht, eine systematisch begründete Sozialpolitik der Grünen zu formulieren: Auf der Basis einer "solidarischen Subsidiarität" solle eine "Umverteilung von Arbeit und Einkommen" (konkret: Grundeinkommen von 1000 DM für jeden über 14 bzw. 16 Jahre ohne Arbeitszwang, 20-Stunden-Normalerwerbswoche) sowie die "Neuorganisation sozialer Hilfen und Dienste" (Abbau bzw. Abschaffung aller Pflegeanstalten und Aufbau dezentraler Pflegehilfen, eventuell Einführung einer "Sozialdienstverpflichtung") angestrebt werden. Diese sozialpolitische Programmatik will Opielka in Abgrenzung von konservativen und neoliberalen "marktorientierten" Modellen verstanden wissen: Das Grundeinkommen soll nicht Mittel zur Beseitigung von Sozialversicherungsleistungen sein, wie es z.B. von der FDP ins Gespräch gebracht wird. Der Sozialdienst soll

nicht eine schlechte, auf Zwangsarbeit beruhende staatliche Grundversorgung herstellen, neben der dann eine ausreichende Versorgung nur noch Leuten mit Geld zugänglich ist. Ist hier die Abgrenzung gegen Konservative und Liberale nicht grundsätzlich, so fehlt sie in anderen Punkten völlig: Opielka erklärt beliebig niedrige Löhne für möglich (20-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich) und die Frage, wer welche Arbeit macht (kein Arbeitszwang, aber 1000 DM garantieren ja nun mal keine selbständige Existenz und die Schwärmerei von Selbstbestimmung lassen nichts Gutes erwarten), bleibt ebenfalls offen. Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dem ökologischen Reformprogramm wird noch folgen. (M. Opielka (Hrsg.), Die ökosoziale Frage, Fischer 4090, 16,80 DM— alk)

Die Revanchisten— "Gespenster von gestern"?

Unter der Federführung von W. Benz, Mitarbeiter am Münchener Institut für Zeitgeschichte, erschien im Juni das Buch "Die Vertreibung der Deutschen". Es enthält 17 Aufsätze. Die Autoren verfolgen die Auffassung, daß die Nazis die Teilung Deutschlands verschuldet haben; es 1945 zu den Potsdamer Beschlüssen keine "praktische Alternative" gab und heute die Vertriebenen keine Gefahr sind, weil "integriert". Die Autoren belegen, daß das Auswärtige Amt zwischen 1919 und 1933 eine Revision der Grenzen betrieb und dabei den deutschen Großgrundbesitz im Osten finanziell unterstützte. Ein weiterer Aufsatz verurteilt die faschistische Germanisierungspolitik. Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz werden als schlecht, aber realistisch bezeichnet. Auf der Konferenz und auch noch 1945 lassen die westlichen Siegermächte keinen Zweifel, daß die Oder-Neiße die endgültige polnische Westgrenze ist und sie diesen Standpunkt auch auf einer Friedenskonferenz einnehmen werden. Auch herrschte Übereinstimmung über die Aussiedlung der Deutschen aus Osteuropa. Da die Rückkehr der Aussiedler nach 1945 "völlig im Bereich der Theorie" angesiedelt war, lautete die einzig vernünftige Politik: Integration der Flüchtlinge in die westdeutsche Gesellschaft. Die rund 120 Mrd. des Lastenausgleichs haben dafür gereicht, meint ein Autor. Die Gründung der Landsmannschaften wird als überflüssig kritisiert. Verschiedene Dinge machen stutzig: Weshalb kann jemand, der hier "integriert", ist nicht Appetit auf "Ostpreußen" haben? Warum der Aufsatz von W. Dierks/ E. Kogon (von 1947), der die "Überwindung des Nationalismus durch die europäische Solidarität" propagiert? (Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten; Hrsg. W. Benz, Fischer TB 4329, 12,50 DM— ana)

Landtagswahl in Bayern 1986

Republikaner und Freiheitliche Volkspartei: Chauvinistische Stoßtruppen für die CSU

Am 20. September eröffneten die "Republikaner" (REP) in München mit einer Veranstaltung ihren Landtagswahlkampf 1986. An der Veranstaltung nahmen rund 1000 Menschen teil, darunter REP-Abordnungen aus allen Bundesländern. Nach Aussagen der REP hat sie jetzt bundesweit 3000 Mitglieder, die Abspaltung der "Freiheitlichen Volkspartei" im Sommer dieses Jahres habe ihrem "bundesweiten Aufbau" keinesfalls geschadet. Die "Freiheitliche Volkspartei" gibt es im Moment vor allem in Bayern und hier wiederum vor allem in den ländlichen Regionen. Eigenen Angaben zufolge kommt die "Freiheitliche Volkspartei" derzeit auf 1000 Mitglieder.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Immerhin agieren beide Parteien auf einem reaktionär-faschistischen Programm, dem Grundsatzprogramm der Republikaner. Das Bild, das die bürgerliche Presse anlässlich der Spaltung im Sommer zeichnete, sollte lediglich diese Entwicklung vertuschen. Da war vom schnellen "Niedergang" der REP unter der Führung des ehemaligen SS-Mannes Schönhuber die Rede, und Strauß wurde in dieser Zeit nicht müde, die "Irrelevanz dieses Grüppchens" zu beschreiben. Angeblich hat der ehemalige CSUler und Bundestagsabgeordnete Handlos die "Freiheitliche Volkspartei" aus der Taufe gehoben, weil ihm die REP zu "rechts" wurde. Schönhuber habe nämlich als neuen Parteinamen gefordert: "Die Republikaner — Die neue Deutsche Rechte". Handlos: "Wir wollen nichts mit einer neuen deutschen Rechten zu tun haben". Das "Spitzen trio", die beiden ehemaligen CSUler und Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt und der ehemalige SS-Mann Schönhuber agieren nun in scheinbar verschiedenen bourgeois Lagern: Voigt ist jetzt bekanntlich bei der FDP gelandet, Handlos führt die "Freiheitliche Volkspartei" an, Schönhuber die "Republikaner".

Der Grund für die Spaltung lag aber keinesfalls in unterschiedlichen Auffassungen über Namensgebungen, das Ganze ist ein strategisch angelegtes Propagandamanöver zur Stärkung der reaktionären Sammlungsbewegung in der BRD. Wir hatten bereits anlässlich der Gründung der REP vor zwei Jahren in den Politischen Berichten die Vermutung geäußert, daß das ganze Unternehmen sich zumindest mit direktem Wissen der CSU-Parteispitze, insbesondere Strauß, vollziehe. Die jetzige Entwicklung dürfte diese Vermutung weiter bestärken. So hat Handlos am 8. Juli 1985 den CSU-Vorsitzenden über den Werdegang der

Dinge informiert und an dieser Stelle "allen Freunden in der Partei und in der CSU-Landesgruppe" für die Unterstützung gedankt und die Erwartungen geäußert, daß "die weitere politische Entwicklung meine Freunde und mich wieder zusammenführen wird".

Daraus muß jetzt nicht unbedingt geschlossen werden, daß die REP und die "Freiheitliche Volkspartei" die direkte Rückführung ihrer Anhängerschaft in die CSU planen: Strauß kann in seinem Vorhaben der Stärkung der reaktionären Sammlungsbewegung durch den Zulauf und die Existenz dieser beiden Gruppierungen bloß gewinnen. Das ganze Unternehmen ist als eine Art Aufgabenteilung in der reaktionär-faschistischen Propaganda anlässlich der Landtagswahlen 1986 in Bayern und der Bundestagswahlen 1987, zu sehen.

CSU, REP und "Freiheitliche Volkspartei" haben ihren Ausgangspunkt in der CSU-Programmatik. REP und "Freiheitliche Volkspartei" berufen sich auch darauf, nur würde es zu "lasch" und zu wenig "angriffslustig" vertreten. Deshalb haben REP und "Freiheitliche Volkspartei" jetzt das seit 1983 existierende Republikanerprogramm als Grundlage, das lediglich ein paar entscheidende programmatische Auffassungen zum "deutschen Patriotismus" genauer formuliere und auch die Interessen des Mittelstandes "besser artikuliere". Die REP und die Freiheitliche Volkspartei sollen der CSU in den anstehenden Wahlen Arbeit abnehmen, vor allem in der rassistischen und faschistischen Propaganda, und sie sollen vor allem die sich von der CSU lösenden Schichten politisch nach wie vor an die reaktionäre deutsche Sammlungsbewegung von Strauß binden.

Deshalb setzt Handlos jetzt mit einer Kritik an der CSU an, die vorgibt, die Interessen des Mittelstandes, des Handwerks und der Bauern gegen die Interessen der "Großindustrie zu verteidigen". Strauß verfolge nicht mehr das "bayerisch-historische Bündnis" zwischen Großindustrie und dem Mittelstand, sondern betreibe eine "reine Industriepolitik". Die Großindustrie müsse aber mehr belastet und die von ihr abzuzackenden Gelder dem Mittelstand zugutekommen. Unter so einem Motto kann man sich das Bündnis verschiedenster Kräfte vorstellen, z.B. das Schlucken der ÖDP von Gruhl und seinen Mannen. Insbesondere aber auch für die "Interessen der kleinen Landwirte" will die "Freiheitliche

Volkspartei" kämpfen. Vor ungefähr einem Monat hat sich in Bayern ein unabhängiger Bauernverband mit massiver Kritik am CSU-geführten Bayerischen Bauernverband gegründet. Mit diesem sind die "Freiheitlichen" jetzt in Verhandlungen für die Landtagskandidatur, ebenso mit einzelnen freien Wählergruppen, die sich in ihrer Gesamtheit im Sommer mit knapper Mehrheit gegen eine selbständige Landtagskandidatur entschieden hatten. Bei kommunalen Wahlen bisher machte das Wählerpotential dieser Gruppen immerhin rund 25 Prozent aus.

Die SS-Mann-Schönhuber-Truppe REP dagegen wird ihr Schwergewicht legen auf eine Propaganda, die sich gegen den "Ausverkauf der deutschen Interessen" richtet. Darunter fallen: "Wer nicht für Wiedervereinigung ist und auf alte Reichsgebiete verzichtet, begeht Landesverrat", "Deutschland den Deutschen – Arbeitsplätze nur für Deutsche – Ausländer raus", "Gegen die uferlose Liberalisierung und die Entwicklung der deutschen Kultur zu einer menschlichen Kloake".

All das findet sich zusammen in der strategischen Bestimmung der kommenden Wahlen durch Strauß: "Es kommt darauf an, die Menschen zu überzeugen, daß es in ihrem ureigensten persönlichen Interesse, familiären und nationalen Interesse liegt, durch die Abstimmung ihrer Wahlstimme die Union an der Verantwortung zu halten". Bereits auf ihrem Parteitag 1984 unter dem Motto "Kursbestimmung" hatte die CSU ja eine bedeutende programmatische Öffnung nach rechts ins faschistische Lager hinein vollzogen (s. Pol. Ber. 22/84).

Gerade die Existenz der REP und der "Freiheitlichen" kann der CSU viele Vorteile bringen: Diese faschistisch angelegten Organisationen sollen den Protest von Kreisen des Mittelstands und der Bauern auffangen, die sich momentan unzufrieden von der CSU abwenden. So sind sie wieder leicht vor den Karren reaktionärster Kapitalinteressen zu spannen. Darüber hinaus macht es die extrem rassistische Ausländerhetze, die extrem chauvinistisch betriebene "Rückgewinnungs"-Propaganda dieser Organisationen der CSU leichter, ihre deutsch-nationalistische Politik als "demokratische Mitte" zu verkaufen. Im Bayernkurier wandelt Strauß in Zusammenhang mit den DDR-Krediten deshalb als Friedensstifter über die weiß-blauen Fluren. Wie die faschistische Propaganda ankommt, dürfte für die CSU ein wichtiges Stimmungsbarometer sein, weil sich das ja bundesweit vollziehen soll; d.h. die Zunahme der Mitgliedschaft dieser Chauvinisten-Vereinigungen wie auch zukünftige



DIE REPUBLIKANER

Wir sind die neue Kraft für Deutschland:

- traditionsbewußt und wertorientiert
- mit zukunftsweisenden Ideen
- schwungvoll, optimistisch und mutig

Wir kämpfen verantwortungsbewußt und treu für

- Freiheit und Wiedervereinigung
- Vaterland und Kerneuropa
- Heimat, Natur und Umwelt
- Schutz allen Lebens
- wehrhafte Bürgerdemokratie
- Eigenverantwortung und Solidarität

Gestalten Sie die Zukunft zusammen mit uns:

- gemeinsam analysieren
- gemeinsam diskutieren
- gemeinsam entscheiden

Kommen Sie zu uns - jetzt!

Flugblatt der Republikaner. SS-Mann Schönhuber will im Landtagswahlkampf in Bayern 1986 Chauvinismus und aggressiven Deutsch-Nationalismus von "Dorf zu Dorf" tragen.

tige Wählerstimmen sind für Strauß wichtige statistische Erhebungen, wie es nötigenfalls mit der CSU als einer bundesweiten Partei bestellt wäre. Der Schluß, daß Teile der CDU-Mitgliedschaft mit Sympathie für die CSU-Programmatik den Aufbau in anderen Bundesländern in irgendeiner Form unterstützen werden, ist nicht von der Hand zu weisen.

Man muß jetzt keinesfalls davon ausgehen, die REP werde diejenige Kraft sein oder auch bald werden, die der Bourgeoisie die Errichtung einer faschistischen Diktatur nötigenfalls ermöglicht, aber klar ist auch, daß die REP eine wichtige Rolle in den Überlegungen der Reaktion spielt, und für die Reaktion jetzt sicher zu beweisen hat eben gerade in den anstehenden Wahlen, ob sie ein mobilisierbares Potential bei der Stange halten kann, und vor allem, ob es der REP gelingt, tat-

sächlich zu einer Art Sammelbecken oder "Dachorganisation" für die "neue deutsche Rechte" zu werden.

Mit der REP und auch anderen faschistischen Parteigründungen in den letzten Jahren zeichnet sich für die Bourgeoisie nicht nur die Notwendigkeit eines vereinigten Sammelbeckens ab, sondern es ist ebenfalls bewiesen für sie, daß die NPD diese Rolle nicht spielen wird können. Daß sich die REP in ihrer zweijährigen Existenz bereits einmal gespalten hat, hat dabei wenig zu sagen: Auch die CSU ist über Dutzende von Spaltungen zu einer der stärksten reaktionären Parteien in der BRD geworden.

Quellenhinweis: Grundsatzprogramme der CSU und der REP; Parteitage-dokumente der CSU 1984; Die Neonazis in Bayern, eine Dokumentation der VVN; Bayernkurier, SZ und Passauer Neue Presse— (kag)

Hohe Haftstrafen für Totalverweigerer

Elmshorn. Ein 29-jähriger Student wurde vom Amtsgericht Bremen zu acht Monaten ohne Bewährung verurteilt. Stefan Philipp, der im Januar dieses Jahres bei den Grünen in Bonn öffentlich "wehrpolitisches Asyl" beantragt hatte, wurde erst wegen Fahnenflucht vom Landgericht Karlsruhe zu zwölf Monaten ohne Bewährung verurteilt. Im April ist er bereits vom Amtsgericht Philippsburg zu 15 Monaten verurteilt worden, hatte dagegen aber Berufung eingelegt. Jetzt wurde er vom Amtsgericht nochmal verurteilt: sieben Monate ohne Bewährung wegen Gehorsamsverweigerung. Die Verteidigung kündigte wegen Doppelbestrafung von ein- und derselben Tat Berufung an. Die Gerichte liegen mit ihrer Verurteilung im Rahmen der Richtlinien des Verteidigungsministeriums. Danach werden Totalverweigerer erst aus der Bundeswehr entlassen, wenn sie zu einer Strafe von über zwölf Monaten verurteilt wurden. Praxis der Gerichte ist eine Verurteilung zu sechs bis acht Monaten. Danach erfolgt eine erneute Einberufung zur Bundeswehr oder zum Zivildienst. Bei erneutem Verweigern erfolgt erneute Verurteilung. — (thb)

DGB-Jugend gegen Dienstverlängerung

München. Die DGB-Jugend in München führt zur Zeit eine Unterschriftensammlung unter dem Motto "Verlängerung von Wehr- und Zivildienst nicht mit uns!" durch. In einem Flugblatt wird darüber informiert, daß die Bundesregierung im Oktober 1984 die "Bundeswehr-langzeitplanung für die 90er Jahre" beschlossen hat, in der ab 1989 eine Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate (ab 1993 auf 24 Monate) und eine Verlängerung des Zivildienstes von 20 auf 24 Monate sowie eine Erhöhung der "Beschaffungsausgaben" vorgesehen ist. Dazu heißt es:

"Die Gewerkschaftsjugend lehnt diese Pläne der Bundesregierung, die noch nicht im Bundestag beschlossen sind, ab..."

Als Argumente dagegen werden angeführt:

"Einkommensverluste, Gefahr der Arbeitslosigkeit steigt, berufliche Qualifikation sinkt, drei Monate längerer Drill".

Folgende Forderungen werden daraus entwickelt: Statt Verlängerung von Wehr- und Zivildienst qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle; die vorgesehenen Rüstungsausgaben sollen in anderen Bereichen wesentlich sinnvoller eingesetzt werden, zum Beispiel zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie zum Ausbau der sozialen Sicherung. — (ror)



Paderborn. Im Rahmen des NATO-Manövers "Cold fire" wurde die A33 zur Start- und Landebahn für britische Militärflugzeuge auf dem Autobahnabschnitt zwischen Paderborn und Stukenbrock. Gegen die Manöver protestierten ca. 200 Menschen auf einer Kundgebung. Der Kreistag Paderborn hat es abgelehnt, einen Beschluß gegen das Manöver zu fassen. — (rub)

Südafrika-Veranstaltung in Dortmund

Dortmund. An einer Veranstaltung der Dortmunder Azania-Aktionseinheit nahmen etwa 350 Personen teil. Es sprachen: ein Vertreter des PAC über die Lage in Azania und die Haltung der Imperialisten; ein Mitglied des Verwaltungsrats der Stadtsparkasse; eine Vertreterin der ev. Frauenarbeit zu Südafrika und ein RGO-Betriebsrat eines Hoesch-Werkes, der auf die Investitionen in Südafrika einging. Er berichtete von den Aktionen des mbp-Betriebsrates, einer Hoesch-Tochter, die ein Fingerabdrucksystem nach Südafrika liefern will. Der mbp-Betriebsrat hat Unterschriften gesammelt, um die Betriebsführung aufzufordern, die Produktion dieses Fingerabdrucksystems (FARS) einzustellen. Die azanische Gruppe "Izwe Letu" gab ein kurzes Konzert, ehe in der Diskussion zur Mitarbeit in der AE, in der bisher BWK, KPD, KB, einige Autonome Gruppen, christliche Gruppen und die Grünen beteiligt sind, und zur Durchführung einer Aktionswoche aufgerufen wurde. — (Mak)

DGB-Kreisvorstand fordert Boycott gegen Südafrika

Hannover. Der DGB-Kreisvorstand Hannover hat in einer Presseerklärung vom 20.09. zahlreiche Maßnahmen auf lokaler Ebene gegen das südafrikanische Rassistenregime gefordert. Der Rat und die Verwaltung der Stadt sowie die Verwaltung des Landkreises werden aufgefordert, jeglichen Umschlag von Waren aus Südafrika in den Häfen Hannovers zu untersagen, den Verkauf von Krüger-Rand-Münzen bei der Stadt- und Kreissparkasse einzustellen, die Verwendung südafrikanischer Kohle bei den Stadtwerken und den Energieversorgungsunternehmen zu stoppen, bei denen Stadt und Landkreis Mitspracherecht haben. Weiter-

hin verlangt der DGB-Kreisvorstand den Verzicht südafrikanischer Früchte und Konserven in den Kantinen und sonstigen kommunalen Einrichtungen. Am 5.11. will der DGB-Kreis eine Veranstaltung zu Südafrika durchführen. Die Einzelgewerkschaften sollen ebenfalls Maßnahmen gegen die Politik des Regimes fordern. — (bee)

Stadt München kauft NH-Sozialwohnungen

München. Mitte September haben die Fraktionen von SPD, CSU und Grüne/ALM den Plan des OB Kronawitters begrüßt, die 2100 Wohnungen der Neuen Heimat für eine Summe von 165 Mio. DM in städtischen Besitz zu übernehmen. Die CSU, die diesem SPD-Vorhaben anfangs eher ablehnend gegenüberstand, stellte zu diesem Zeitpunkt fest: "Mit Befriedigung stellen wir fest, daß dem CSU-Dringlichkeitsantrag entsprochen wurde und die Stadt nunmehr die Wohnblocks der 'Neuen Heimat' kaufen will". Die FDP hat demgegenüber gleich zu Beginn die Rechtsaußenposition eingenommen, die "Sanierung auf Kommune-Kosten" angegriffen und einen Aderlaß der DGB-Gewerkschaften gefordert. Anlässlich des geplanten Verkaufs dieser Wohnungen haben die Mieterinitiativen Sendling, Giesing und Moosach eine Demonstration mit 600 Leuten durchgeführt. Der Sprecher der Mieterinitiativen bedankte sich außer bei OB Kronawitter, den Stadtratsfraktionen (außer FDP), den örtlichen Pfarreien auch bei der DKP. Der SPD-Bürgermeister Klaus Hahnzog charakterisierte diese Aktion "als Signal im Kampf um die Erhaltung von preiswertem Wohnraum". Hahnzog weiß wovon er spricht, denn von den ca. 110000 Sozialwohnungen in München werden in den nächsten Jahren über 50000 Einheiten wegfallen durch plan- und außerplanmäßige Rückzahlung der Darlehen. — (dil)

Podiumsdiskussion mit Stadträten

Finanzielle Gleichstellung der Kinderkrippen mit Kindergärten gefordert

Würzburg. Im Mai dieses Jahres haben sich die Eltern der AWO-Kindertagesstätte Lindleinsmühle in Würzburg in einem Offenen Brief an die Stadtratsfraktionen gewandt, um die Kosten für die Unterbringung von Krippenkindern von derzeit 480 DM pro Kind im Monat auf ca. 250 DM zu senken. So heißt es in dem Offenen Brief: "Eine freiwillige Förderung für alle Kinder von acht Wochen bis drei Jahre, die der gesetzlichen Kindergartenförderung in Bayern gleichkommt, ist deshalb notwendig, wenn die Stadt Würzburg wirklich ein familienfreundliches Konzept verfolgen will und den Eltern tatsächlich die freie Wahl für die Erziehung ihrer Kinder offenhalten will. Zuschüsse, die 80% der Personalkosten (so werden die bayer. Kindergärten gefördert, d.

sonalkosten betragen soll. Soweit der Gesetzesstand in Bayern.

Die derzeitigen Elternbeiträge in der AWO-Kindertagesstätte von 480 DM bei einem Kind und 960 DM bei zwei Kindern liegen für Alleinerziehende oder Elternpaare bei einem durchschnittlichen Verdienst einfach zu hoch. Dabei können die 480 DM Elternbeitrag je Kind derzeit nur gehalten werden, weil die AWO und das Arbeitsamt noch zuschießen. Eine erhebliche Reduzierung des Elternbeitrags durch die Jugendhilfe über das Bundessozialhilfegesetz ist für die meisten Alleinerziehenden wie Familien auch nicht möglich, weil die Sätze des Bundessozialhilfegesetzes so niedrig liegen, daß alle, die ihr Leben nicht auf dem Existenzminimum fristen, darüber liegen: Über 1900 DM



Bild: Kinder in der AWO-Kindertagesstätte. Sie ist von 6.00 Uhr bis 18.30 Uhr ganzjährig geöffnet und hat 1 Säuglingsgruppe, 2 Krabbelgruppen, 2 Kindergartengruppen und 1 Hortgruppe. Derzeit werden ca. 70 Kinder monatlich in Würzburg tagsüber in Kinderkrippen untergebracht, davon 35 in der AWO. Die Stadt Würzburg zahlt pro Würzburger Kind einen geringfügigen Zuschuß von 550 DM im Jahr, das sind 45 DM im Monat. Viele Städte in Bayern zahlen gar nichts, es gibt aber auch Städte, die erheblich mehr Zuschuß zahlen. Zum Beispiel: Bayreuth zahlt ca. 700 DM pro Kind/Monat, Nürnberg über 1000 DM, München 900 DM, Augsburg ca. 230 DM.

Verf.) decken, sind schon jetzt, und unabhängig von einer ausstehenden gesetzlichen Regelung nötig..."

In den "Richtlinien für Heime und andere Einrichtungen nach §78 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt", wo Mindestbedingungen für Kinderkrippen in Bayern festgelegt sind, ist eine finanzielle Förderung nicht enthalten. Für den Herbst ist angekündigt, daß der Landtag ein Gesetz zur finanziellen Förderung von Kinderhorten verabschieden will, die bisher auch keine gesetzlichen Zuschüsse erhalten. In diesem Rahmen, hat die CSU mündlich bekanntgegeben, soll auch eine gesetzliche Regelung zur finanziellen Förderung von Krippen verabschiedet werden, die aber — wenn überhaupt — nur bis zu 20% der Per-

netto darf eine Familie nicht verdienen und über 1400 DM netto kein Alleinstehender, um nach dem BSHG den Krippenplatz bezahlt zu bekommen.

Schon vor der Podiumsdiskussion hatte CSU-Sozialreferent Motsch in einem Antwortschreiben auf den Offenen Brief die Forderungen der Eltern abgelehnt: "... Sie können von einem Sozialreferenten kaum erwarten, daß er bei der allgemeinen Einschätzung der Institution Kinderkrippe die Erkenntnisse über die Wirkungen frühkindlicher Erziehung außerhalb des Elternhauses negiert. Ich bitte auch um Verständnis, daß in Zeiten erheblicher Arbeitslosigkeit öffentliche Subventionen nicht noch 'Doppelverdienertum' besonders begünstigen dürfen." Auf der Podiums-

diskussion sprach sich dann auch der CSU-Stadtrat Thein gegen eine Gleichstellung von Kinderkrippen mit Kindergärten aus, da man bei Krippen nicht von einer pädagogischen Notwendigkeit im Vergleich zum Kindergarten (schulvorbereitend) sprechen könne. Er war für eine Erhaltung der Krippen nur für absolute Notfälle, also für Alleinerziehende oder extreme Niedrigverdiener.

Demgegenüber sprachen sich Eltern, Vertreterinnen des ÖTV-Frauenausschusses, des DGB-Kreisfrauenausschusses und des Personalrats der Uniklinik gegen solche "Notkrippen" aus und forderten die Anerkennung von Krippen zumindest als gleichwertige Erziehung zur Familie. Noch dazu wurde angegriffen, daß die CSU wie auch im weiteren FDP-Stadtrat Blümm den Frauen das Recht auf Berufstätigkeit absprechen. Die SPD-Stadträtin Radermacher unterstützte die Forderung der Eltern und wandte sich gegen die Diffamierung der Doppelverdiener. Die GRÜNEN-Stadträtin Benkert war nicht auf der Podiumsdiskussion, hatte aber in einem vorherigen Gespräch die Unterstützung der GRÜNEN-Fraktion für die Forderung zugesagt. Die SPD will jetzt für die Haushaltsberatungen 1986 einen Antrag einbringen, der einen freiwilligen Zuschuß der Stadt Würzburg in einer solchen Höhe beinhaltet, daß die Elternbeiträge auf 250 DM gesenkt werden können. — (nir)

Entgelttarif Chemie

Können die Kapitalisten die unteren Löhne drücken?

Hannover. Bereits seit 1981 verhandelt die IG Chemie-Papier-Keramik mit den Bundesarbeitgeberverband Chemie organisierten Chemiekapitalisten um einen Entgelttrahmentarifvertrag, in dem alle Arbeiter, alle kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister in zwölf neuen Entgeltgruppen eingruppiert werden sollen.

Neuesten Veröffentlichungen der IG CPK ist zu entnehmen, daß die Differenzen zum einen in einer gemeinsamen Ersteingruppierungsgruppe für Lohnabhängige mit mindestens dreijähriger Ausbildung oder vergleichbaren Kenntnissen liegen würden, zum anderen forderten die Kapitalisten die Tarifniveaubasenkung für neu einzustellende Angestellte in bestimmten Gruppen (bei sog. Besitzstandswahrung über mehrere Jahre für die bereits Tätigen), ferner seien ihnen generell die Verrechnungsmöglichkeiten mit übertariflichen Lohn- und Gehaltsbestandteilen nicht ausreichend.

Der Hauptvorstand der IG CPK fordert jetzt den Bundesarbeitgeberverband auf, bis spätestens zur Tarifrün-

de 1986 zu einem Abschluß zu kommen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß der Verhandlungsvorschlag der IG CPK zum Abschluß kommt, obwohl sich auch dort bestimmte Möglichkeiten für die Kapitalisten verbergen, im Bereich der unteren Einkommen (durch eine zusätzliche Entgeltgruppe zwischen den bisherigen Lohngruppen 1 und 2) und bei den Facharbeitern stärker zu differenzieren. Dafür sprechen Andeutungen von Hauptvorstandsmitgliedern, daß die Kapitalisten direkt eine Öffnung der Lohngruppen nach unten quasi als Gegenleistung gegen die Anhebung der Facharbeitertarife in Richtung der technischen Angestellten-Gruppen fordern.

Eine solche "Öffnung" wird nicht von allen HV-Mitgliedern abgelehnt. Das für Tarifpolitik zuständige geschäftsführende HV-Mitglied Mettke hat sich im "Industriemagazin" (Juli 1985) für ein bemerkenswertes "Streitgespräch" mit FDP-Generalsekretär Haussmann hergegeben. Mettke kam dort liberalen Ideen von Flexibilisierung und Differenzierung bis zur Selbstverleugnung entgegen und erklärte sich u.a. bereit, einen niedrigen Sondertarif für vorher Arbeitslose anzunehmen, wenn diese nach einer bestimmten Zeit auf normale Lohngruppen angehoben werden. Gegen solche Auffassungen im Hauptvorstand gilt es in Sachen Entgelttarif zu mobilisieren. — (mio)

Krankenpflegepersonal

Abbau der Überstundenschinderei ist dringend nötig

Hamburg, Allgemeines Krankenhaus Barmbek (AKB). Zahlreiche Bestimmungen machen es dem Arbeitgeber möglich, die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden, die wöchentliche auf 60 Stunden auszudehnen (Arbeitszeitordnung für Krankenpflegeanstalten von 1924). Die 40-Stunden-Woche ist nur als Durchschnitt eines Zeitraumes von acht Wochen maßgeblich (BAT § 15 Abs. 1). Überstunden, die man sich im Krankenhaus als akute Notfälle vorstellt, werden nötig durch die katastrophale Arbeitssituation des Krankenpflegepersonals.

Zu der bekannten Tatsache, daß kürzere Verweildauer, schnellere Diagnostik und Zunahme von Mehrfach-erkrankungen die Arbeit intensiver gemacht haben, kommt hinzu, daß die bei der Personalberechnung kalkulierte Ausfallquote durch Urlaub, Krankheit, Fortbildung, Kur etc. von 18% tatsächlich rund 24% beträgt. Die Krankenschüler im 3. Ausbildungsjahr sind im Verhältnis 3:1 auf den Stellenplan angerechnet, was im AKB 15 Stellen gekostet hat. Dementsprechend ist auf den meisten Stationen

die Dienstplangestaltung ohne vorhergeplante Überstunden unmöglich.

Rund 2 400 Überstunden leisten die ca. 500 Pflegekräfte im AKB pro Monat. Der angebliche "finanzielle Reiz" scheidet bei den schlappen 10 DM netto pro ausgezahlter Überstunde wohl in den meisten Fällen aus. Die Kollegen machen Überstunden, weil ohne sie die einzelnen Schichten so dünn besetzt wären, daß die Arbeit doppelt schlaucht. Die Folge ist: Es gibt keine längeren Zeiträume, um einmal mehr als das gerade Nötigste zu tun; und die Erkenntnis, daß trotz großen Kraftaufwandes das Arbeitsergebnis nie befriedigend ist, demoralisiert.

Zu der "freiwilligen" Aufstockung der Schichten durch Überstunden und abenteuerliche Arbeitszeiten kommt der ideologische Druck von oben durch das Gerede von hohen Personalkosten, leeren Krankenkassen, "Arbeitsverweigerung" und Schikane von Kollegen, die Überstunden ablehnen.

Der erste Schritt zur Bekämpfung von Überstunden ist die Sichtbarmachung heimlicher Überstunden, wie den 10 oder 20 Minuten, in denen man eine Arbeit "noch eben" abschließt oder den 20 Minuten pro Tag, in denen man sich schon vor bzw. erst nach der Arbeitszeit umzieht. Denn sie beginnt an der Arbeitsstelle, dem Krankenhaus, und nicht am Arbeitsplatz, z.B. der Station (BAT § 15 (7) und Protokollnotiz). Der zweite Schritt ist, auf einer Mindestbesetzung der Schichten zu bestehen, tarifgerechte Dienstpläne zu schreiben und die zwangsläufig entstehenden Lücken von der Pflegedienstleitung stopfen zu lassen, was vermutlich durch höchst offizielle Anordnung von Überstunden geschehen wird. Diese haben eine andere Qualität als die "freiwilligen", heimlichen und werden auch als Überstunden und nicht als schlichte Mehrarbeit bezahlt. Nach genauer Dokumentation wird sich in den meisten Fällen eine 40-Stunden-Woche im Durchschnitt von acht Wochen ergeben, und dies eröffnet den Kollegen die Möglichkeit, auf Einhaltung des Tarifvertrages zu klagen.— (geb)

Uni Freiburg

Senat praktiziert neues HRG

Freiburg. Seit etwa Ende letzten Jahres ist der Senat der Universität dabei, neue Prüfungsordnungen (PO) zu verabschieden. Bisher wurden die Diplomprüfungsordnungen in Mineralogie, Physik, Biologie und Mathematik, die Magister-PO der Philosophischen Fakultäten, die Zwischenprüfungsordnungen (ZPO) in Jura und der geowissenschaftlichen Fakultät als auch die Promotionsordnung in Biologie geändert. Am Beispiel der Ma-

gister-PO und der Biologie-PO kann man erkennen, wie der Senat die Umsetzung der HRG-Novellierung betreibt. Im Entwurf für eine neue Magister-PO war von Seiten des beratenden Gremiums (Gemeinsamer Ausschuß) keine vom Rektorat als ausreichend angesehene Notendifferenzierung für die Zwischenprüfung vorgesehen, weshalb dieses intervenierte und die Notegebung "gut bestanden", "bestanden" bzw. "nicht bestanden" durchsetzte. Die Zwischenprüfung ist jetzt bis spätestens zum Beginn des fünften Fachsemesters abzuschließen. Die Studienanforderungen für Neben-



Sketch an der Uni Freiburg gegen die HRG-Novellierung im WS 84/85.

studiengänge beim Magisterstudium haben z.B. für Biologie einen Umfang eines sechssemestrigen Biologiestudiums. Prorektor Löwisch führte in der Senatssitzung aus, daß das Wissenschaftsministerium signalisiert habe, "keine Nebensstudiengänge zu genehmigen, die weniger als 40 Wochenstunden ausweisen." Die entsprechend geänderte Ordnung ist bereits beschlossen. An der neuen Biologie-PO sind etliche als Kleinigkeiten erscheinende Punkte geändert worden, die es aber in sich haben. An anderen Universitäten erbrachte Studienleistungen werden nur angerechnet, "sofern sie benotet worden sind" und die "Gleichwertigkeit" nachgewiesen wird. Bei den Prüfungen gibt es in Zukunft Zwischennoten, d.h. z.B. statt einer 3 kann eine 2,7 oder 3,3 vergeben werden. Weiter kann das Thema der Diplomarbeit nur noch "im Einvernehmen mit dem Betreuer" gewählt werden. Eine Verlängerung der Bearbeitungszeit über die vorgesehenen sechs Monate hinaus ist nur noch "auf gemeinsamen Antrag von Diplomand und Leiter der Arbeit" möglich. Weiter muß eine nichtbestandene Diplomprüfung "innerhalb von sechs Monaten wiederholt werden." Bedenklich ist, daß all die PO-Änderungen kaum auf Widerstand stoßen und im Senat zum Teil sogar einstimmig beschlossen worden sind. — (beh)

Bauernverband

Oppositionelle Bauerngruppen verstärken ihre Zusammenarbeit

Der Bauernverband entpuppt sich mehr und mehr als Hebel, um die Regierungspolitik unter den Bauern durchsetzbar zu machen. Das war zuerst bei der Einführung der Milchquotenregelung der Fall und in diesem Jahr bei den ruinösen Getreidepreissenkungen.

Weil sich viele Bauern nach Einführung der Quotenregelung durch den Bauernverband nicht ausreichend vertreten fühlten, bildete sich im letzten Jahr bundesweit die "Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung" und in Schleswig-Holstein die "Interessengemeinschaft für eine gerechte Milchmengenverteilung". Aber auch schon vorher hatten sich in verschiedenen Teilen der BRD oppositio-

duktion. Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspunkte rückt die Forderung nach gewinnbringenden Erzeugerpreisen immer mehr in den Vordergrund. Zunächst von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft aufgestellt, wird die Forderung nach gestaffelten Erzeugerpreisen zugunsten kleiner Betriebe inzwischen auch von den meisten anderen Organisationen diskutiert.

Mit der zunehmenden Kritik am Bauernverband werden auch die Stimmen lauter, die eine verstärkte Zusammenarbeit der oppositionellen Kräfte fordern. Einige der Gruppen arbeiten bereits seit längerem zusammen, so z.B. in Schleswig-Holstein die Arbeitskreise der abl mit der Interes-

und schlägt in die gleiche Kerbe wie Heuer. Ohne selbst offen Stellung zu beziehen, wurden im schleswig-holsteinischen Organ des Bauernverbandes Leserbriefe und Kommentare aus Tageszeitungen abgedruckt, die auf dieselbe Art hetzten. Der abl wurde eine Stellungnahme verweigert. Unterdessen haben die IG und die abl die Zusammenarbeit verstärkt. Die inhaltliche Auseinandersetzung führte zu einer Annäherung der Standpunkte. So hat die IG z.B. die Forderung nach gestaffelten Preisen in ihr Programm aufgenommen. Zur NORLA, einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Schleswig-Holstein, wurden gemeinsam ein Stand und eine Pressekonferenz durchgeführt. Im Oktober findet eine Großveranstaltung der IG statt, auf der der Bundesvorsitzende der abl spricht.

Der Druck von seiten der Bauern in Richtung auf Gründung eines zweiten Bauernverbandes wächst. Fast keine Versammlung der genannten oppositionellen Gruppen vergeht, ohne daß dieses Thema angeschnitten wird. Der bayerische Flurbereinigungsbund ist in diese Richtung ja bereits aktiv geworden. Um ein Zerfleddern in kleine, nebeneinanderher arbeitende Verbände zu verhindern, will die abl jetzt bundesweit aktiv werden. Zu ihrer Mitgliederversammlung im November werden alle oben genannten Gruppen eingeladen, um das Thema eines "zweiten Bauernverbandes" zu diskutieren. Einzelne Organisationen haben bereits Zustimmung signalisiert. Allerdings müßte bis zur Gründung noch erhebliche Vorarbeit geleistet werden, sowohl inhaltlich als auch organisatorisch. Dabei werden organisatorische Probleme wie die Bildung von Landesverbänden oder Aufbau einer Rechtsberatung noch die einfacheren sein. Viel schwieriger wird die inhaltliche Auseinandersetzung, denn als einziger gemeinsamer Nenner ist die Forderung nach "Erhalt bäuerlicher Familienbetriebe" zu wenig. Damit ist noch nicht einmal eine Abgrenzung zu den Faschisten erreicht, wie es sich in der öffentlichen Auseinandersetzung auch schon gezeigt hat. In Schleswig-Holstein sind bereits mehrfach Bauern, die Mitglied oder sogar führende Kräfte in der NPD sind, auf Veranstaltungen der Interessengemeinschaft und der abl aufgekreuzt. Der Bauernverband stützt diese Kräfte durch reinweise Veröffentlichung ihrer Leserbriefe. In einem Buch des führenden Agrarpolitikers der NPD, P. Petersen, hat Bauernverbandspräsident Heeremann sogar ein Geleitwort geschrieben. Um so dringender ist es, daß die bäuerlichen Oppositionsgruppen sich mit den faschistischen Agrarprogrammen auseinandersetzen. Vielleicht kann das von antifaschistischen Organisationen unterstützt werden.

— (hei)



Aktion der Bauernopposition beim Bauerntag Juli 1985 in Ludwigshafen

nelle Bauerngruppen gebildet. Mit Arbeitskreisen in allen Bundesländern gibt es seit zehn Jahren die "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" (alb). In Bayern gibt es seit einiger Zeit den "Bayerischen Flurbereinigungsbund", der jetzt einen zweiten Bauernverband gründen will. Weiterhin gibt es die "Unabhängige Bauernbewegung Odenwald" und den "Arbeitskreis praktischer Landwirte Ostfrieslands".

Obwohl es unterschiedliche Akzente gibt, ist das vorrangige Ziel aller Gruppen der Erhalt bäuerlicher Betriebe, das heißt Betriebe, in denen die Arbeit im wesentlichen von der Familie erledigt wird. Bei den einen macht sich das mehr am Kampf gegen die Flurbereinigung fest, bei den anderen an der Milchquote oder am Eindringen großindustrieller Unternehmen in die landwirtschaftliche Pro-

sengemeinschaft für eine gerechte Milchmengenverteilung (IG). Mitglieder der abl hatten seit Gründung der IG vor 11 1/2 Jahren darin mitgearbeitet. Zunehmend waren auch Mitglieder der IG zur abl gekommen, weil ihnen klar wurde, daß die Quotenregelung nicht ein rein milchspezifisches Problem ist und das eingeschränkte Programm der IG nicht ausreicht, um der zunehmenden Vernichtung von Bauernhöfen etwas entgegenzusetzen. Das Ganze spitzte sich zu auf einer Mitgliederversammlung der IG im Juni dieses Jahres, auf der sich die überwiegende Mehrheit für eine Zusammenarbeit mit der abl aussprach. Der Vorsitzende Heuer, der gegen die abl schon immer als "von Grünen und Kommunisten unterwandert" gehetzt hatte, trat daraufhin zurück.

Der Bauernverband weicht einer inhaltlichen Auseinandersetzung aus

"Augsburger Friedenspreis" Der NS-Standortpfarrer gilt als würdiger Empfänger

Augsburg. Erstmals in diesem Jahr (auf Vorschlag der CSU) hat die Stadt Augsburg einen "Friedenspreis" verliehen. Die Preislage ist 25000 DM; Anlaß die Tradition des Augsburger Friedensfestes, zuerst am 9.8.1650 von den Protestanten gefeiert. Damals mußte die katholische Reaktion nach dem 30-jährigen Krieg ihre Gewaltmaßnahmen gegen Andersgläubige wieder reduzieren. Der heutige Friedenspreis soll verliehen werden für "interkonfessionelle Leistungen", als wäre der heutige Widerspruch zwischen Protestanten und Katholiken noch von ähnlicher Schärfe wie damals. Der Tradition des Friedensfestes wäre man allenfalls gerecht geworden durch einen Preis für Stärkung der friedlichen Koexistenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Die Wahl der erlesenen Jury fiel auf den evangelischen Bischof Hermann Kunst aus Bonn, mit der Begründung, dieser habe Verdienste um die "Ökumene", also die Zusammenarbeit zwischen Evangelischen und Katholischen. Die Jury hat sich mit dieser Wahl dem Verdacht ausgesetzt, ganz andere Verdienste im Auge gehabt zu haben. Der Augsburger Bund für Geistesfreiheit hat bekanntgemacht, daß Hermann Kunst eine Vergangenheit sowohl als Militärpfarrer im Faschismus wie als oberster Militärbischof in der Bundeswehr hat, und hat infrage gestellt, ob die Wahl dieses Preisträgers eine glückliche Hand beweist.

Die Überprüfung anhand gedruckter Quellen hat ergeben, daß H. Kunst am 7.11.1935 als Standortpfarrer bei der Vereidigung von Rekruten in Herford tätig war, was er auch nicht abstreitet, und dort Sätze zum besten gab, an die er sich nicht mehr erinnern kann: "Meine Kameraden! Wenn ihr in dieser Stunde den Treueeid auf den Führer und Kanzler unseres Volkes, den obersten Kriegsherrn, Adolf Hitler, leistet, tretet ihr damit ein in den Kreis der Männer, die bereit sind, mit Leib und Leben einzustehen für die Ehre und Freiheit, Sicherheit und Kraft des Reiches ... Das sage ich euch nicht als irgendeine Meinung, das sage ich euch als ein berufener Diener am Wort."

Für seine seelsorgerischen Leistungen und seinen Einsatz als Feldgeistlicher an der Rußland-Front verliehen die Faschisten ihm das Eiserne Kreuz. Parallel will H. Kunst sich aber der Bekennenden Kirche angehörig gefühlt haben und mit dem KZ bedroht gewesen sein.

Falls dies der Fall war, hat der Antimilitarismus der Bekennenden Kirche bei H. Kunst jedenfalls nicht lange vorgehalten. Er war bereits 1955, da-



Militärbischof Kunst

mals zunächst noch geheim, kommissarischer Militärbischof. Er blieb es bis 1972. 1969 unterzeichnete er mit Generalen zusammen eine Untersuchung, wie die Wehrdienstverweigerung einzudämmen sei, die in dem Papier als "Krankheit der Gesellschaft" bezeichnet wurde.

Auf die Veröffentlichungen hat Bischof Kunst fromm reagiert: "Mein Richter ist nicht dieser Verein." Sein Reich ist nicht von dieser Welt? Man ist gespannt, ob bei der Preisverleihung am 13.10. nicht doch auch weltliche Stimmen laut werden. Quellenhinweis: "Spiegel" 20.10.1969 und 3.12.1973; "Pardon" 11/1967; Süddeut. Ztg. 14./15.8.85; Podium, Stadtmagazin Augsburg, Sept. 1985 — (ael)

STEAG

Klagedrohung gegen Apartheid-Gegner

Essen. Der in Essen ansässige Energiekonzern STEAG hat drei Unterzeichnern eines Einladungsschreibens an verschiedene Organisationen und Gruppen zu Aktionseinheitsverhandlungen in Essen, dem der Aufruf "Stoppt die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika" beilag, mit Klage gedroht. In dem Aufruf, den schon rund 20 Organisationen unterzeichnet hatten, wird auch der STEAG militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika angelastet, die Südafrika u.a. die technischen Voraussetzungen zum Bau der Atombombe verschafft. Dies leugnet die STEAG.

In einer Presserklärung, die mehrere Organisationen, u.a. Anti-Apartheid-Bewegung, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen, DFG/VK, Die Grünen, Falken, Jusos und VDS, am 10.9.1985 abgegeben haben, heißt es:

"In einem Aufruf ... wird darauf hingewiesen, daß bundesdeutsche Unternehmen 'Nuklearteile, Waffen, mi-

litärische Güter, Rüstungslizenzen und ganze Systeme' an das Rassisten-Regime geliefert haben. In dem Aufruf ... werden neben der STEAG noch namentlich genannt: Siemens, Rheinmetall, MAN, BMW, SEL, Heckler & Koch ... Der Versuch der STEAG, durch die Anwendung juristischer Schritte ihre schmutzigen Geschäfte mit der Rassendiktatur zu bemänteln, dürfte zum Scheitern verurteilt sein. Es ist nämlich eindeutig erwiesen, daß die STEAG über lange Jahre mit der südafrikanischen Uran-Firma UCOR zusammengearbeitet hat und in diesem Rahmen das sog. Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung an UCOR weitergegeben hat. Die STEAG besitzt das weltweite Nutzungsrecht für diese Technologie."

Die STEAG behauptet demgegenüber in einem Brief: "Bei dem Vertrag STEAG AG/UCOR handelte es sich lediglich um eine Vereinbarung über die Durchführung einer vergleichenden Wirtschaftlichkeitsstudie über das südafrikanische nukleare Anreicherungsverfahren und das Trenndüsenverfahren unter südafrikanischen Verhältnissen. In dem Vertrag hatten sich die Partner verpflichtet, alle Ergebnisse ausschließlich für wirtschaftliche Zwecke zu nutzen. Diese Zusammenarbeit wurde 1976 beendet." In einer bekanntgewordenen vertraulichen Notiz vom 25.11.1975 spricht die STEAG indirekt jedoch selbst von einem militärischen Zweck: Sie weist in dieser Notiz darauf hin, "... daß die geringe militärische Bedeutung des Verfahrens schnellstmöglich glaubhaft dargestellt" werden müsse.

Die STEAG forderte die Unterzeichner der Einladung auf, bis zum 10.9. Unterlassungserklärungen abzugeben. Dazu haben sich nur zwei der drei Unterzeichner geäußert, keiner distanzierte sich. Während des bundesweiten Aktionstages am 5.10.85 soll auch in Essen die Klagedrohung bekannt gemacht werden. — (syb)



Siemens allein beutet 2500 schwarze Arbeiter in Südafrika aus, meist zu Hungerlöhnen unter 3,60 DM die Stunde.

Nahrungsmittelindustrie

Unregelmäßige Arbeitszeit soll Normalfall werden – Lohnsenkung und Arbeitshetze nehmen zu

Der Kreis Schleswig-Flensburg ist ein sehr ländlicher Kreis. An bedeutender Industrie gibt es nur die Nahrungsmittelindustrie. Nach dem öffentlichen Dienst und der Bundeswehr ist dies der drittgrößte Ankäufer von Arbeitskraft im Kreis. Hier werden z.T. die landwirtschaftlichen Produkte aus der Gegend industriell verwertet. Die Unternehmen sind insofern eng mit den Dörfern im Kreis verwoben. Da sie oft der einzige Großbetrieb am Ort sind, hängen viele Arbeiterexistenzen eng mit diesem Betrieb zusammen. Die Unternehmen können dadurch auch auf die Gemeindepolitik einen recht beträchtlichen Einfluß ausüben bzw. durch ihre Leute in den Gemeinderäten ausüben lassen. Siehe hierzu nebenstehenden Artikel "Die Gemeinde hat unsere Anregung ... aufgegriffen".

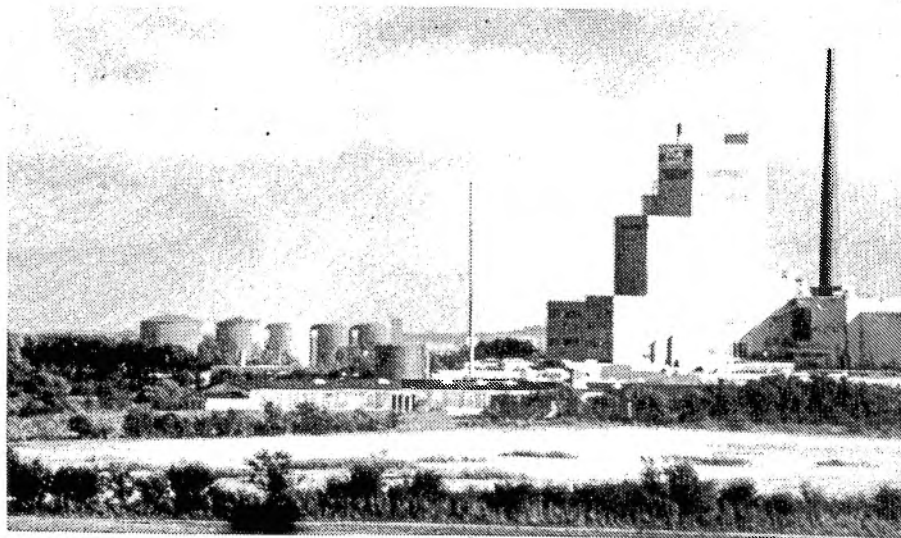
An Unternehmen gibt es im Kreis die Firmen (Name/Branche/Beschäftigte/Durchschnittsalter)
Nordfleisch, Raiffeisen/Schlachthof/120 P./50 J.
Hansa-Fleisch/Schlachthof/150 P./30 J.
Plumrose Böklunder/Fleischverarbeitung/400–500 P./n.b.
Redlefsen, Satrup/Fleischverarb./400–500 P./50 J.
Zucker AG/Zuckerherstellung/260+40 P./50 J.
Nordfrischen/Butter, Milchherst./120 P./38 J.
Kartoffelverwertung/Alkoholherst./13 P./50 J.

Viele Firmen arbeiten kampagnemäßig, die einen wie Zucker AG und

Kartoffelverwertung (KVG) speziell von Mitte September bis Mitte Dezember, in den fleischverarbeitenden Betrieben wurde Saisonarbeit immer mehr ausgeweitet, der Übergang ist fließender.

In fast jedem Betrieb gilt ein anderer Tarif, die Spritfabrik KVG hat gar keinen und hält sich insofern nur streng an die für die Kapitalisten sehr weit gefaßten Gesetze. Durch die Kampagnearbeit können die Kapitalisten aber auch die Manteltarife bezüglich Arbeitszeiten und Arbeitsschutzvorschriften noch weitgehend umgehen. Und so beträgt in der Kampagne in fast allen Betrieben die Arbeitszeit 4–24 Stunden, der Durchschnitt "normal" liegt bei zehn Stunden pro Tag, bei Bedarf – wenn etwas kaputtgeht oder noch Ware ankommt – auch länger. Samstag ist normaler Arbeitstag, z.T. wird sonntags gearbeitet. Hinzu kommen Akkord, Arbeitshetze, sehr wechselnde Temperaturen, Lärm. Daß bei solchen Arbeitsbedingungen während, spätestens aber am Ende der Kampagne die Arbeiter kaputt sind und auf Dauer verschlissen werden, ist klar. Wir sind hierauf in den nebenstehenden Artikeln "Saisonarbeit – erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft" und "KZ Hansa-Fleisch" genauer eingegangen.

Die Kapitalisten bemühen sich vielfältig, die Löhne der Arbeiter immer noch weiter zu senken (siehe Beispiel Hansa-Fleisch). Bei Plumrose wurden



Das Bild zeigt die Zucker-AG und die Nordfrischen.

Saisonarbeit: Erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft

Ein Arbeiter, der im ersten Betriebsjahr Hautausschlag und Hautjucken bekam, suchte einen Hautarzt auf. Dieser führte die übliche Behandlungsmethode durch: Kortisonsalbe, Pillen gegen Hautjucken. Die Folge: durch die Pillen trat eine starke Müdigkeit auf, so daß ein Arbeiten nicht mehr möglich war. Die Kortisonsalbe gab nach kurzer Zeit ihre unterdrückende Funktion auf. Also das gleiche Problem. Auf Drängen des Arbeiters wurde ein Allergietest durchgeführt. Ergebnis: bis auf einen Teststoff alles positiv, also allergisch. Folgerung des Arztes: keine. Zweite Kampagne. Gleiche Erscheinungen wie im 1. Jahr. Hinzu kam ein allergischer Schnupfen. Im dritten Kampagnejahr entwickelt sich der Schnupfen zum Allergischen Asth-

ma. Ansonsten wie im 1. und 2. Jahr. Die Behandlung durch einen HNO-Arzt wird vorgenommen. Dieser stellt fest, daß die Nasenschleimhäute zu stark reagieren, und ätzt diese teilweise weg. Der Lungenfacharzt hält diese Maßnahme für total falsch, gibt es aber nicht zu, sondern rät dem Arbeiter, nur bei ihm in Behandlung zu bleiben. Auf Grundlage der Untersuchung des Lungenfacharztes wird der Arbeiter über Monate krankgeschrieben. Die Krankenkasse schaltet sich ein, um eine Untersuchung durch die zuständige Berufsgenossenschaft zu veranlassen. Diese wird ein halbes Jahr später durchgeführt, als der Gesundheitszustand wiederhergestellt ist. Ergebnis der Untersuchung: das Asthma "hat sich auf anlagebedingter bzw. schicksalshafter (!) Grundlage entwickelt". In Bezug auf die Hautallergie ergeht der Bescheid, "daß sie

mit der Tätigkeit in Zusammenhang steht. Es fehlen aber die Merkmale der Schwere ..." Ein Anspruch auf Entschädigung wird in beiden Fällen abgelehnt. 4. Kampagnejahr: Reaktionen auf Formaldehyd und Hausstaubmilben haben sich verstärkt (wobei von keinem einzigen Arzt der Unterschied zwischen "Hausstaubmilben" und "Fabrikstaubmilben" erklärt werden konnte, Hausstaub soll also nur suggerieren, daß die Krankheit nichts mit der Arbeit zu tun hat). Der Hausarzt und der Amtsarzt befürworten eine Kur. Während der Kur wird das Allergische Asthma und die Hautallergie auf ein beschwerdefreies Maß herabgebracht. Nach Arbeitsaufnahme jedoch beginnt das gleiche Dilemma wieder. Anfang der 5. Kampagne: Thrombose. Krankenhausarzt und Hausarzt vermuten die Ursache in der Hautallergie.

Frauen aus den Leichtlohngruppen entlassen und Männer für den gleichen Lohn wieder eingestellt. Bei Redlefsen werden zur Fleischverarbeitung "Freischaffende" (selbständige Schlachter) eingesetzt, um den Kolonnenlohn der fest angestellten Arbeiter zu senken und den Akkord zu erhöhen. Mit ihren bisherigen Maßnahmen, die Arbeitsleistungen hochzuschrauben und den Lohn zu senken, sind die Nahrungsmittelkapitalisten schon ein gu-

tes Stück weit gekommen. Das ermutigt sie. Eine neue Masche bei den Fleischereibetrieben ist die von den Unternehmensberatungen durchgeführte Arbeitsplatzbewertung – jetzt bei Nordfleisch durchgeführt, bei Redlefsen geplant –, die eine Lohnkostensenkung von 35 % bringen soll. Jeder Arbeitsplatz wird nach Punkten bewertet und bezahlt. Jeder Arbeiter innerhalb einer Schlachtkolonnie wird entsprechend anders bewertet. Der

Lohn wurde sonst für die ganze Kolonne als Stück- oder Akkordlohn pro Schwein bezahlt. Die Aufspaltung in einzelne Arbeitsgänge und auch Spaltung der Löhne innerhalb einer Kolonne wird somit vorangetrieben. Die Lohnabrechnung, worüber jetzt schon manche Kollegen um ihr Geld betrogen werden, wird noch schwieriger nachprüfbar.

Quelle: Schleswiger Nachrichten, div. Jahrgänge – (sah, per, hir, ale)

"KZ" Hansa-Fleisch

Geschäftsfreunde der Firma Mundt (Hansa-Fleisch KG in Fährdorf bei Schleswig) nennen die Büroräume der Geschäftsleitung "die Wolfsschanze". Die Arbeiter nennen den Betrieb "KZ Hansa-Fleisch". Warum, soll hier erläutert werden.

Aussagen des Unternehmers E. Mundt nach reichlichem Alkoholgenuß: "Wer es länger als 5 Jahre bei mir aushält, hat sich gedrückt." Oder: "Ich muß sehen, daß ich junge Leute kriege, die Alten fallen bald um wie die Fliegen." – An diesen Äußerungen kann man das geistige Klima erkennen, in dem sich die Geschäftsleitung befindet. Bevor wir uns die Arbeitsbedingungen ansehen, ein Vergleich der Stücklöhne zwischen der Fa. Hansa-Fleisch und der Schlachthofgesellschaft Annus, Niebüll.

Stücklohn 1981 Schwein/Rind

Hansa-F.	DM	1,98	8,92
Annus	DM	2,18	10,82

Bei Annus gab es die normalen Lohnerhöhungen von 3 %, während Hansa 1985/86 1,415 DM pro Schwein und 7,339 DM pro Rind zahlt. Nur der Mundt ist brutaler. Um aber auf das gleiche Geld zu kommen wie vor fünf Jahren, müssen die Hansa-Arbeiter statt 180 nun 240 Schweine in der Stunde schlachten. Doch das ist ein Trugschluß, denn Stücklohn bedeutet, daß an einem Tag 2000 und am nächsten Tag nur 600 Schweine geschlachtet werden. So beträgt auch die Arbeitszeit an einem Tag 14 Stunden und am nächsten nur 4 Stunden. Alles gerade so, wie der Markt es will. Dazu kommt, daß 6 Mio. DM für neue Geräte und Maschinen investiert wurden, aber 200000 DM für eine Belüftungsanlage angeblich nicht finanzierbar sind. Und so stehen sie, die Arbeiter, in Dunst und Wrasen von den Brühkesseln (+60°), dazu der Lärm der Borstenmaschine, der Brenner und des automatischen Hackers (86-100 dB). Dahinter die Gefrierräume (0/-15/-45°) und die kalte Zugluft. Erkältung zählt nicht als Krankheit, auch Durchfall ist Tagesgeschäft sowie Unfälle durch Übermüdung. Es sind langsam auftretende Krankheiten,

die mit Gelenkschmerzen beginnen und mit Rheuma und Muskelschwund enden; Nierenbeckenentzündung bis Nierenfunktionsstörung und Infarkte, die zur Aufgabe des Arbeitsplatzes führen.

Gegen diese verschiedenen Schindereien der Kapitalisten kam es in den letzten Jahren zu erheblichen Warnstreiks bei Stücken, Annus, Nordfleisch und Hansa-Fleisch. In diesem Jahr kam es bei Hansa-Fleisch zu einer unkontrollierten, vollkommen spontanen Arbeitsniederlegung.

B. – Schlachter

Scharfe Messer blitzen im Schlachthof früh um vier. Man sieht die Kerle schwitzen, nach Blut stinkt es hier.

Der Männer starken Arme werden hier verbraucht; man schneidet hier die Schwarte und sich selber auch.

Hier ist es ständig zugig und immer naß und kalt; kaum einer der Kollegen wird hier wirklich alt.

Früh bekommst Du Rheuma, die Gelenke tun Dir weh, dann schwinden Dir die Muskeln und Du kannst kaum noch gehn.

Was hat es Dir genützt dann, kranker Arbeitsmann, daß Du in jungen Jahren der schnellste warst am Band.

Scharfe Messer blitzen im Schlachthof früh um vier. Andere Kerle schwitzen, nach Blut stinkt es hier.

Dieses Lied wurde 1982 für einen Arbeiter verfaßt, der in Frührente gehen mußte.

"Die Gemeinde hat unsere Anregung aufgegriffen..."

Der Einfluß der Nahrungsmittelkapitalisten auf die Gemeindevertretungen soll an zwei Beispielen dargestellt werden:

1.) Plumrose in Böklund: Das Werk wurde 1980-1982 rationalisiert und vergrößert. Für eine schnellere und bessere Verkehrsverbindung zur Autobahn und B 76 wurde von der Gemeinde Böklund mit öffentlichen Mitteln von Kreis und Land eine Ortsumge-

hungsstraße gebaut, die "zufällig" vor der Haustür der Plumrose Böklunder vorbeiführt.

2.) Zucker-AG Schaalby/Moldenit: Die Zucker-AG (ZAG) hatte ihre Lagerkapazitäten für Rübenschlamm ausgeschöpft; auszubaggern und die Erde auf Ackerland oder in Kiesgruben auszufahren, war ihr zu teuer. Eine Ablagerungsmöglichkeit fand sie in der Moldeniter Senke, einem alten Urstromtal, zu 2/3 Landschaftsschutzgebiet, an der Schlei. Die Gemeinde Schaalby war seit 1981 mehrheitlich gegen die geplante Rübenerrdedeponie, da sie Lärm-, Geruchs- und Umweltbelästigungen befürchtete. Der Kreis entließ schließlich die entsprechenden Teile der Senke aus dem Landschaftsschutz. Die ZAG setzte auf Hans-Georg Andresen, CDU-Gemeindevertreter, Landwirt (1500 Schweine), Aktionär der ZAG, zeitweise auch Kreistagsabgeordneter. Er verpachtete die Senke in Moldenit, die er selbst erst drei Wochen zuvor gekauft hatte, an die ZAG. Im April wurde derselbe Andresen nach einigem Schmieren bzw. Hinausdrängen unbequemer Gemeindevertreter knapp zum Bürgermeister von Schaalby gewählt. Im April 1982 verurteilte das Verwaltungsgericht Schleswig die ZAG, per Gutachten nachzuweisen, daß sie keinerlei andere Kapazitäten habe bzw. das Ausfahren der Rübenerrde nicht wirtschaftlich sei. Im Juni 1982 wurde eine Teilgenehmigung zur Nutzung nur des einen der drei Polder erteilt. Studien, "Nachweise", daß die ZAG die Senke unbedingt sofort benötige und daß keine Belästigung erfolge, wurden lt. Gericht erbracht. Im September 1982 wies das OVG Lüneburg die Klage der Gemeinde Schaalby gegen die ZAG zurück, womit ihr die Planungshoheit abgesprochen wurde.

1984 stellte das OVG Lüneburg unanfechtbar fest, daß die Kosten für das Gutachten außergerichtliche Kosten seien und von der Gemeinde zu tragen sind – rd. 100000 DM. Die ZAG ist nun fein raus. Sie nutzt die Rübenerrdedeponie, kann den Gestank ungehindert ablassen, die Kosten für ihr Gutachten zu ihren Gunsten muß die Gemeinde zahlen.

Tarifabschluß in der Papierindustrie

Mannheim. Gleich am 1. Verhandlungstag, dem 24.9.85, haben sich Arbeitgeberverband und Große Tarifkommission der IG Chemie Baden-Württemberg auf 3,8% Lohnerhöhung geeinigt. Die Forderung war 6% plus 13 DM Aufstockung der vermögenswirksamen Leistungen auf 52 DM. Die Papierindustrie hat mit Erhöhungen in anderen Branchen argumentiert. Die Papierbranche macht z.Zt. ausgesprochen hohe Gewinne. Die Verhandlungsführung der IG Chemie hat dies nicht genutzt, auch sie setzt auf "ihre Kapitalisten" als Marktführer in Europa. — (edr)

Streik bei PROGRAMMA

Gerstetten. 20, 36 und der Rekord: 48 Arbeitsstunden am Stück, Samstags- und Sonntagsarbeit waren vor kurzem noch "normal" im jungen tarifungebundenen Autoradiowerk PROGRAMMA (60 Beschäftigte) auf der Schwäbischen Alb. Die Frauenlöhne liegen bei 9 DM und darunter. Ein Techniker hat 600 DM/Monat unter Tarif. Statt 30 gibt es nur 25 Tage Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Lohnerhöhungen nach Gutdünken. Nach

Westberlin. Ca. 300 Feuerwehrleute demonstrierten am 18. September für die gesetzliche Absenkung des Rentenalters bei der Feuerwehr zum Innensenator. Dieser weigerte sich, persönlich einen von 1900 Feuerwehrleuten unterzeichneten Brief anzunehmen. Forderungen in Sprechchören und auf Transparenten u.a.: "Mit 60 Jahren auf der Leiter — das macht nur den Senzenmann heiter" oder "So gern wir allen Hilfe geben — die Altersfrage geht ums Leben — deshalb 55-Jahres-Grenze". — (gug)



Warnstreiks war Chef Röhlich zu einer stufenweisen Tarifierhöhung bis 1987 bereit — machte sie allerdings abhängig von der Geschäftslage. Daraufhin traten am 19.9. alle IG Metall-Mitglieder (38) des Werks in Streik. Seit 25.9. drohen 500000 DM Geldstrafe, wenn Röhlichs 18 Getreue und Leiharbeiter nicht durch die aus Heidenheimer Großbetrieben verstärkte Streikpostenkette gelassen werden. Jetzt heißt es, PROGRAMMA könne ohne die Qualifikation der Streikenden keine Radios produzieren. Die Streikfront steht. Die IGM ist zuversichtlich, in ca. zwei Wochen einen Anerkennungstarifvertrag erreicht zu haben. — (frr)

Krankenpflegepersonal wehrt sich

Frankfurt. Über 1000 Leute nahmen am 23.09. an einer Demonstration der ÖTV mit folgenden Forderungen teil:

- Keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan!
 - Keine Absenkung der Auszubildendenvergütung! (um 30% geplant)
 - Keine Rufbereitschafts-, Bereitschaftsdienste und Überstunden für Azubis!
 - Qualifizierte praktische Ausbildung auf den Stationen!
 - Keine Einschränkung des Rechts auf Bildungsurlaub!
- In Kassel fand eine Demonstration zum gleichen Thema statt. — (rst)

Unbefristeter Streik bei den Thalerwerken

Seit dem 18.9. streiken die gewerblichen Beschäftigten der Maschinenfabrik Thalerwerke in Weddelbrook bei Bad Bramstedt. Der Betrieb, der Kabelverlegemaschinen herstellt, hat 80 Beschäftigte, davon 40 gewerblich. Nach fünf Verhandlungen und zwei Warnstreiks für einen Haus-Lohntarifvertrag gab es in der Urabstimmung der 33 IGM-Mitglieder nur eine Gegenstimme. Die acht Leiharbeiter des DIS nahmen am ersten Tag aus Solidarität die Arbeit nicht auf. Die DIS, von Hamburger Betriebsräten unter Druck gesetzt, zog ihre Arbeiter zurück. Vier der von ihr entlassenen Arbeiter haben jetzt einen Zeitvertrag mit den Thalerwerken. Delegationen aus den IGM-Verwaltungsstellen und verschie-

denen Betrieben haben die Arbeiter bisher unterstützt. Für diese Woche ist auch eine Kundgebung der ÖTV Kiel angekündigt. Verhandlungsbereitschaft zeigt der Kapitalist bisher nicht, er bietet nur Einzelarbeitsverträge an. — (kaq)

DGB-Demonstration gegen Sozialabbau

Frankfurt. Die DGB-Demonstration am 19.10. hat folgenden Ablauf: 9.30 Uhr Abmarsch von drei Sternmärschen: — DGB-Haus (betriebliche Deleg., umliegenden DGB-Kreise, Teilnehmer, die am Ostbahnhof ankommen); — Ost-Bahnhof (Kreise Hanau, Offenbach, Postgewerkschaft, IGM); — West-Bahnhof (Gießen, Friedberg, IGM). Beginn der Kundgebung: 11 Uhr Römerberg. Redner: M. Kiese-wetter (DGB-Kreisvors.), H. Janßen (IGM), A. Vandreike (Personalratsvorsitzender d. Stadt FfM — zur Verklage gegen das Hess. PersVG), H. Frank (stellv. DGB-Landesbez.vors.) — (gst)

Urabstimmung bei der LTU

Düsseldorf. Die zentrale Streikleitung der DAG führte in der Zeit vom 18. bis 30.9. eine Urabstimmung über Streik unter dem fliegenden Personal der Charterfluggesellschaft durch, "um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Freizeit" für die 470 Flugbegleiter, Piloten und Ingenieure der LTU durchzusetzen. Die Tarifverhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag waren von der DAG für gescheitert erklärt worden. — (rub)



Bolivien: Um den Generalstreik zu unterdrücken, verhängte die Regierung am 19.9. den Ausnahmezustand, ließ durch Polizei (Bild) u.a. das Parlament, fünf Gewerkschaftszentralen, die San-Andres-Universität und die Verwaltung der Bergbaugesellschaft abriegeln und Gewerkschaftsfunktionäre inhaftieren. Die Regierung hat 144 Gewerkschafter, darunter den Vorstand des Gewerkschaftsbundes COB, mit Flugzeugen in die Region Amazonas verschleppen lassen. Mit dem Generalstreik fordern die Industrie- und Landarbeiter die Rücknahme des unter Druck des IWF verhängten Lohnstopps und der Streichung der Subventionen für Lebensmittel und Benzin. — (gba)

Fliegerhorstfest Wunstorf

Bundeswehr ist kaum unter Druck gekommen

Mitten im Großmanöver "Trutzige Sachsen" feierte die Bundeswehr am 14.9. das 50jährige Jubiläum des Fliegerhorsts Wunstorf. Dieser ist heute der Standort des Lufttransportgeschwaders 62, das mit den Flugzeugen Do 28 und Transall C-160 ausgerüstet ist.

Mit Platzkonzert, "Tag der Offenen Tür", Hallenfest (unter Mitwirkung des NDR), Fahnenbandverleihung und Großem Zapfenstreich warb ein buntes Programm für die Bundeswehr und ihren Auftrag.

Die neuen Fachleute für imperialistische Raubzüge demonstrierten Selbstbewußtsein und Traditionspflege: 1934 mußte der Fliegerhorst zunächst heimlich und unter Bruch des Versailler Vertrages aufgebaut werden, um ihn für die großdeutsche Neuordnung Europas einzusetzen. — Heute bewegt sich die Bundeswehr im Kreis von Verbündeten (beteiligten sich zum Teil auch am Fest), mit denen nach und nach sämtliche Rüstungsbeschränkungen aufgehoben wurden und die Grenzen Europas einmütig als unnatürliche Teilung angegriffen und zu ihrer Beseitigung hochgerüstet wird. Also viele Gründe für die Bundeswehr zum Feiern!

"10 Jahre Faschismus werden mitgefeiert", kritisierte demgegenüber eine örtliche Aktionseinheit (GRÜNE, Jusos, DKP, VVN). Mit nützlichen Untersuchungen enthüllte sie die Rolle des Fliegerhorsts bei dem II. Neuordnungsfeldzug des deutschen Imperialismus. Nachgewiesen wurde die Beteiligung am spanischen Bürgerkrieg und der Vernichtung der Stadt Guernica. Eine Städtepartnerschaft zwischen Guernica und Wunstorf wurde gefordert, als Abgrenzung zur faschistischen Tradition. Ohne Kritik an den imperialistischen Zielen der BRD und ihren militärischen Vorbereitungen muß auch das verhalten: In ihrem Flugblatt schrieb die Aktionseinheit nur von "bedrohlicher Aufrüstungspolitik der Gegenwart", die verharmlost werde.

Da fiel es dem Kommandeur des LTG 62 leicht, die Kritik aufzufangen. Er erkannte an, daß "der Fliegerhorst zwischen 1935 und 45 von den Nationalsozialisten mißbraucht wurde". Der CDU-Bürgermeister ging noch einen Schritt weiter. Er zog die Unterschrift unter eine Festschrift zurück, um sich von der bösen NS-Vergangenheit zu distanzieren: "Es wäre besser gewesen, das 30jährige Bestehen der Bundeswehr zu feiern".

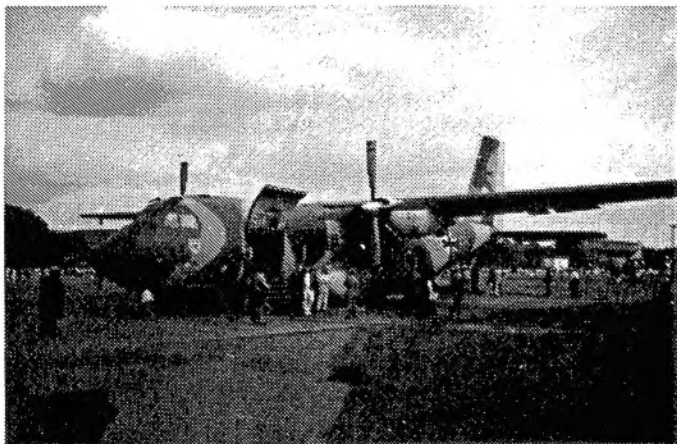
Die politische Opposition erreichte so zwar ein billiges Abrücken von der "dunklen Zeit", aber um so leuchtender wurde die Bundeswehr präsentiert. Sogar der seltene Segen eines Grünen-Rats Herrn wurde ihr zuteil: "... hätte 1986 das 30jährige Bestehen der Bundeswehr, als erste der Demokratie verpflichteten Armee, einen sehr viel besseren Rahmen für eine solche Veranstaltung abgegeben."

Fast ungetrübt konnte der stellvertretende niedersächsische Ministerpräsident Hasselmann dem LTG 62 das Fahnenband der Landesregierung verleihen. Anerkannt wurde der monatelange Einsatz in den Hungergebieten Afrikas. Dagegen wurde keine Stellungnahme bekannt, die diese Einsätze als begehrte Kriegsübung (Transporte über große Strecken, unter widrigen Bedingungen) und Schaffung/Beibehaltung von Abhängigkeiten angegriffen hätte. So blieb auch noch der Schein des heiligen Samariters, der die durch imperialistische Ausplünderung und Vernichtung eigenständiger Wirtschaft erzeugten Hungersnöte mildert, völlig unkritisiert.

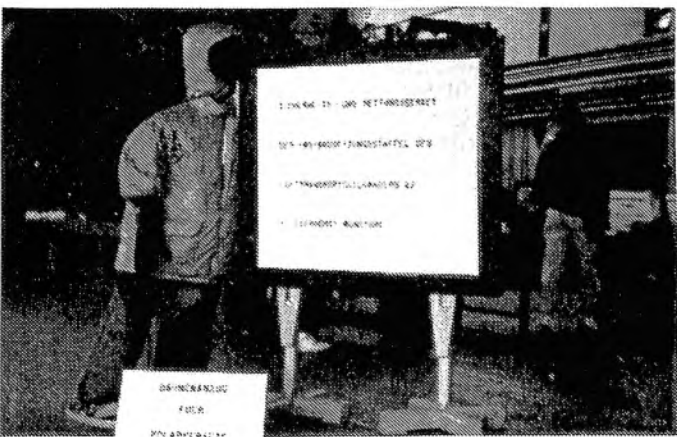
Eine Gegenkundgebung/Kulturfest brachte so nur 200 Leute auf die Beine. Das Festprogramm ging ungestört über die Bühne. 15.000 besichtigten den Fliegerhorst beim "Tag der Offenen Tür" und waren etwas allein gelassen bei der Aufforderung: "Unsere Waffen und Geräte dienen der Sicherung des Friedens, es sind keine Spielzeuge. Eltern, erklären Sie das bitte Ihren Kindern!" — (ard)



Einmarsch der ersten Fliegereinheiten in Wunstorf am 2. April 1936



Transall C160 des Lufttransportgeschwaders 62 beim 50-Jahr-Fest



Ist die Armee diesmal besser gerüstet für kalte russische Winter?



Protest bei dem Platzkonzert, 200 nahmen an einer Gegenkundgebung teil

Buchbesprechungen

Neuere Frauen- und Männerbücher

Zwischen Kaiserreich und heute

Irmgard Weyrather veröffentlicht vier biographische Interviews mit Frauen, die um die Jahrhundertwende geboren wurden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Kaiserzeit und der Zeit des Nationalsozialismus.

So unterschiedlich die vier Lebenswege auch waren, was ihre Ausbildung anlangt, haben sie eines gemeinsam: "Es wurde ihnen nicht gestattet, das zu lernen, was sie wollten." Die Erziehungsvorstellungen des Kaiserreiches lagen nicht nur in Bezug auf die Ausbildung falsch, auch die Vorbereitung auf das spätere Leben— an der Seite eines Mannes, der das Geld für die Familie verdienen sollte— war untauglich. Jede der vier Frauen mußte im Verlauf der Geschichte die materielle Existenz der Familie sichern. Wie sie die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erlebten, hing vom jeweiligen politischen Bewußtsein ab, das sie in den Jahren davor entwickelt hatten und von ihrem gesellschaftlichen Status, den ihnen der Faschismus zuteilte: Für die eine war es Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg, für die anderen Angst und Unsicherheit und für die dritten Terror und Verfolgung. (I. Weyrather, Ich bin noch aus dem vorigen Jahrhundert, Fischer-Taschenbuch 3763— heb)

Erbarmen mit den Männern

Das empfiehlt Maria Frisé der "Neuen Frauenbewegung" "als einen Weg, den Kampf zwischen den Geschlechtern zu beenden und großmütig und verständnisvoll nach neuer Gemeinsamkeit zu suchen". Die FAZ-Kommentatorin kündigt eine Untersuchung darüber an, was sich in den letzten zehn bis 15 Jahren im Verhältnis von Frauen und Männern erstaunliches geändert habe. Was folgt, sind eine

Menge Zitate aus Büchern der Frauen- und Männerbewegung, vermischt mit eigenen unbewiesenen Behauptungen über die Frauen. Eine Untersuchung an 400 Arbeiterinnen zeige, daß die Berufstätigkeit von Frauen nicht die Ursache dafür sei, daß das Familiengefüge ins Wanken gerate. Im Gegenteil, "die Arbeiterinnen kümmern sich zwar oft zu anderen Zeiten als nichterwerbstätige Mütter um ihre Kinder, doch im ganzen



Holzschnitt von Baldung, 1510

kaum weniger intensiv". "Acht Stunden, meist am Fließband, sieben Stunden daheim putzen, kochen, Kinder hüten... Ein Hundeleben? Nein, der normale Alltag von Arbeiterinnen, die Kinder unter fünfzehn Jahren haben. Und sie beklagen sich nicht einmal." Selbstbewußtsein und Gewicht der Frauen in der Familie wachse. Sie widerspricht sich selbst im Kapitel "Kinder— eine unpopuläre Anschaffung" und beklagt, "die Deutschen sterben aus". Frauen würden später oder gar nicht mehr die Ehe anstreben, häufiger die Scheidung beantragen. Was die Familie brauche, seien "Grundwerte, die zu schätzen und zu achten jedermanns Sache wäre". Das Buch ist ein Plädoyer gegen materielle Ansprüche und Schutzrechte, wie sie gerade von arbeitenden Frauen erhoben werden. (Erbarmen mit den Männern, rororo TB, 6,80 DM— düb)

Hexe gegen Magier

Die Hexenverfolgungen der beginnenden Neuzeit werden von Schriftstellerinnen der Frauenbewegung als Maßnahme der Männerherrschaft gedeutet, Reste weiblichen Selbstbewußtseins auszurotten. Eine Verbindung zu den Bauern- und Religionskriegen sucht auch das Büchlein "Ich bin eine Hexe" nicht. Judith Jannberg geht interpretierend Gefühlsäußerungen nach, die ihrer Meinung nach zeigen, daß der Kampf der Frauen einen spirituellen Hintergrund hat, der durch Maßnahmen dieser Welt nicht zu zerstören war. Sie ist in der Auswahl ihrer Beweise nicht heikel. Wiedergeburt, Eingebungen, Reden in Zungen, ihr schmeckt alles. Zweck ihrer Arbeit ist dennoch nicht die Verbreitung von Okkultem, sondern die Festigung einer kritischen Einstellung gegenüber der Magie der Männerwelt und Männertheorie. Freuds Entdeckung z.B., sagt sie, lasse sich in dem einzigen Satz zusammenfassen, daß die ersten Jahre entscheidend seien. Und da in den ersten Jahren außer der Mutter sonst kaum jemand da sei, der sich um die kleinen Kinder mitkummere, sei die auf jeden Fall die Schuldige. Nach ihrer Erfahrung sei die Aussage, die ersten Jahre seien entscheidend, nur die Hälfte der Wahrheit. Die weibliche Wahrheit laute: In allen Stadien ihres Lebens, jederzeit, allerorts, könnten Menschen Entscheidungen treffen. Es sei nie zu spät, die Weichen neu zu stellen. — So könnte man sich mit frau verständigen. (Verlag G. Meussling, Bonn— maf)

Anna Göldin— Letzte Hexe

Dieser Roman ist ein anschauliches Dokument, das Milieu und die Stimmung einer Zeit zu erfüllen und zu begreifen, in der das Mittelalter seinen Abschied nahm und die französische Revolution bevorstand. — Anna Göldin war Dienstmagd, eine eigenwillige und kluge Frau aus ärmlichen Verhältnissen und in ständiger Abhängigkeit von den wechselnden Dienstherrn. "Ihre letzte Stellung tritt

sie an bei einem reichen Arzt im Kanton Glarus. Als ein Kind der Familie anfängt, 'Nadeln zu spucken', verdächtigt man sie der Zauberei. Anna Göldin gerät zwischen die Mühlen eines bornierten, frauenverachtenden Justizapparates, der Prozeß wird zu einer machtpolitischen Auseinandersetzung der ansässigen Provinzgroßbürger, in deren Verlauf sie auf der Strecke bleibt." — Eveline Hasler, die Autorin, stammt selbst aus dem Schweizer Kanton Glarus. Sie studierte Psychologie und Geschichte und hat ihren Roman aufgrund von Gerichtsakten und zeitgenössischen Dokumenten geschrieben. Diesen Roman hat sie mit Sensibilität und erarbeiteter Sachkenntnis verfaßt und ist für jeden Leser zu empfehlen, der sich mit europäischem und deutschem Gedankengut und dessen Herkunft auseinandersetzt. (Eveline Hasler, Anna Göldin— Letzte Hexe, dtv, 9,80 DM— heg)

Vernichtung der Weisen Frauen

In ihrem Buch untersuchen die Autoren anhand von Prozeßakten die Gründe für die Hexenverfolgung. Sie weisen nach, daß es dabei nicht um religiösen Wahn ging, sondern um die Ausrottung von Kenntnissen über Empfängnisverhütung und Abtreibung. Das von den Autoren zitierte Material weist auf die Richtigkeit dieser Annahme hin, es ist z.B. belegt, daß gerade Hebammen ("Weise Frauen"), als Trägerinnen dieser Kenntnisse massenhaft ausgerottet wurden. Dabei war der Vorwurf "Hexerei, weiße Magie" nur Beiwerk, denn erwiesenermaßen hatten die verabreichten Empfängnisverhütungsmittel durchaus verläßliche Wirkung. Für die Behauptung der Autoren spricht auch, daß damals fortschrittliche Theoretiker wie etwa Jean Bodin, das "Universalgenie der Neuzeit", ebenfalls die Hexenverbrennung unterstützten, weil der "Teufel" im Gewand der Hebammen die Fortpflanzung der Menschen hindere. Ergebnis der Hexenverbrennungen war auch, daß die Hebammen im Anschluß von qualifizierten

und anerkannten Medizinerinnen, in deren Zuständigkeitsbereich die gesamte Frauen- und Kinderheilkunde fiel, zu gegängelten Gehilfinnen des Arztes degradiert wurden. Die Autoren haben mit der Untersuchung einen materialistischen Ansatz gemacht, im Gegensatz z.B. zu neueren feministischen Forscherinnen, die die Hexenverfolgung als Kampf gegen weibliche Irrationalität gedeutet sehen wollen.

(Gunnar Heinsohn/Otto Steiger: "Die Vernichtung der Weisen Frauen", März-Verlag, 29,80 DM – dar)

"... du heiratest ja doch!"

Auf diesen Netter bringen zwei Journalistinnen die Gemeinsamkeiten der Erfahrungen von Frauen ganz verschiedener Klassenherkunft mit dem Schulsystem von Kaiserreich bis Nachkriegs-BRD. Erinnerung von 15 Frauen (Jahrgang 1894 bis 1949) an ihre Schulzeit bilden den Hauptteil des Buches. Elf von ihnen haben es zu einer Berufstätigkeit "jenseits des Abiturs" ge-

sche Darstellung der in Lehrplänen u.ä. verfolgten konservativen Bildungsziele hinsichtlich der Mädchen kann dafür nicht entschädigen, zumal sie eher unsystematisch ist. (S. Conradt, K. Heckmann-Janz: "... du heiratest ja doch!", Fischer, 10,80 DM – mas)

Geschlechtsspezifische Wahrheiten?

Dale Spender, eine englische Feministin, untersucht das Bildungswesen und stellt fest, daß Frauen nicht vorkommen, obwohl sie über die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Mit Forschungsergebnissen belegt sie, daß Mädchen stiller, langweiliger, unfähiger sind als Jungen, weil Lehrstoff und Unterrichtsmethoden so konzipiert sind, daß sie schließlich selber daran glauben. Ihr Vorschlag zur Durchbrechung dieses Kreises ist jedoch merkwürdig. Durch eine besondere Frauenforschung sollen auf allen Wissensgebieten den männlichen die weiblichen Wahrheiten entgegengestellt werden und soll für deren Gleichberechtigung ge-



Höhere Tochter am Anfang des Jahrhunderts: "... damit der deutsche Mann nicht durch die geistige Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit seiner Frau an dem häuslichen Herde gelangweilt und in seiner Hingabe an höhere Interessen gelähmt werde ..."

bracht. Die zwangsläufige Subjektivität derartiger Erzählungen ist durch die Beschränkung auf die "Schulzeit" wie auch die durchscheinende Gefühlsduseligkeit der Autorinnen nicht mehr zumutbar. Das Damenkränzchen im Hintergrund kichert, wenn die pensionierte Gymnasiallehrerin sich rückblickend am Hitlergruß stört, weil er den Arm ermüdet. Entsprechend sind die transportierten "Einsichten". Die histori-

kämpft werden. Philosophisch ist dies eine Haltung, die die objektive Welt verschwinden läßt, indem sie die Wahrheit je nach Interesse verschieden ausfallen läßt und sich widersprechende Wahrheiten für gleichberechtigt gültig erklärt. Das Ganze ist ein Vorschlag, die Welt nicht nur anders, sondern verschieden zu interpretieren. (Dale Spender, Frauen kommen nicht vor. Sexismus im Bildungswesen, Fischer TB 3764, 9,80 DM – anl)

Beschäftigungsförderung

Professoraler Segen für verschärfte Ausbeutung

Melden die Kapitalisten Wünsche in Bezug auf gesetzliche Regelungen betreffend die hiesigen Ausbeutungsverhältnisse an, so ist die "Arbeitsrechtswissenschaft" gefordert. Ein anschauliches Beispiel ist die Sorge der Herren Arbeitsrechtler um die Arbeitslosigkeit. Nur wenige Arbeitsrechtler vertreten gewerkschaftliche Standpunkte. Die Mehrheit sieht ihren Geldbeutel wachsen mit dem Blühen "der deutschen Wirtschaft". Manfred Löwisch, Prorektor an der Uni Freiburg, will zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung beseitigt wissen. Sie verstoße gegen das "Günstigkeitsprinzip" des § 4 Tarifvertragsgesetz (TVG). Dieser Paragraph schreibt vor, daß Abweichungen vom Tarifvertrag nur zugunsten des Arbeitnehmers möglich sind. Löwisch schlußfolgert: Arbeiter in Betrieben, in denen Teile der Belegschaft 40 Stunden, andere 38,5 Stunden arbeiten, seien durch die Arbeitszeitverkürzung benachteiligt, denn sie verdienten jetzt schließlich weniger als bei 40 Stunden!

Eines der wichtigsten Betätigungsfelder der Professoren ist derzeit das Beschäftigungsförderungsgesetz. "Testurteil: Rezept gut, Ausführung sehr verbesserungsfähig", wie Prof. Hanau zu formulieren beliebt. Worin sollen die "Verbesserungen" liegen? Zum Beispiel in einer Ausweitung der Teilzeitarbeit. Ein Prof. Lorenz will die "Beschäftigung fördern" durch die Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeit. Dabei deutet er rechtliche Vorteile für die Kapitalisten an: Da der Gleichbehandlungsgrundsatz bei Vorliegen eines "sachlichen Grundes" eingeschränkt werden könne, bräuchten für Teilzeitbeschäftigte keine Überstundenzuschläge gezahlt zu werden, da diese den besonderen gesundheitlichen Belastungen der Überstundenarbeit Rechnung tragen sollen. Und wo sollen die liegen, wenn ein Teilzeitarbeiter nach seinen täglichen vier Stunden mal ein, zwei Stunden dranhängt? Nach den Ergebnissen des Mikrozensus von 1982 waren zu diesem Zeitpunkt im Bereich Arbeiter bereits 10,8% aller Stellen Teilzeitstellen, davon 92,6% für weibliche Arbeiter, bei den Angestellten betrug die Teilzeitarbeit 15,4%, davon 94,5% Frauen. Prof. Hanau sorgt sich ebenfalls um die Teilzeitarbeiter: Er ist der Meinung, es gehe nicht an, daß Teilzeitarbeiter unterproportional bezahlt werden. Stattdessen schlägt er vor – ein Lohnopfer der Vollzeitbeschäftigten!

Ein zentraler Punkt des BeschFG ist die Zulassung befristeter Arbeitsverhältnisse. Solche Befristungen setzen gemäß § 620 BGB einen "sachlichen Grund" voraus. Wird diese Regelung mit dem BeschFG unterlaufen? Nein! Denn das Interesse an der Förderung der Beschäftigung sei als solches schon ein "sachlicher Grund". Löwisch macht aus den Zeitverträgen gar eine Grundrechtsverbesserung für Arbeitslose, denn wer arbeitslos ist, könne von seinem Grundrecht auf freie Berufswahl und -ausübung schließlich keinen Gebrauch machen. Im übrigen seien Zeitverträge Ausfluß des Sozialstaatsprinzips des Grundgesetzes, das zwar keinerlei Rechtsansprüche etwa auf einen Arbeitsplatz eröffne, aber eine Art Fürsorgepflicht des Staates darstelle. Recht hat der Mann, und das Argument wird für die Arbeiterbewegung zu einem Grund, eben jenes Sozialstaatsprinzip zu bekämpfen.

Gesetzlich geregelt werden jetzt auch die sogenannten KAPOVAZ-Verträge (Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit). Nach § 4 BeschFG muß der Arbeiter vier Tage vor einem Arbeitseinsatz von diesem in Kenntnis gesetzt werden, er muß, wenn er arbeitet, mindestens drei Stunden am Stück beschäftigt werden, die wöchentliche Arbeitszeit muß zehn Stunden betragen. Einhellig sind die reaktionären Professoren der Meinung, damit würden KAPOVAZ-Arbeiter endlich geschützt. In Wirklichkeit werden diese besonders widerlichen Arbeitsverhältnisse festgeschrieben. Und die Praxis sieht eh anders aus, zum Beispiel so: Bei befristeten Aushilfsarbeitsverhältnissen bis zu drei

Monaten können gemäß § 622 IV BGB kürzere als die gesetzlichen Kündigungsfristen "vereinbart" werden. Fast alle Betriebe legen für Aushilfen eintägige Kündigungsfristen fest. Ist ein Arbeiter/eine Arbeiterin per KAPOVAZ für bis zu drei Monate eingestellt, wird aus dem Bett geklingelt zum sofortigen Arbeitseinsatz, beruft sich dann aber auf die viertägige Ankündigungsfrist nach § 4 BeschFG— wird er/sie schlichtweg rausfliegen. Also wird eben so gearbeitet, wie der Chef will. Welches Ausmaß Aushilfs- und KAPOVAZ-Verträge haben, kann man daran messen, daß allein rund 500000 Studenten gezwungen sind, in den Semesterferien oder regelmäßig zu arbeiten.

Zu welch weiteren Taten die Herren Professoren aufgerufen sind, zeigen etwa das Müller-Gutachten zum Arbeitskampf und die angedeuteten Kritiken am BeschFG, das den Kapitalisten und ihren Hofjuristen noch nicht weit genug geht.

Quellenhinweise: Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht; Neue Juristische Wochenschrift; Metall (jeweils div. Ausg.); Mikrozensus 1982 — (Mak)

Südafrika/Azania

Bischof Tutu: Antirassismus mit Hintertür für Oppenheimer & Co.

Zum zweiten Mal nach 23 Jahren hat das Nobelpreiskomitee einem führenden Mitglied der südafrikanischen Befreiungsbewegung einen Friedensnobelpreis zuerkannt. Der Friedensnobelpreis 1984 ging an den südafrikanischen Bischof der anglikanischen Kirche Tutu. Im Jahr 1961 teilte das Komitee den Friedensnobelpreis dem damaligen Vorsitzenden des African Nationalist Congress (ANC) Luthuli zu. (1) Luthuli war zu der Zeit gebannt, d.h. er mußte in seiner von der Regierung zugewiesenen Wohnung bleiben, durfte keine Besuche empfangen etc. Die Burenregierung hatte damals bereits den ANC und den Pan Africanist Congress (PAC) verboten, nachdem es den Protest der Schwarzen gegen die Paßgesetze mit dem Massaker von Sharpeville blutig unterdrückt hatte. Tausende von Mitgliedern beider Organisationen waren verhaftet und Schauprozesse gegen führende Mitglieder der verbotenen Organisationen in Vorbereitung. Der ANC hatte sich mit der Freiheitscharta ein Programm gegeben, das den Befreiungskampf der Schwarzen auf den Kampf um bürgerliche Rechte in einer "multirassischen" Gesellschaft beschränkte. Der PAC baute seinen bewaffneten Arm POQO auf und kämpfte für die vollständige Befreiung Südafrikas von kolonialer und imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, für ein befreites Azania. Zehntausende von Schwarzen schlossen sich in den 60er Jahren dem Guerilla-Krieg auf dem Land an. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Luthuli war gegenüber den kämpfenden Schwarzen in Südafrika klargestellt, daß die bürgerliche Weltöffentlichkeit allenfalls eine liberale, neokoloniale Reform des Apartheidsystems dulden würde, der bewaffnete Kampf und nationale, soziale und politische Befreiung aber mit ihrem erbitterten Widerstand rechnen mußten.

Die Vergabe des Nobelpreises an Luthuli erleichterte bürgerlichen Kräften zu Beginn der 60er Jahre, die Unterstützung für den Kampf gegen das Apartheidsystem auf die Beseitigung der Rassentrennung zu konzentrieren, obwohl zur gleichen Zeit auf dem Land heftige Kämpfe von POQO unter der Losung "Dies ist unser Land" stattfanden, von denen die Öffentlichkeit nahezu nichts erfuhr. Dem Regime wurde die blutige Niederschlagung des Guerillakampfes, die Verurteilung und Hinrichtung von Angehörigen von POQO ermöglicht, ohne daß die Weltöffentlichkeit auch nur Notiz davon genommen hätte und die imperialistischen Staaten ihre Unterstützung für das südafrikanische Regime in irgendeiner Weise hätten einschränken müssen. (2)

Tutu unterstützt alle Strömungen des Befreiungskampfes

Bischof Tutu steht nicht in solch eindeutiger Weise für ein politisches Programm wie der damalige ANC-Vorsitzende Luthuli. Mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Tutu ist nicht eine politische Organisation des Befreiungskampfes, sondern die Kirche, vor allem die britisch geprägte anglikanische Kirche, hervorgehoben. Das Nobelkomitee begründete seine Entscheidung mit der Formulierung, Tutu erhalte den Preis als "Führer und Einiger der Bewegung zur Lösung der Probleme der Apartheid". (3)

Tutu hat sich tatsächlich in seiner Tätigkeit als führender Kirchenvertreter um die Einigung verschiedener politischer Flügel der schwarzen Befreiungsbewegung wie auch um eine Einigung mit den weißen Gegnern der Apartheid bemüht. Er ist bekanntgeworden, weil er unter anderem den Mut hatte, Steve Biko zu beerdigen, den im Gefängnis ermordeten Vorsitzenden der Black Peoples Convention (BCP), der ersten, nun verbotenen Organisation der Black-Consciousness-Bewegung. Wenig später hielt Tutu die Grabrede für den an den Folgen jahrelanger Haft gestorbenen PAC-Vorsitzenden Sobukwe. Er hat auf den Beerdigungen unter den Bedingungen der Zensur den Kampf dieser Männer und der Organisationen, für die sie standen, gewürdigt und Raum für politischen Protest gegeben. Er hat 1976, sechs Wochen bevor die Kämpfe der Schüler gegen das rassistische Schulwesen in Soweto und anderen Städten begannen, einen offenen Brief an den damaligen Premierminister Vorster geschrieben, in dem er ihn auffordert, grundlegende Veränderungen zuzulassen und jedem Schwarzen vollständige Bürgerrechte zu geben, weil die herrschenden Weißen sonst mit einem unaufhaltbaren Aufschwung des gewaltsamen Widerstandes rechnen müßten. In den Kämpfen der letzten Jahre hat er sowohl die um den ANC und die Vereinte Demokratische Front (UDF) gruppierten Organisationen als auch die azanischen Organisationen im National Forum Komitee (NF) unterstützt. (4) In jüngster Zeit sind Äußerungen von ihm bekannt geworden, nach denen er die Ziele des ANC, d.h. die sog. Freiheits-Charta, für richtig hält, aber nicht den bewaffneten Kampf, den der ANC propagiert. (5) Unter seiner Schirmherrschaft fanden vor drei Monaten Versammlungen der Führer von UDF und NF statt, um die zwischen Anhängern beider Vereinigungen stattfindenden Kämpfe zu beenden und den gemeinsamen Kampf gegen das Apartheidregime zu ermöglichen.

Er hat vor zahlreichen Versammlungen von Weißen gesprochen, an allen weißen Universitäten Vorträge für die Studenten gehalten:

"Schwarze verabscheuen seit eh und je die weiße Minderheitsregierung aus tiefster Seele, und sie haben sich geschworen, sie zu ändern oder zu vernichten... Wir setzen uns für die Befreiung der Schwarzen ein, und damit setzen wir uns auch für die Befreiung der Weißen ein. Sie werden niemals frei sein, solange wir Schwarze nicht frei sind... Beseitigen Sie alles Elend, alle Unterdrückung und alle Ungerechtigkeit, deren Opfer die Schwarzen sind und deren Nutznießer die Weißen, damit sie nicht eines Tages den Sturm ernten. Schlagen Sie sich auf die Seite derer, die gewinnen werden. Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Ausbeutung usw., all das hat verloren, denn Gott ist auf unserer Seite..." (6)

Er tritt für die Beseitigung aller Unterdrückungsgesetze einschließlich des Landbesitzverbots für Schwarze ein, er verlangt das Verbot der Wanderarbeit und der Aussiedlung der Schwarzen im eigenen Land. Er verlangt politische und soziale Rechte für alle Schwarzen in Südafrika und übt heftige Kritik an Reformvorschlägen, die die Spaltung der Schwarzen beabsichtigen, indem einige privilegiert und besser gestellt werden sollen. Und er droht den Weißen, daß der bewaffnete Kampf der Schwarzen unvermeidlich ist, wenn sie sich nicht vorher entschließen, den Forderungen der Schwarzen nachzugeben. Er selbst behauptet von sich, er sei kein Pazifist, aber ein "friedliebender Mensch"

und trete darum für die "relativ" friedliche Änderung der politischen Verhältnisse in Südafrika ein. (7) Innerhalb der verschiedenen Strömungen des Befreiungskampfes wirkt er für ein nicht-rassistisches Südafrika.

Die anglikanische Kirche in Südafrika ist eine Kolonialkirche

Tutu ist und agiert als ein Vertreter der christlichen Kirche. Seine sicherlich berechnete Befürchtung ist, daß die Kirche in Südafrika untergehen wird, wenn sie sich nicht mit den Armen und Unterdrückten solidarisch erklärt und sie unterstützt:

"Die Kirche meint – zu ihrem Schaden –, sie müsse jeden gegebenen Status quo absegnen, sie müsse sich mit den Mächtigen identifizieren und das System stützen, das unweigerlich in einem gewissen Umfang ausbeuterisch und unterdrückerisch ist. Wenn sie der Versuchung der Macht unterliegt und sich mit den Herrschenden identifiziert, dann droht der Kirche Unheil, wenn das System gestürzt wird und die Machtlosen und die Armen an die Macht kommen. Sie wird mit dem System untergehen, wie es insbesondere den Katholiken in Mocambique widerfahren ist und der Anglikanischen Kirche in Zimbabwe, aber nicht den Katholiken in Zimbabwe." (8)

Tutu richtet sich mit dieser Argumentation an Weiße, um sie für die Unterstützung des Befreiungskampfes unter Druck zu setzen. Er ist Bischof der "Kirche der Provinz Südafrika", wie sich der südafrikanische Teil der britischen Kolonialkirche nennt. Sie ist eine selbständige Gliedkirche der anglikanischen Kirche. Mit 1,6 Mio. Mitgliedern ist sie nach der rassistischen niederländisch-reformierten, der römisch-katholischen und den Methodisten-Gemeinden die viertgrößte Kirche in Südafrika. Ihre Angehörigen sind in der Mehrzahl Schwarze. Unter den Weißen dominieren die aus britischen Kolonialfamilien stammenden Nachkommen, darunter die bedeutendsten südafrikanischen Kapitalisten, wie z.B. der Bergbaukapitalist Oppenheimer. Obgleich die Kirche relativ klein ist, ist ihr Einfluß aufgrund ihrer besitzenden weißen Mitglieder bedeutend – Mitglieder, die in einem befreiten Azania viel zu verlieren hätten und die oft als liberale Kritiker der Rassentrennung hervorgetreten sind, von denen aber, wie z.B. von Oppenheimer, bekannt ist, daß sie keinerlei Scheu haben, von der Wanderarbeit und Niedrigstlöhnen zu profitieren, Polizei auf streikende schwarze Arbeiter zu hetzen oder bei Streiks Massenentlassungen vorzunehmen. (9)

Obwohl Tutu und die Strömung, die er innerhalb der christlichen Kirche repräsentiert, gewiß erbitterte Gegner der Apartheid, der Wanderarbeit, der Landenteignung und der Umsiedlungen, der Verfolgung und Entrechtung von politischen Organisationen und unabhängigen Gewerkschaften sind, obwohl er jahrelang der Siedlerregierung und ihren Anhängern gedroht hat, daß sie vom Kampf der Schwarzen in Südafrika hinweggefegt werden wird, greift er angesichts der Ausweitung des Befreiungskampfes und der brutalen Reaktion der Regierung in den letzten Monaten zunehmend zu Mitteln, die die Fortschritte des Befreiungskampfes gefährden und die Spaltung innerhalb der Befreiungsbewegung eher fördern als verhindern können.

Er führte Gespräche mit Vertretern und Regierungen imperialistischer Staaten, um ihnen seinen Standpunkt darzulegen und ihnen den vollständigen Boykott des Apartheidsystems nahezu legen. Unter anderem verhandelte er mit dem US-Senator Kennedy während dessen Südafrika-Besuch, mit US-Präsident Reagan in den USA, mit der Delegation der Außenminister aus den EG-Staaten. Für die Vertreter der Imperialisten bieten Gespräche mit dem Friedensnobelpreisträger Tutu Gelegenheit, ihre Unterstützung für die Siedlerregierung zu vertuschen und Einfluß zu nehmen auf den Befreiungskampf. Tutu faßte seine Position in den Verhandlungen zusammen:

"... ich bezweifle, daß die südafrikanische Regierung sich jemals freiwillig an den Verhandlungstisch setzen wird; und aus diesem Grund habe ich die internationale Gemeinschaft ersucht, uns behilflich zu sein, indem sie auf



In Südafrika verbreitete Karikatur.

die südafrikanische Regierung Druck ausübt – politischen Druck, diplomatischen Druck, aber vor allem wirtschaftlichen Druck ... ihr solltet versuchen, euer Gesetzgeber und die Vertreter von Industrie und Handel dahingehend zu beeinflussen, daß sie willens sind, die Gegenmaßnahmen zu ergreifen ... Das ist in eurem wohlverstandenen Eigeninteresse, denn falls es in Südafrika zu einem Rassenkrieg kommt, wird das nicht nur Auswirkungen für Südafrika haben." (10)

Tutu verlangt von den imperialistischen Mächten, die das Apartheidregime stützen, nicht, die Unterstützung zu beenden und sich aus Südafrika zurückzuziehen. Er fordert sie auf, daß sie ihre Einmischung – nun aber gegen das Apartheidregime – fortsetzen. Er versucht, sie mit dem Hinweis unter Druck zu setzen, daß ihre Verluste im Falle eines erfolgreichen revolutionären Befreiungskrieges größer sein werden als durch vorübergehenden Geschäftsverlust. Innerhalb der Befreiungsbewegungen in Südafrika/Azania ist Tutus Vorgehen auf Widerspruch gestoßen. Die Azanische Volksorganisation (AZAPO) hat z.B. gegen seine Gespräche mit Kennedy protestiert. Zu befürchten ist, daß die Strömung, die Tutu repräsentiert, imperialistischer Einmischung, die nicht auf Erhalt des Apartheidsystems zielt, sondern andere Mittel zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Ausplünderung Südafrikas nützen will, nichts entgegengesetzt wird. Als kirchliche Strömung tritt sie für die Versöhnung unvereinbar gegensätzlicher Interessen ein und präsentiert sich so als geeigneter Verhandlungspartner für die Imperialisten.

Quellenhinweis: (1) Archiv der Gegenwart, 1961, S. 9420 B; (2) Mafube, Nachrichtenbrief des PAC, verschiedene Ausgaben 1982; siehe auch: South african journal of labour relations, Nr. 2/84; (3) Archiv der Gegenwart 1984, S. 28151; (4) Interview mit Neville Alexander, National Forum, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 3/85; (5) Kölner Stadt-Anzeiger, 18.9.85; (6) Desmond Tutu, Gott segne Afrika, Texte und Predigten des Friedensnobelpreisträgers, Hamburg, Dezember 1984, S. 46; (7) Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/84; (8) Tutu, a.a.O., S. 111; (9) Times, 15.11.84; (10) Tutu, a.a.O., S. 14 – (uld)

Dokumentiert

Aus der Diskussion der Organisation

Im folgenden dokumentieren wir einen Vortrag zur Politik des BWK in der laufenden Programmdiskussion sowie einen Vortrag zu einem Forschungsprojekt über die Politik der Bolschewiki in den Räten und gegenüber anderen Parteien und Klassen in den Jahren 1917 bis 1920/21. Beide Vorträge lagen der Versammlung des Zentralen Komitees des BWK am 20.–23.9. zur Diskussion vor und wurden von ihm einstimmig gebilligt. Zu dieser Diskussion waren eingeladen: Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik, Kommunistischer Bund (KB), KG (NHT), KPD, FAU/R, FAU-HD (A), AAU, MLPD, GIM und PA. Teilgenommen haben Vertreter der Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik, der KPD und der KG (NHT).

Die auf der Versammlung fortgeführte Diskussion über die Auffassung des Wertgesetzes im Programmentwurf der KPD (s.a. Pol. Ber. Nr. 16/85 und 18/85) werden wir in der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte dokumentieren.

Politik des BWK in der laufenden Programmdiskussion

1. Die Themenschwerpunkte der Projektgruppe "theoretische Zeitschrift" und die bisherigen Artikel der Beilage

Der gemeinsamen Vollversammlung der Zentralen Komitees von BWK und KPD im November lagen von der Projektgruppe "Themenschwerpunkte der theoretischen Zeitschrift" vor. Für die redaktionelle Arbeit der Beilagenredaktion waren diese Themenschwerpunkte eine der wichtigsten Grundlagen, die von der gemeinsamen Vollversammlung damals von den Leitungen des BWK und der KPD für die Herausgabe der Beilage verabschiedet worden war.

Konnte die Arbeit auf dieser Grundlage entwickelt werden und konnten auch gestellte Fragen beantwortet werden? Eine kurze Übersicht soll an dieser Stelle gezogen werden:

Diese Themenschwerpunkte gliederten sich in

- I. Kritik des Kapitalismus – kapitalistische Ökonomie
- II. Die Arbeiterklasse als Hauptkraft der sozialistischen Revolution
- III. Staat und Revolution
- IV. Imperialismus und proletarische Weltrevolution
- V. Revisionistische Länder
- VI. Stellung zu anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die eine Besserung der Lage der Arbeiterklasse versprechen.

Zu allen diesen Fragenkomplexen lagen Diskussionsbeiträge der Mitglieder dieser Projektgruppe vor.

Das Schwerpunktthema in der ersten Beilage vom April 1984 befaßte sich mit dem imperialistischen Bündnis EG und insbesondere mit der Rolle des BRD-Imperialismus in diesem Bündnis. Über die Dominanz des BRD-Imperialismus in diesem Bündnis und auch über die gefährlichen eigenständigen Expansionsinteressen der BRD gibt es nach wie vor unterschiedliche Ansichten zwischen den beteiligten Organisationen. Gegenüber dem BWK wird öfters der Vorwurf laut, daß die Gefährlichkeit überschätzt werden würde, und abschwächend geurteilt: Der BRD-Imperialismus will zwar bei der Neuaufteilung der Welt ganz oben mitmischen, ihm fehlen jedoch die materiellen Grundlagen. Fragen wie die von der Projektgruppe zum Themenschwerpunkt "Imperialismus und proletarische Weltrevolution" noch genannte "Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Revolution und Konterrevolution im Weltmaßstab" sind meinem Eindruck nach noch kaum in der Erörterung und wenn, dann vor allem durch die BWK-Aussage problematisiert worden: "Was das Verhältnis zwischen der werktätigen Intelligenz und dem Proletariat im Welt-

maßstab betrifft, so scheint uns das Bündnis möglich und nötig. Die Rede ist hier v.a. von der UdSSR und ihrer Rolle im Kräftefeld zwischen Revolution und Konterrevolution." An der Reaktion der anderen Beilagenorganisationen war schnell ersichtlich, daß dieses Problem weiter ausgeführt werden muß – zur Zeit stehen wir damit recht einsam und alleine.

Zum ersten Themenkomplex "Kritik des Kapitalismus – kapitalistische Ökonomie" stand sicher die Beurteilung der Politik der verschiedenen Organisationen zur 35-Stunden-Kampagne des DGB im Mittelpunkt der Diskussion. Ergebnis dieser Diskussion in der Beilage war vor allem, die Differenzen zwischen den Organisationen – hier insbesondere zwischen BWK und KPD – stärker sichtbar zu machen, wenn auch gerade zu diesem Thema die KPD sich mit einer Veröffentlichung auf ihren Roten Morgen beschränkte. Auffallend ist jedoch auch, daß keine der beteiligten Organisationen so richtig Stellung nahm zum BWK-Vorschlag mit der Forderung "Für ein Arbeitszeitgesetz für den Normalarbeitstag". Die Gründe für dieses eher allgemeine Desinteresse, zu einer solchen Forderung die Kräfte der Organisationen gemeinsam anzuspannen, müßten noch genauer untersucht werden.

Zum Themenschwerpunkt "Die Arbeiterklasse als Hauptkraft der sozialistischen Revolution" versuchte der BWK hauptsächlich mit dem Artikel "Über die Umstände, unter denen unsere Programme entstanden sind", die Diskussion mit den anderen Organisationen zu führen. Speziell an diesem Themenschwerpunkt wurde deutlich, daß ohne Klärung der Bündnisfrage (mit welchen Klassen und Schichten muß die Arbeiterklasse den Kapitalismus niederwerfen) und ohne Klärung der Behandlung des Widerspruchs zwischen Hand- und Kopfarbeit der Aufbau des Sozialismus scheitern muß und die Arbeiterklasse ihre Rolle als "Hauptkraft" nicht verwirklichen kann. Die in diesem Artikel begonnene Charakterisierung der Herrschaftsverhältnisse in den realsozialistischen Ländern, insbesondere das Verhältnis der werktätigen Intelligenz zur hauptsächlich handarbeitenden Arbeiterklasse, wurde in anderen Artikeln speziell zur DDR zwischen BWK und KPD fortgeführt. Festgestellt werden kann, daß sich der BWK hart tut, bezüglich dieser Bündnisfrage mit den anderen Organisationen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Als Fortschritte in der Diskussion zwischen den Organisationen hat die Beilage zu folgenden Ergebnissen beigetragen:

- Die Diskussion über "nationale Frage" und "Wiedervereinigung" hat immerhin erbracht, daß das Eintreten für Wiedervereinigung keine Aufgabe für Revolutionäre in Westdeutschland ist.
- Die Herausgeberorganisationen der Beilage waren in der Lage gegen die Revanchismuskampagne der Reaktion ein gemeinsames Flugblatt herauszubringen.

- Mit der Diskussion in der Beilage über die Herrschaftsverhältnisse in den osteuropäischen Ländern ist es gelungen, eine sachbezogene Auseinandersetzung zu beginnen.
- In der Auseinandersetzung um die Volksfrontpolitik hat die Beilage in der Frage "Verbot faschistischer Organisationen" zu einer gemeinsamen Position von Anarchisten und Kommunisten geführt. Sie hat ihren Niederschlag in der Abschlußerklärung der Arbeitskonferenz der Volksfront "Verbot der NPD und aller faschistischer Organisationen" gefunden.

Im Mai dieses Jahres wurde dann in der Beilage der Programmtext des ZK der KPD veröffentlicht.

Mit dem Schwerpunktthema "Wie weiter mit den revolutionären Sozialisten" wird die Diskussion in den letzten beiden Beilagen fortgeführt.

Durch den Programmtext der KPD könnte vielleicht bei der interessierten Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß dies jetzt der gemeinsam zu diskutierende Entwurf sei und ein gemeinsames Produkt aus der bisherigen Diskussion, wie sie in der Beilage nun seit Monaten geführt wird.

II. KPD-Programmentwurf: keine Antworten auf die Aufgabenstellung der revolutionären Sozialisten

Das ZK der KPD hatte zunächst den Lesern der Beilage mitgeteilt, daß der Programmtext "bereits in der ganzen Partei diskutiert wird" und daß ein Sonderparteitag der KPD im November über den Programmtext "entschieden wird". Mittlerweile hat die KPD verlauten lassen, daß sie nunmehr die Programmdiskussion mit der Diskussion über die Einheit der revolutionären Sozialisten verbunden habe, folglich der Sonderparteitag im Herbst auch lediglich ein Entwurf für die weitere Diskussion verabschiedet solle, u.a. auch deshalb, weil "für die Programmdiskussion der revolutionären Sozialisten" Zeit bleiben muß. Also ist im Nachhinein aus dem Entwurf für die KPD ein Vorschlag für den "Beilagenkreis" geworden. Zugleich ist der Entwurf ein Dokument der Vereinigungsbestrebungen von KPD und GIM. Nicht nur für den Leser der Beilage, auch für die Mitglieder des BWK ist die derzeitige Lage in der Programmdiskussion der revolutionären Sozialisten schwer durchschaubar.

Bestimmte Umstände machen die Auseinandersetzung mit der KPD für uns besonders schwer:

Die KPD hat es vermieden, sich in der Erläuterung ihres Entwurfes auf gemeinsame Dokumente programmatischen Charakters der revolutionären Sozialisten zu beziehen. Wir wissen also nicht, welche Rolle der gemeinsamen Wahlerklärung von KPD und BWK als Ausgangsdokument der Zusammenarbeit mittlerweile seitens der KPD beigemessen wird. Wir wissen nicht, welche Bedeutung die KPD den gemeinsam ausgearbeiteten Themenschwerpunkten und Fragenkomplexen für die gemeinsame Beilage jetzt noch zumißt.

Die KPD hat es vermieden, sich bei der Vorstellung ihres Entwurfes auf andere existierende Programme zu beziehen. Ja, sie hat es sogar vermieden, die Diskussion zu beziehen auf ihr eigenes noch bestehendes Programm.

Trotzdem liegen jetzt Stellungnahmen verschiedener Organisationen zu dem Entwurf der KPD vor. Diese Stellungnahmen beziehen sich auf die Frage, wie überhaupt ein Programm auszusehen hätte, kritisieren die offensichtliche Anlehnung des KPD-Entwurfes an die Strategiekonzepte der SPD (NHT), oder sie beziehen sich auf einzelne eingegrenzte Differenzpunkte wie beim Umgang über das kapitalistische Wertgesetz in einem kommunistischen Programm (BWK). Keine Verständigung gibt es über die Sach-

themen, wo Auseinandersetzung und Klärung unverzichtbar ist für einen Fortschritt in der programmatischen Auseinandersetzung.

Insofern erscheint der Entwurf der KPD wesentlich als ein Versuch, die Praxis der KPD theoretisch zu untermauern, wie sie uns bekannt ist in wirtschaftlichen Fragen und in der Stellung zu sozialen Reformen. Wir vermögen nicht zu erkennen, wie der im Prinzip positive Umstand, nämlich die Vereinigung von Organisationen der revolutionären Sozialisten, in diesem Falle von GIM und KPD, positiv wirken soll auf den Diskussionsprozeß des Beilagenkreises, wenn weder im Zusammenhang mit dem Programmtext noch im Zusammenhang mit den "Einigungsgesprächen" irgendeine Initiative seitens der KPD und GIM bekannt wird, die sich auf die Praxis der anderen Organisationen und die Ansätze theoretischer Klärung in diesen Organisationen bezieht. Das bezieht sich auf die "Bündnisfrage" ebenso wie auf Fragen der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Kampfes um Reformen. Wir sind andersherum gesagt nicht interessiert daran, unsere Einwände gegen den 35-Stunden-Zauber nun auch gegen den Programmtext der KPD richten zu müssen und uns dabei zu wiederholen. Wir sind interessiert an einer Ordnung in der Programmdiskussion und an einer Verständigung über Sachthemen, wo die programmatische Auseinandersetzung schwerpunktmäßig stattfinden soll.

III. Laufende Programmdiskussion in Bezug auf die Programmdiskussion bei anderen (SPD, Grüne)

Die fünfte Delegiertenkonferenz des BWK hat in Bezug auf die Programmdiskussion u.a. die Auffassung geäußert, daß die Revolutionäre ihre Programm- und Strategiediskussion nicht an der bei der SPD und Grünen laufenden Programm- und Strategiediskussion vorbeientwickeln können, sondern sich vielmehr auf die dort aufgeworfenen Gegenstände beziehen müssen. Die bisherige Programm- und Strategiediskussion macht deutlich, daß das Verfahren richtig ist, insofern sie zumindest zum Teil die von SPD und Grünen aufgeworfenen Fragen und Themen behandelt, und zeigt zugleich in aller Schärfe, daß Fortschritte schwer möglich sind, wo die Fragen nur unbewußt aufgegriffen und die Klärungen nicht in Auseinandersetzung mit der SPD und den Grünen betrieben werden. Die Gefahr, ins Schleptau der SPD oder der Grün-Alternativen zu geraten, ist unverkennbar, gerade auch im Vorfeld der Bundestagswahlen und unter dem Druck, der von der Reaktion ausgeht. Ein anderes Problem ist aber ebenfalls unübersehbar. Wir haben noch große Schwierigkeiten damit, die Auseinandersetzung mit der SPD in den Zusammenhang der Frontbildung gegen die Reaktion einzuordnen. Das wird zum Beispiel auch an der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen dem ZK der KPD und Genossen der KG (NHT) deutlich, wo das eine Extrem gravierende Gemeinsamkeiten zwischen SPD und den Regierungsparteien negiert und das andere die vorhandenen Unterschiede. Daß aber der Frontverlauf in der Strategie der Frontbildung gegen die Reaktion eine wichtige Frage ist und die falsche Bestimmung unvermeidlich zur Niederlage führt, liegt auf der Hand.

Wir wollen im folgenden versuchen, einige der Gegenstände, die von SPD bzw. Grünen aufgeworfen und für die Programm- und Strategiediskussion der Revolutionäre von Bedeutung sind und deren Klärung wir für nötig und auch möglich halten, hier festzuhalten. Die Diskussion darüber sollte mindestens zum Ergebnis haben, für die weitere Diskussion in der gemeinsamen Beilage die für uns wichtigen Fragestellungen und Themenkomplexe präzise herauszuarbeiten.

– Nationalismus, Chauvinismus und "nationale Frage":

Wir hatten in der Resolution der 5. DK die Anfälligkeit der neuen Mittelklasse und ihrer politischen Partei, die Grünen, für Nationalismus und die Gründe dafür festgehalten. Dies hat sich z.B. durch die Reaktionen auf die berüchtigte Weizsäcker-Rede bestätigt. Für die SPD, das hat der bisherige Verlauf ihrer Programmdiskussion erneut in aller Deutlichkeit bewiesen, ist die "internationale Wettbewerbsfähigkeit" der BRD die oberste Leitlinie. Darüber vor allem versucht sie die Festlegung der politischen Opposition auf die nationalen Interessen. Der Nationalismus in der BRD gewinnt aber seine besondere Gefährlichkeit durch die rechtlich verfaßten Ansprüche auf die Einverleibung der DDR und von Territorien anderer osteuropäischer Staaten. Durch die revanchistische Mobilisierung versucht die Reaktion, die nationalistischen Strömungen auf ihr Kriegsziel zu lenken. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus in der BRD entscheidet sich im wesentlichen im Kampf gegen den Revanchismus. Um diesen Kampf gewinnen zu können, muß die Haltung der Revolutionäre zur "nationalen Frage" programmatisch geklärt werden.

Soweit uns bekannt, befinden wir uns darüber mit den anarchistischen und rätekommunistischen Organisationen in Übereinstimmung. Mit der KG (NHT) sind wir in der Auseinandersetzung. Die KPD hat in ihrem Programmentwurf die Forderung nach Wiedervereinigung nicht mehr erhoben (auch wenn die GIM in der letzten "Was tun" das Gegenteil behauptet), sondern die "nationale Frage" so behandelt, daß sie erstens für die Anerkennung der DDR usw. ist und zweitens die Frage der Wiedervereinigung erst nach der Revolution in der BRD und in der DDR anstünde und dann so oder so gelöst werden könne. Unvermeidlich werden wir mit der GIM eine schroffe Auseinandersetzung bekommen, denn sie sieht in der "demokratischen (also durch Mehrheitsbeschluß zu entscheidenden – d. Verf.) Wiedervereinigung" den Zusammenschluß der Arbeiter in der BRD und der DDR und den Weg zur Revolution (nachzulesen in ihrem Entwurf einer Fusionsplattform).

– "Arbeit für alle", Wirtschaftsreformen:

In der SPD-Programmdiskussion wird dem "Recht auf Arbeit und Ausbildung" der Rang eines Grundrechts zugewiesen, dem alles andere, die "Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Technologiepolitik" unterzuordnen sei (s. Politische Berichte 11/85, S. 19), und zwar im Sinne der "gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit", die durch die nötigen "Solidaropfer" zu finanzieren sei. Mit dieser Art Arbeitsverteilungsprogramm kommt die SPD den Absichten der Reaktion, den Preis der Arbeitskraft so weit zu drücken, daß ihre Anwendung wieder profitabel ist, weit entgegen.

Es scheint, als würden die wuchtigen Angriffe der Reaktion angesichts einer eher noch wachsenden industriellen Reservearmee die Kräfte, die die sich auf die Arbeiterklasse beziehen, stark beeindrucken, mit weitreichenden Folgen für die programmatischen Festlegungen. Von der DKP bis zur KPD haben sie sich, so scheint uns jedenfalls, die sozialdemokratische Fragestellung, wonach die Arbeitslosigkeit das Hauptproblem der Arbeiterklasse sei und nicht die Ausbeutung mit all ihren Seiten und Auswirkungen, aufdrängen lassen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch die Erfahrung gemacht, daß unsere Kritik daran wenig wirkungsvoll ist. Für die weitere programmatische Diskussion bedeutet das: erstens die Klärung hinsichtlich der Verteidigung der erkämpften sozialen Rechte und des Lohnstandards der Arbeiterbevölkerung sowie der Sicherung von Mindestbedingungen; zweitens die Klärung hinsichtlich des Kampfs für Wirtschaftsreformen, die auf die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen zielen und auf die Schwächung der Bourgeoisie.

– Ökologismus, Haltung zu den Anliegen der Grün-Alternativen

Die SPD hat den Ökologismus zum Thema gemacht, um ihn als Ansatz der Kritik des kapitalistischen Wirtschaftens zu vernichten. Wir haben in der DK-Resolution Bündnispolitik als die zentrale Programmfrage bestimmt. Revolutionäre Volksfrontpolitik muß zwar ihren Ausgangspunkt im Emanzipationsstreben des Proletariats haben und von daher die für das Bündnis wichtigen Klassen und Schichten mit den Erfordernissen des proletarischen Emanzipationsstrebens konfrontieren. Sie muß aber auch klare Position zu den Anliegen dieser Klassen und Schichten beziehen und erklären, was sie unterstützt und fördert und was nicht. Anders wird ein Bündnis nicht zustande kommen, und anders werden auch die unglücklichen Versuche mancher Revolutionäre, die grün-alternativen Themen einfach zu übernehmen (s. z.B. die Umweltkampagnen der MLPD), um grün-alternativen Anhang zu gewinnen, kaum zu beenden sein.

Im Zentrum müßte dabei zunächst die Auseinandersetzung mit dem Ökologismus als Kritik am "kapitalistischen Industriesystem" stehen, aus der sich auch wichtige Gesichtspunkte für die Gestaltung der sozialistischen Produktionsweise durch das Bündnis der arbeitenden Klassen ergeben, z.B. für die Frage, ob das durch den Kapitalismus entwickelte Fabrikssystem im Sozialismus einfach "übernommen" werden kann, oder woran eigentlich liegt, daß die Zerstörung der Natur in den sozialistischen und realsozialistischen Ländern im Prinzip fortschreitet und nicht beendet wird.

IV. Zu einigen Fragen der weiteren Schwerpunktsetzung

A. Was möglichst zu vermeiden wäre

Beim gegenwärtigen Stand der programmatischen Debatte zwischen den revolutionären Sozialisten sowie zwischen ihnen und anderen politischen Richtungen zeichnet sich – vereinfacht gesagt – die Gefahr von vier mittelgroßen Fehlentwicklungen ab:

1. Eine "Methodendebatte" über Organisationsfragen und Parteien "als solche", also die Diskussion, "wie an sich" und überhaupt eine Partei oder mehrere aussehen sollten unter Absehung dessen, was sie denn tun sollten. Diese Art Debatten – bzw. "Meta"-, also "Über"-debatten – waren kennzeichnend für die Zeit von 1968 bis ca. 1973, und sie waren der schlechte bis hilflose Ersatz für fehlende bzw. falsche und unpraktikable politische Strategien. Hauptthemen dieser Debatte damals: "die Gewerkschaftsfrage" und "die Parteifrage".

2. Eine sogenannte "Programmdebatte" über die Programmform in der Programmform. Sachlich ist "Programmdebatte" ja nur ein anderer Ausdruck für "strategische Aufgabenklärung". Das Programm ist eine besondere Art der Darstellung der Auffassungen von Organisationen über strategische und taktische Ziele und Aufgaben.

Salopp gesagt, aus keinem Programm kommt unten mehr an Erkenntnis und praktischer Klärung raus als oben rein gesteckt wird. Oder: Die Frage, warum die neue Mittelklasse in dem Programmentwurf der KPD nicht vorkommt, läßt sich nur durch eine Auseinandersetzung über ihre Politik gegenüber der Mittelklasse klären und nicht über die Debatte, wie "eigentlich" ein Programm aufgebaut sein sollte.

3. Besteht gerade aber aus diesem Grund die Gefahr, daß in der Zusammenarbeit und theoretischen Debatte der revolutionären Sozialisten so etwas wie "programmatische

Nebellandschaft" entsteht, unpraktische "Programmdebatten" über den Niederungen programmatisch undurchsichtiger Praxis.

Zu überlegen wäre also eine Überprüfung der damaligen gemeinsamen Erklärung von BWK und KPD und die gemeinsame Verabschiedung von so etwas wie "Arbeitsgrundsätzen" der Organisationen der Vollversammlung. Das könnte – wie bereits in einem früheren Bericht der Beilagenredaktion angedeutet – ziemlich kurzfristig geschehen.

4. Schließlich besteht die Gefahr, daß die revolutionären Sozialisten über alledem immer weiter von der "Feinduntersuchung" wegkommen, wo doch offenkundig von hier die Hauptangriffe – nicht nur im allgemeinen, sondern auch auf die Zusammenarbeit der revolutionären Sozialisten – drohen.

Kurz gesagt: Die Gefahr besteht, daß immer mehr linke und auch revolutionäre Organisationen in den Sog eines "nationalen Sozialpaktes" kommen (für "Beschäftigung" gegen SDI für EUREKA usw.).

B. Daraus würde u.a. folgen:

Um zur Sache zu kommen, müßten die beteiligten Organisationen am besten knapp gefaßt mitteilen:

a) was thematisch eigentlich ein Programm umfassen soll,

b) was sie für die wichtigen drei bis fünf praktischen Fragen einer Revolution in Westdeutschland und einer Unterstützung der Arbeiterinteressen mit diesem Ziel halten.

Dann muß man klären, ob die Fragen die richtigen sind, dann muß man den Stand ihrer Klärung prüfen, dann muß man die erforderliche Klärung weitertreiben oder den Stand festhalten, und dann kann man sich über die Darstellung der ganzen Sache in der "Programmform" unterhalten. Die Redaktion der Beilage könnte durchaus mit der Initiative einer solchen Fragestellung an die beteiligten Organisationen herantreten, und der Leser der Beilage hätte wahrscheinlich auch etwas mehr Durchsicht, worum es den beteiligten Organisationen nun eigentlich geht.

C. Etwas Ordnung könnte der weiteren Debatte also nicht schaden

Wenn die Programmdebatte auch bereits beim gegenwärtigen Stand der Dinge einen merklichen Nutzen haben soll, dann zumindest den einer gewissen Ordnung der stattfindenden Auseinandersetzung und Debatte.

Zu den unter B. genannten Fragen:

1. Aus welchen thematischen Bestandteilen sollte die anzustrebende strategische Aufgabeklärung bestehen? Vorstellbar wäre:

– ein Teil (sagen wir 'mal, "A") Geschichte und wissenschaftlich gesicherte Erfahrungen und Gemeinsamkeiten der revolutionären und kommunistischen Weltbewegung.

Ansatzpunkte in der bisherigen Debatte dazu: Die Debatte zwischen Anarchisten und Kommunisten über das gemeinsame Ziel des Kommunismus und den Weg dorthin und das gemeinsame Dokument des Kommunistischen Manifests. Aufgeworfene gemeinsame Themen u.a.: Klasse, Individuum, Vergesellschaftung, Kommune, Staat in der sozialen Revolution der Arbeiterklasse. Sodann die Debatte über, gegen die und mit der DKP und die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Schließlich die Vorschläge im Artikel des BWK in der letzten Beilage zur Feststellung von Übereinstimmungen in der Beurteilung der revolutionären historischen Entwicklung.

– einen "besonderen" analytischen Teil über die "Revolution in Westdeutschland" und deren objektive Bedingungen und Umstände (Teil, sagen wir 'mal, "B"). Ansatzpunkt dazu: die im Bericht der Projektgruppe "theoretische Zeitschrift" vorgeschlagenen Themen und Fragen.

– einen Teil "Aktions- und Bündnisprogramm gegen die westdeutsche Reaktion" (Teil "C"). Ansatzpunkte: die stattfindende Politik und eben die – programmatische und unprogrammatische – Debatte darüber zwischen den revolutionären Sozialisten.

– einen Teil ("D") in etwa "Stellung zu anderen Parteien".

2. Was wären dabei in etwa die drei bis fünf (oder sechs) "revolutionären Sachfragen", über die sich die revolutionären Sozialisten praktisch uneins sind? Aus der bisherigen Debatte ließe sich in etwa festhalten:

a) "Klassenanalyse" oder: Wer mit wem gegen wen? – Wie ist ein Bündnis zwischen Arbeiter- und Mittelklasse ohne den Preis des Nationalismus möglich?

b) Bündnis wofür? Und zwar als nächstes "Etappenziel", auch wenn das ein reichlich abgegriffener Ausdruck ist. Also in etwa: Sammlung eines Volksfrontbündnisses der werktätigen Klassen, das in der Lage ist, seine Interessen auch durch revolutionäre soziale Umwälzungen und politische Revolution gegen die herrschende Bourgeoisie fortzusetzen – nicht als Idee, sondern als "reale Bewegung, welche den gegenwärtigen Zustand aufhebt" (Marx).

Sodann, was im einzelnen sind die Ziele dabei:

c) Verteidigung der erkämpften sozialen Rechte und des Lohnstandards und die Sicherung von Mindestbedingungen für die arbeitenden Klassen.

d) Auf der Basis dieser Forderungen – und nicht unter ihrer Preisgabe – Kampf für Wirtschaftsreformen, zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen und zur Schwächung der Positionen der Bourgeoisie.

e) Kollektive Rechte, "Demokratie", politische Freiheiten oder was, auf jeden Fall für eine andere politische, rechtliche Verfassung der Verhältnisse in der BRD etc.

f) Gegen Militarismus und Krieg, für friedliche Koexistenz mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung.

– (brr, dch, dil, scc)

Forschungsprojekt "Die Politik der Bolschewiki in den Räten ..."

1. Mehrere Organisationen, die wir zu den revolutionären Sozialisten rechnen, werfen uns in letzter Zeit zunehmend vor, wir würden bei der Vereinigung der revolutionären Sozialisten in einem einheitlichen Kommunistischen Bund wie bei unserer Politik in der Volksfront und zwecks Schaffung einer Partei für Werktätigeninteressen prinzipienlos, spontaneistisch und zugleich sektiererisch vorgehen.

Zumeist ist dieser Vorwurf verbunden mit einem weiteren: Daß wir theoretisch und praktisch revisionistische Politik entwickeln würden, zumindest uns gefährlich in diese Richtung öffnen und auch so Interessen der Arbeiterklasse verraten bzw., was dasselbe ist, wichtige Lehren der Geschichte der Arbeiterbewegung ignorieren bzw. diesen zuwiderhandeln.

2. Wir müssen uns diesen gegen die Volksfrontpolitik des BWK wie den gegen unsere Politik zum Zusammenschluß der revolutionären Sozialisten zu einem Kommunistischen Bund erhobenen Vorwürfen so stellen, wie sie auch vorgebracht werden. Der Vorwurf lautet: Verstoß gegen die leinischen Prinzipien des Parteaufbaus. Sowohl der KB, wie

auch die KPD und die KG (NHT) berufen sich, teilweise ausdrücklich, in ihrer Kritik an unserer Politik auf diese Prinzipien, auf das Parteaufbaukonzept der russischen Bolschewiki, auf die Erfahrungen der russischen Revolution. Also müssen wir diese Erfahrungen erneut studieren und uns mit ihnen auseinandersetzen. Das bedeutet auch, wir müssen uns kritisch mit der bisherigen Lenin-Rezeption und der bisherigen Rezeption des bolschewistischen Parteaufbaukonzepts durch die revolutionären Sozialisten in der BRD auseinandersetzen.

3. Wir sollten uns dabei konzentrieren auf die Periode der russischen Revolution von 1917 bis 1921, d.h. der Periode zwischen der Februarrevolution 1917 und dem X. Parteitag der KPR (B) im März 1921. In dieser Zeit entstanden die Räte. In seinen "Aprilthesen" (LAW II, S. 39f.) skizzierte Lenin die Aufgaben der Bolschewiki in den Räten, zur Gewinnung der Mehrheit der Räte für die Bolschewiki und zur Eroberung der politischen Macht vermittels der Räte, entwickelte er also die Grundlagen der Einheitsfrontpolitik der Bolschewiki in diesen Einheitsfrontorganen. In "Über die Doppelherrschaft" (ebenda, S. 45), ebenfalls vom April 1917, folgte sein Aufruf: "Schaffen wir eine proletarische kommunistische Partei", und die Beschreibung der wesentlichen Grundlagen und Losungen dieser Partei in der Schrift "Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei)." (ebenda, S. 49f.) In diese Zeit fällt das Angebot der Bolschewiki an Menschewiki und Sozialrevolutionäre, darauf zu verzichten, den Übergang der Macht an das Proletariat und die armen Bauern zu fordern und dies mit revolutionären Methoden des Kampfes durchzusetzen, wenn sich die aus Menschewiki und Sozialrevolutionären gebildete Regierung ausschließlich und vollständig den Sowjets verantwortlich erklärt und den Bolschewiki volle Agitationsfreiheit zusichert ("Über Kompromisse", ebenda, S. 248f.). In diese Zeit fällt die Oktoberrevolution unter Führung der Bolschewiki und das Bündnis der Bolschewiki

mit den linken Sozialrevolutionären. In diese Zeit fällt schließlich der Aufstand von Kronstadt und dessen Niederwerfung wie auch die Auseinandersetzung mit Trotzki und anderen über die Gewerkschaftspolitik und die Einheitsfront in den Gewerkschaften.

Die meisten heute bestehenden Organisationen der revolutionären Sozialisten haben sich bei ihrer Entstehung und Rezeption der Leninschen Parteikonzeption nur wenig mit dieser Phase befaßt, in der die Bolschewiki die Frage der Bildung der proletarischen Partei im Zusammenhang mit einer revolutionären Bündnispolitik in den Sowjets neu aufgeworfen haben. Wir halten es deshalb für nötig, diesen Abschnitt der russischen Revolution erneut zu studieren. Dabei wären auch die von Lenin früher, nämlich während der Gründung der SDAPR und der Herausbildung der bolschewistischen Richtung, entwickelten Positionen (z.B. in "Was tun?") einzubeziehen. Schließlich sollten die Vorschläge, die die Bolschewiki bei der Gründung der Komintern für die (Neu-)Bildung revolutionärer Parteien in anderen Ländern gemacht haben, berücksichtigt werden.

Die Fragen, denen wir nachgehen wollen, sind:

– Welche Politik zur Schaffung der proletarischen Partei haben die Bolschewiki in diesem Zeitraum verfolgt?

– Welche Einheitsfrontpolitik haben sie in dieser Zeit in und gegenüber den Räten verfolgt und welche Bündnispolitik gegenüber anderen Parteien und Klassen?

– Welcher Zusammenhang bestand in der Politik der Bolschewiki zwischen dem Aufbau und der Festigung dieser Räte als Einheitsfrontorgane gegen die Reaktion (Lenin: "Du bist ein Arbeitsmann? Du willst für die Befreiung Rußlands von der Handvoll polizeilicher Gewalttäter kämpfen? Du bist unser Genosse. Wähle deinen Deputierten. Wähle sofort, unverzüglich, wie du es für richtig hältst – wir werden ihn gern und freudig als vollberechtigtes Mitglied unseres Sowjets der Arbeiterdeputierten, des Bauernkomitees, des Sowjets der Soldatendeputierten usw. usf. aufnehmen." – LW Bd. 31, S. 343f.) und dem von Lenin geforderten Aufbau der proletarischen Partei?

– Schließlich: Welche Konsequenzen sind aus dieser Politik der Bolschewiki und aus den Erfahrungen dieser Politik für unsere heutige Politik beim Aufbau der proletarischen Partei, also der Vereinigung der revolutionären Sozialisten zu einem Kommunistischen Bund, und beim Aufbau einer Volksfrontpartei als Organisation des Bündnisses mit anderen Klassen in der Einheitsfront gegen die Reaktion zu ziehen?

Sicherlich sind bei der Untersuchung auch die Unterschiede zwischen den damaligen Aufgaben der Bolschewiki und der objektiven Lage, die sie vorfanden, zu unserer heutigen Lage und den objektiven Bedingungen, die wir vorfinden, zu berücksichtigen. Um nur den wichtigsten Unterschied zu nennen:

– Die Organisationen der revolutionären Sozialisten in der BRD haben sich gebildet in Auseinandersetzung mit der Parteibildung der neuen Mittelklasse. Eine Bündnispolitik gegenüber dieser neuen Mittelklasse ist für sie von großer Bedeutung. Die Bolschewiki mußten dagegen ein festes Bündnis des Proletariats mit den armen und selbstarbeitenden Bauern schaffen.

Das Ziel der Untersuchung und Kritik, die wir vorschlagen, muß sein, gemeinsam Grundsätze zu entwickeln und zu stärken, von denen sich die revolutionären Sozialisten beim Aufbau eines Kommunistischen Bundes und einer Partei für Werktätigeninteressen leiten lassen müssen. Eine Kritik der bisherigen Rezeption der Erfahrungen der russischen Revolution und der Lehren, die daraus für unsere Arbeit zu ziehen sind, ist dabei unumgänglich.



Im April 1917, wenige Monate vor der Revolution, forderten die Bolschewiki: "Alle Macht den Sowjets!" Bild: Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten.

4. Wir schlagen vor, für diese Aufgabe einen Arbeitskreis aus Mitgliedern und Kandidaten des ZK zu bilden. Wir würden es begrüßen, wenn Mitglieder anderer Organisationen der revolutionären Sozialisten sich an diesem Arbeitskreis beteiligen. Der Auftrag des Arbeitskreises soll sein:

"Die Politik der Bolschewiki in den Räten und gegenüber anderen Parteien und Klassen in den Jahren 1917 bis 1921. Untersuchung, Darstellung und Kritik, unter Einbeziehung der bisherigen Rezeption der Erfahrungen der russischen Revolution in dieser Zeit durch die revolutionären Sozialisten in der BRD."

Eine erste Liste der Schriften, die der Arbeitskreis bzw. die die einzelnen Mitglieder des Arbeitskreises studieren sollten, ist von uns erstellt, möglicherweise aber noch nicht vollständig. Der Arbeitskreis muß darauf achten, daß auch die Schriften, die für Mitglieder der FAU's, der GIM usw. von Bedeutung sind, studiert werden. Die Mitglieder des Arbeitskreises sollten möglichst rasch Ergebnisse in Form von Artikeln für die "Politischen Berichte" und die "Beilage" beginnen zu veröffentlichen und die Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der revolutionären Sozialisten suchen.

– (düb, rül, ulg)

Vorläufige Literaturliste:

1. Lenin, Werke
2. Trotzki, Geschichte der russischen Revolution
3. Sinowjew, Geschichte der KPdSU (B)
4. Oskar Anweiler, Rätebewegung in Rußland, Wien 1958
5. Anarchistische Texte, Die russische Revolution I-IV, Berlin 1980
6. Die Linke gegen die Parteiherrschaft (Bürgerlicher Sammelband mit Schriften von Rätekommunisten)
7. Stalin, Geschichte der KPdSU (B), Kurzer Lehrgang
8. Helmut Gorter, Auseinandersetzung über linken Radikalismus
9. Pannekoek, Schriften

Anhang: Kritiken aus dem Kreis der Revolutionären Sozialisten

Der Genosse Koch etwa schreibt in der Ausgabe 2/1985 der "Beilage" vom Mai dieses Jahres in seinem Aufsatz "Wie weiter mit der Einheit der revolutionären Sozialisten?": "Der BWK vertritt schon seit langem die These des Zusammenwachsens durch praktische Zusammenarbeit. Diese praktische Zusammenarbeit soll sich im Rahmen der Volksfrontpolitik abspielen.

Der BWK bezieht sich dabei einerseits auf die Volksfront als Organisation, bezieht andererseits die DKP und ihr Bündnispektrum (VVN, Friedensliste) mit ein.

Wir können nicht erkennen, daß der BWK (sich) überhaupt noch von dem Ziel (leiten läßt), die revolutionären Sozialisten in einer politischen Partei, die sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet, zu vereinen. Die Formulierung "Entwicklung der proletarischen Partei zur handlungsfähigen Kraft", wie sie in der Überschrift zu einer Entscheidung der Delegiertenkonferenz des BWK verwendet wird, deutet jedenfalls darauf hin, daß der Begriff der "Partei" hier weder im leninistischen Sinn noch im Sinne des landläufigen Sprachgebrauchs verwendet wird, sondern eher im Sinne eines vorhandenen politischen Lagers, das nun durch Verstärkung der praktischen Zusammenarbeit handlungsfähig gemacht werden soll."

Schon länger bekannt sind die Vorwürfe der KPD, wir würden mit unserer Politik in der Volksfront diese "nach

unserer Auffassung in die Gefahr bringen, nur noch für Revolutionäre annehmbar zu sein. In unseren Augen würde sie damit ihren eigentlichen Bestimmungszweck verfehlen." Oder, im gleichen Aufsatz des Genossen Koch im "Roter Morgen" vom 20. Januar 1984, der Vorwurf, wir würden eine Volksfrontpolitik verfolgen, die "den notwendigen Einheitsfrontcharakter einer antifaschistisch-demokratischen Organisation wie der Volksfront nicht ausreichend in Rechnung stellt".

Ganz ähnlich sind die Vorwürfe, die das Leitende Gremium des KB gegen uns erhebt. In seinem Artikel in der vorletzten Ausgabe der "Beilage" heißt es u.a.: "Einerseits ist die Zusammenfassung 'revolutionärer Sozialisten' für den gewerkschaftlichen und antifaschistischen Kampf ein allzu enger und sperriger Rahmen; andererseits geht aus dem gewerkschaftlichen und dem antifaschistisch-demokratischen Kampf keineswegs im Selbstlauf oder mit ein bißchen Nachhilfe der revolutionär-sozialistische Organisationsprozeß hervor. Aktionseinheit und sozialistische Parteibildung sind unterschiedliche Dinge (auch wenn zwischen ihnen selbstverständlich Zusammenhänge bestehen); wer das nicht klar auseinanderhält, wird in der AE-Politik zu sektiererisch und im Parteibildungsprozeß zu spontaneistisch und orientierungslos agieren, wird also beide Zwecke verfehlen." An anderer Stelle bezeichnet das Leitende Gremium die an der "Beilage" und der "Gemeinsamen Vollversammlung" als eine "(innerhalb erkennbarer Grenzen nach rechts) ... recht offene JeKaMi-Gesellschaft ('Jeder kann mitmachen')." Und schließlich der Vorwurf des Spontaneismus: "Wenn wir die bisherige Debatte richtig verstanden haben, setzen die Genossinnen und Genossen des BWK ... auf das Heranwachsen der sozialistischen Partei aus allerlei Aktionseinheiten, mit einer Betonung auf der Zusammenarbeit mit proletarischem Hintergrund und in überschaubaren (betrieblichen, örtlichen) Zusammenhängen. Von 'Parteikeimen' ist da ... die Rede, nicht aber vom bewußten Beitrag der Sozialisten ... wer irgendwann einmal Lenin über den Parteibildungsprozeß und die spezielle Rolle der sozialistischen Presse gelesen hat, wird ungefähr ahnen, worauf wir hinauswollen."

Die KG (NHT) schließlich kritisiert: "Der Weg zur Einheit ist in Zeiten, in denen sich der revolutionäre Sozialismus nicht im Bezug auf eine revolutionäre Massenbewegung definiert, sicherlich nicht der Weg über eine stets wachsende Zahl von Gemeinsamkeiten in einzelnen politischen Fragen. Der Weg der Zusammenarbeit 'in vielen einzelnen Auseinandersetzungen gegen die Reaktion' (DK-Ergebn.) konzentriert nicht auf die Hauptprobleme ..." Die KG (NHT) halten es für falsch bzw. auf jeden Fall für verfrüht, "ein Programm für die nächsten politischen Schritte (z.B. der revolutionären Volksfrontpolitik) zu erarbeiten". Stattdessen wollen sie, daß zunächst "die Grundlinien einer revolutionären Strategie im Gegensatz zu den Programmen von SPD und GRÜNEN, aber auch der DKP, mit ihrer Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der daraus abgeleiteten antimonopolistischen Demokratie, umrissen werden". (Aufsatz in der Beilage 2/1985)

Schon in der "Beilage" 1/85 hatten die KG (NHT) zudem ihre Differenzen zum, wie sie schreiben, "spontaneistisch gefärbten Flügel unter Einschluß der Anarchisten und 'Autonomen'" betont und geschrieben: "Angefangen von der Rolle der Spontaneität und der Partei über die revolutionäre Theorie bis hin zur Frage der Diktatur des Proletariats erstrecken sich Differenzen." Diesen letzteren Vorwurf wird vermutlich auch die KPD teilen, auch wenn sie ihn so unseres Wissens bisher nicht öffentlich geäußert hat.



Imperialistische Alternativen

Daß die imperialistischen Monopole und ihre Regierungen, allen voran die US-, die BRD- und die britische Regierung, das südafrikanische Siedlerregime und seinen Krieg gegen die schwarze Bevölkerung finanzieren, hindert sie nicht daran, sich gleichzeitig auf die Ablösung der Botha-Regierung vorzubereiten. Ihr oberstes Ziel

ist, die West-Integration Südafrikas und damit ihren Zugriff auf die menschlichen und natürlichen Reichtümer des Landes zu sichern. Aber auch für den Fall, daß sie die Revolution der unterdrückten Klassen nicht zu ersticken vermögen – so wie ihnen dies etwa in Portugal gelungen war –, treffen sie Vorsorge: Fast unbemerkt wird der Ausverkauf Südafrikas forciert.

Namibia: Arbeitsbedingungen in der Rössing-Mine

Die Rössing-Mine ist die größte Uranmine der Welt, die im Übertagebau betrieben wird. Allein ihr Betrieb verstößt gegen die UNO-Bestimmungen für Namibia, die das Verbot der Ausplünderung namibischer Bodenschätze enthalten, solange Namibia nicht selbständig ist. An ihr sind u.a. westdeutsche Kapitalisten beteiligt. Die Minengesellschaft beutet etwa 3000 schwarze Arbeiter aus und preist sich selbst, daß die Arbeitsbedingungen und Löhne vorbildlich seien. Ein Vertreter der South West African National Union (SWANU), einer namibischen Befreiungsorganisation, berichtet über die Arbeits- und Lebensbedingungen, denen die schwarzen Arbeiter tatsächlich unterworfen sind.



Psychiatrische "Versorgung"

Gegen den vom Sozialministerium Baden-Württemberg geplanten Stellenstopp am Psychiatrischen Landeskrankenhaus Emmendingen, der seitens des Regierungspräsidium Freiburg ausdrücklich bestätigt wurde, wandten sich in einer Resolution die dort beschäftigten Ärzte und Psychologen. Die Ärzte kritisierten, daß sie

dadurch wieder "in das Stadium der Verwahrung und Verwaltung der Patienten" zurückgeworfen würden. Die SPD ergriff auf Kreis- und Landesebene Initiativen zur finanziellen Unterstützung. Weitergehende Forderungen formuliert eine (von den einfachen Beschäftigten gegründete) Arbeitsgemeinschaft am PLK. Was beabsichtigt die Landesregierung bezüglich psychiatrischer Versorgung?

Wehrpflichtarmee

Preußen übernahm nach 1808 das System der Wehrpflicht, das in Frankreich zu Ende des 18. Jh. durchgesetzt wurde; und perfektionierte es für seine Zwecke. Die Wehrpflichtigen wurden kaserniert, und zwar meist möglichst weit von ihren Heimatorten entfernt. Diese Kombination Wehrpflicht und Isolierung der Truppe vom Volk machte Preußen zur führenden Militärmacht in Europa. Durch die Wehrpflicht konnte die Größe der Armee in Vorbereitung des 1. und 2. Weltkrieges sehr schnell gesteigert werden. Warum z.B. die USA und Großbritannien kein Wehrpflichtigenheer trotz verschiedener Vorzüge für Eroberungskriege haben, soll unter anderem in dem Artikel behandelt werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.